

Keyifli Okumalar Dileriz

Binlerce kategoride milyonlarca PDF e-kitap, ders kitapları, dergiler ve romanlara platformumuz üzerinden ücretsiz ulaşabilirsiniz.

RESMİ WEB SİTEMİZ

<https://rantey.org>

Yedek ve Duyuru Kanallarımız

Sitemize erişim engeli gelmesi veya adres değişikliği durumunda aşağıdaki kanallardan güncel giriş adresine erişebilirsiniz:

- Telegram: <https://t.me/birkitapbir>
- WhatsApp Kanalımız : <https://whatsapp.com/channel/0029VbDHv8uE50Us4lvMoc0Y>

MITTEILUNGEN DER SÜDOSTEUROPA-GESELLSCHAFT

AUS DEM INHALT:

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
und der Handel mit Südosteuropa

Die außenhandelspolitische Bedeutung
der ungarischen Wirtschaftsreform

Wissenschaftlicher Rat für Weltwirtschaft Budapest

Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit
mit den sozialistischen Ländern

Deutsch-rumänische Beziehungen

Normalisierung des Verhältnisses Jugoslawien—Vatikan

Albanien tritt aus der Isolierung

Gewerbe und Kleinhandel Albaniens

Die türkische Demokratie seit 1960

Verleihung der Herder-Preise 1970

IV. Internationale Balkanologentagung in Graz

Eine Tagung der Internationalen Lenau-Gesellschaft

Zwei Musikausstellungen in Rumänien
und in der Bundesrepublik Deutschland

Die Türkenfrage in neuer Sicht

Der II. Internationale Südosteuropa-Kongreß in Athen

Nr. 2
10. Jahrgang

MAI – AUGUST 1970

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und der Handel mit Südosteuropa . . .	1
Bela Csikos-Nagy: Die außenhandelspolitische Bedeutung der ungarischen Wirtschaftsreform	10
Gerhard Teich: Wissenschaftlicher Rat für Weltwirtschaft Budapest	23
Jens Meier: Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern	25
Deutsch-rumänische Beziehungen: SOG-Präsident Dr. Walter Althammer und Staatsminister Dr. Fritz Pirkl in Rumänien	29
Normalisierung des Verhältnisses Jugoslawien—Vatikan	32
Albanien tritt aus der Isolierung	33
Otto Rudolf Ließ / Robert Schwanke: Gewerbe und Kleinhandel Albanien . . .	33
Nermi Abadan: Die türkische Demokratie seit 1960	37
Prof. Dr. Alois Schmaus R.I.P.	57
Elena Nikolova: Bulgarische Literatur der Gegenwart	58
Verleihung der Herderpreise 1970	63
Walter Wunsch: IV. Internationale Balkanologentagung in Graz	65
Strahinja Kostić: Eine Tagung der Lenau-Gesellschaft	67
Robert Machold: Zwei Musikausstellungen in Rumänien und in der Bundesrepublik Deutschland	69
Margit Pflagner: Die Türkenfrage in neuer Sicht	73
Gerhard Grimm: Der II. Internationale Südosteuropa-Kongreß in Athen . . .	77
Vorankündigung: 12. Internationale Hochschulwoche — SOG	82
Otto Rudolf Ließ: XXII. Wirtschaftstagung des Donaeuropäischen Instituts . .	84
Kurz berichtet	
Devisen (28), Rumänischer Ministerpräsident in Deutschland (31), Ausgrabungen Ilidei-Festung (31), Diplomatische Beziehungen Albanien—Schweiz (36), Otto Georg Pirkham 65 Jahre (85), Peter Pfeiffer 75 Jahre (85), Georg Fahr- bach Ehrendoktor (86), Wilhelm Reiter 60 Jahre (86), Deutsch-Jugoslawische Sozialversicherungsverhandlungen (86), Deutsch-Jugoslawische Kooperation in Berlin (86), Kapitalanlagen und Kooperation in Jugoslawien (87), SPD-Delegation in Jugoslawien (88), Albanische Delegation in Jugoslawien (88)	
Publikationen / Rezensionen	89
Die Mitarbeiter dieses Heftes	95
Die Gremien der Südosteuropa-Gesellschaft	96

Herausgeber: Südosteuropa-Gesellschaft, München 22, Widenmayerstraße 49 Für den Inhalt verantwortlich: Alfred Hönig, A 5020 Salzburg-Gneis, Eichendorffstraße 28, Tel. 8 56 83, Verwaltung und Versand durch die Geschäftsführung der Südosteuropa-Gesellschaft, München 22, Widenmayerstraße 49, Tel. 29 44 02 und 22 56 54 Druck: Karl Schmidle, Buchdruckerei Ebersberg. Jahresabonnement: DM 11.—, Einzelpreis der Vierteljahresschrift DM 3.—. Überweisungen an die Südosteuropa-Gesellschaft auf Postscheckkonto München Nr. 766 62 oder durch die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank München, Theatinerstraße 11, Konto Nr. 373 268.

Mitteilungen der Südosteuropa-Gesellschaft

Präsident:

Dr. Walter Althammer, MdB

Vizepräsidenten:

Prof. Dr. Hermann Gross

Dipl.-Kfm. Alfred Hönig

Dr. Günther Müller, MdB

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Rudolf Vogel, Staatssekretär i. e. R.

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats:

Prof. Dr. Karl Ruppert

Stellv. Vorsitzender:

Prof. Dr. Alois Schmaus †

Geschäftsführung: Dr. Karl Hnilicka

8 München 22, Widenmayerstraße 49, Tel.: 29 44 02 und 22 56 54

Die mit Namen unterzeichneten Beiträge sind Meinungsäußerungen der betreffenden Verfasser und stimmen nicht in jedem Falle und in allen Teilen mit dem Standpunkt der Südosteuropa-Gesellschaft und der Redaktion überein.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und der Handel mit Südosteuropa

Die diesjährige Kuratoriumssitzung der Südosteuropa-Gesellschaft fand wiederum im Plenarsaal der Deutschen Bank in Frankfurt statt. Der Hausherr, Dr. Otto Pirkham, Direktor mit Generalvollmacht, begrüßte die Konferenzteilnehmer auf das herzlichste. Die Länder Südosteuropas waren alle durch Repräsentanten ihrer diplomatischen Vertretungen bzw. Handelsmissionen vertreten. Im Anschluß an die Tagung gab die Kreditanstalt für Wiederaufbau im „Frankfurter Hof“ ein Essen, bei dem die diskutierte Thematik weiter vertieft werden konnte.

Zum zweiten Male tagte das Kuratorium der Südosteuropa-Gesellschaft am 4. 6. 1970 in öffentlicher Sitzung in Frankfurt/Main. Wie im vergangenen Jahr hatten die Veranstalter einen größeren Kreis von ausgewählten Fachleuten und Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft geladen, um die aktuelle Problematik der EWG-Kompetenzerweiterung zu beraten. „Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und der Handel mit Südosteuropa — Die Folgen der EWG-Kompetenzerweiterung für den Südosthandel“ lautete der Arbeitstitel der Veranstaltung.

In seiner Begrüßung wies der Vorsitzende des Kuratoriums, Staatssekretär i. e. R. Dr. Rudolf Vogel, der zugleich für den verhinderten Präsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft, Dr. Walter Althammer, MdB, sprach, auf die besondere Bedeutung hin, die gerade dieser Thematik in der nächsten Zukunft zukommen werde. Die verstärkten Kompetenzen der EWG-Kommission bedeuteten für die Wirtschaft einen Neubeginn auf veränderten Grundlagen.

DIE EWG UND DER HANDEL MIT SÜDOSTEUROPA

Das besondere Interesse der Versammlung galt demgemäß dem Direktor für Handelspolitik bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Dr. Wolfgang Ernst, der in seinem Grundsatzreferat „Die EWG und der Handel mit Südosteuropa“ einen Überblick über die Handelspolitik der Gemeinschaften gegenüber Südosteuropa gab. An die Spitze seiner Ausführungen stellte

er die These, wie aus der Sicht der Gemeinschaften die gemeinsame Handelspolitik aussehen soll: „Aus der Zollunion folgt automatisch die gemeinsame Zollpolitik. Aber auch die übrige Handelspolitik soll am Ende der Übergangszeit gemeinsam werden für die Einfuhr- wie für die Ausfuhrpolitik. Verhandlungen sollen von der Kommission geführt, Abkommen und Verträge vom Rat für die Gemeinschaft geschlossen werden; und in internationalen Organisationen mit wirtschaftlichem Charakter bestimmt der Rat auf Vorschlag der Kommission das Ausmaß des gemeinsamen Vorgehens.“ Gestützt auf ein reiches Zahlenmaterial skizzierte er dann den gegenwärtigen Status und die weiteren Etappen der gemeinsamen Handelspolitik. Dabei stellte er die Landwirtschaftspolitik der Gemeinschaften als den ersten Sektor der Handelspolitik heraus, auf dem die Integration auch die Außenbeziehungen erreicht hat. „Aus der Notwendigkeit“, so führte er aus, „die im Innern errichtete Marktordnung und insbesondere ihr Preisgefüge nach außen abzusichern, ergibt sich zwangsläufig ein völlig vereinheitlichtes Ein- und Ausfuhrregime, das zwar nicht von Handelspolitikern erfunden wurde, aber das bisher umfangreichste und vollständigste Stück gemeinsamer Handelspolitik darstellt. Für die Industriepolitik, die Energiepolitik, die Verkehrspolitik usw. steht die notwendige außenwirtschaftliche Folge einer fortschreitenden Integration des Binnenmarktes zum großen Teil noch aus.“ Und weiter: „Die Gemeinschaft hat ein Recht, aber auch die Pflicht, ihr Gewicht im Welthandel zum Tragen zu bringen, nicht nur, um ihre Interessen mit mehr Nachdruck zu vertreten oder um ihre noch junge „personalité“ nach draußen darzustellen, sondern vor allem, weil sie im Welthandel zu groß geworden ist, um neutral bleiben und zu den großen Fragen des Welthandels schweigen zu können.“

Unter diesen Aspekten fand bei der Schilderung des Außenhandelsverkehrs mit den einzelnen Südostländern das im März 1970 abgeschlossene Handelsabkommen der EWG mit Jugoslawien besondere Erwähnung. „Es handelt sich um das erste eigentliche Handelsabkommen der EWG, das nicht nur auf Zollfragen beschränkt ist und keine Präferenzelemente enthält“, so führte der Redner aus. Es zeichne sich durch zwei wesentliche Merkmale aus: Zum ersten Male gewähre die Gemeinschaft einem dritten sozialistischen Lande die höchstmögliche Liberalisierung von Ein- und Ausfuhr. Ebenso erstmalig seien auch die Zugeständnisse bei der Verringerung der Abschöpfungen auf einzelnen Landwirtschaftserzeugnissen (baby beef). Eine ständige gemischte Kommission solle für die Weiterentwicklung des beiderseitigen Handels Sorge tragen.

Im Verhältnis zu den südosteuropäischen RGW-Ländern (CSSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien) bewege sich die Handelspolitik dagegen noch immer in dem alten Rahmen der bilateralen Handelsabkommen und der mengenmäßigen Beschränkungen, wenn auch die Mitgliedsländer der Gemeinschaften seit einiger Zeit um den Abbau der Handelshemmnisse bemüht sind und auch die Aufnahme der RGW-Länder in das GATT befürworten. Während die auch zum Südostraum gehörenden Länder Türkei und Griechenland mit der Assoziierung zum Gemeinsamen Markt bereits erhebliche Präferenzvorteile erlangt haben, die insbesondere den traditionellen Ausfuhrgütern dieser Länder wie Tabak, Korinthen und Nüssen zukämen, sei im Verhältnis zu den erwähnten RGW-Ländern noch nicht einmal die Aufnahme diplomatischer Beziehungen erreicht.

Dies sei um so bedauerlicher, wenn man berücksichtige, daß diese Länder zusammengenommen auf der Ausfuhrseite die Sowjetunion überflügeln würden und sich der Bedeutung Dänemarks für die EWG annäherten. Die Wachstumsrate im Handel zwischen der RGW und diesen Ländern sei die höchste dieses Gebietes überhaupt, nämlich + 295 im Jahr, das bedeute einen Vervielfachung des Handels innerhalb von 10 Jahren.

Unter diesen Umständen kommt den Darlegungen von Dr. Ernst über die Methoden der gemeinsamen Handelspolitik besondere Bedeutung zu. Er erwähnte, daß von östlicher Seite das unzulängliche Handelsniveau vor allem mit den bestehenden Einfuhrhindernissen der EWG-Länder erklärt werde. Dabei sei jedoch zu bedenken, daß die Mitgliedsländer der Gemeinschaft ein besonders niedriges Zollniveau besäßen und im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten in ihren Handelsabkommen auf dem Zollgebiet Meistbegünstigungen gewährten. Die Vereinigten Staaten brauchten deshalb ihre Einfuhr nicht mengenmäßig zu begrenzen, weil sie prohibitive Zölle erheben, von einer Kreditgewährung für die Ausfuhr absehen und sich im GATT auf Art. XXXV beziehen, so daß sie nur 0,7% ihrer Ein- und Ausfuhren mit den sozialistischen Ländern abwickelten.

Es habe sich auch gezeigt, daß z. B. der Abbau der Einfuhrbeschränkungen in der Bundesrepublik keinen wesentlichen Einfluß auf die Einfuhrbeziehungen gehabt hätte. Die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen seien aber ein psychologisches Ärgernis für die sozialistischen Länder, weil sie als Diskriminierung empfunden würden und wahrscheinlich ein Stein des Anstoßes für die Reformer des Außenhandels im Osten und Südosten seien. Die Kommission habe sich seit Jahren für die schrittweise Abschaffung der mengenmäßigen Beschränkungen ausgesprochen und es sei festzustellen, daß alle Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft im bilateralen Rahmen große Fortschritte in Richtung auf die Liberalisierung des Handels gemacht hätten. Einzelne Mitgliedsstaaten hätten sogar Erklärungen unterzeichnet, wonach sie sich zur Abschaffung aller wesentlichen mengenmäßigen Beschränkungen bis zum 1. 1. 1975 verpflichteten. „Auch wenn hierin keine juristische Verpflichtung liegt“, so führte er weiter aus, „so doch eine moralische Bindung und ein Leitbild für das Handeln. Auch die letzten Erklärungen der EWG in den GATT-Besprechungen, in denen es um die Mitgliedschaft mehrerer südosteuropäischer Länder, in erster Linie Rumäniens, geht, kommen dieser Zielvorstellung sehr nahe. Die EWG ist bereit, das Ziel der wesentlichen Liberalisierung in 5 Jahren anzustreben. Einzelnen südosteuropäischen Ländern scheint dies aber noch nicht weit genug zu gehen, sie verlangen eine rechtliche Verpflichtung nach den GATT-Regeln. Dabei verkennen sie völlig, daß diese Leistung von seiten der EWG einseitig sein würde, da die GATT-Regeln, insbesondere der Begriff der Liberalisierung (verstanden als freier Zugang des Verbrauchers nach seiner Wahl zum ausländischen wie inländischen Erzeugnis) auf staatswirtschaftliche Verhältnisse mit Außenhandelsmonopol überhaupt nicht anwendbar sind oder bestenfalls erst dann angewandt werden könnten, wenn und soweit die Dezentralisierung der Einkaufsermächtigung auf die einzelnen, natürlich staatlichen, Betriebe durchgeführt und ein wirklicher Markt mit echtem Wettbewerb zwischen Inlands- und Auslandsware geschaffen sein sollte.“

Doch gehe diese Liberalisierungspolitik vielen westlichen Kreisen bereits zu weit. Dabei sei nicht so sehr das Schutzbedürfnis einzelner Wirtschaftszweige maßgeblich, dem man auch anderweit Rechnung tragen könne, sondern die Vorstellung, daß man „gegenüber dem von staatlichen Entscheidungen gelenkten Handelsmonopol eigene staatliche Entscheidungs- und Verhandlungsmöglichkeiten über Einfuhrlicenzen und Kontingente“ in der Hand behalten müsse. In der Tat sei die Liberalisierungspolitik der westlichen Länder eine Vorleistung und ein Akt des Vertrauens, zugleich aber auch ein Akt der wirtschaftlichen Vernunft.

Die Ursachen für den noch immer verhältnismäßig geringen Außenwirtschaftsverkehr mit den südosteuropäischen Ländern lägen viel tiefer, nämlich in den Qualitätsgrenzen des östlichen Warenangebots und in den Hindernissen, die die östlichen Wirtschaftssysteme selbst künstlich aufgebaut hätten, nämlich insbesondere den Devisenbeschränkungen. Die südosteuropäischen Märkte seien fast unbegrenzt aufnahmefähig für industrielle Erzeugnisse und Investitionsgüter. Eine Einfuhr sei aber nur möglich, soweit die erforderlichen Devisen durch entsprechende Ausfuhren zuvor beschafft werden könnten. Der Westen schaffe deshalb durch seine Liberalisierungspolitik und durch seine Politik der Kooperation selbst die Voraussetzungen für eine entsprechende Ausnutzung der Marktchancen.

Mit dem Begriff der Kooperation sei ein neues Instrument der Handelspolitik angesprochen, das erst noch schärfere Konturen gewinnen müsse. Kooperation sei auch im Sinne der EWG mehr als Kompensation, sondern umfasse alle Formen der industriellen Zusammenarbeit. Während aber die EWG-Behörden auf dem Sektor der klassischen Handelspolitik sich bereits kurz vor dem Ende der Übergangszeit das nötige Instrumentarium geschaffen hätten (bei den Zöllen, Liberalisierungslisten, Kontingenten etc.), habe die EWG auf dem Sektor der Kooperation erst wenige Schritte getan, namentlich auf dem Sektor der Landwirtschaftspolitik. Auch auf dem Industriesektor könnte jedoch manche Form der Kooperation von der EWG mit handelspolitischen Mitteln gefördert werden, die bereits in der Zuständigkeit der EWG-Behörden liegen, z. B. beim Veredelungsverkehr, bei den Zollmaßnahmen, Sonderkontingenten u. a. Auch auf dem finanziellen Sektor zeichneten sich erste Möglichkeiten ab, etwa im Sinne einer Vereinheitlichung der Exportkredite und der Exportkreditversicherungen.

Mit der Fähigkeit der EWG, eigene Verhandlungen zu führen, die seit dem Dezember 1969 gegeben sei, habe ein neues Kapitel der gemeinsamen Handelspolitik begonnen, das neue Möglichkeiten eröffnen werde.

NEUE ASPEKTE UNSERER WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN MIT SÜDOSTEUROPA

Es liegt auf der Hand, daß die Schilderung der EWG-Handelspolitik in den anschließenden Referaten aus deutschem Munde in den Einzelheiten ein wenig anders ausfiel. Ministerialdirektor Dr. Axel Herbst, der neue Leiter der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, der erst vor kurzem von den EWG-Behörden zum Auswärtigen Amt übergewechselt ist, umriß die neue Situation etwa so: Die Staatshandelsländer seien ein interessanter Markt

für die Bundesrepublik Deutschland, wenn sie in die internationale Arbeitsteilung voll einbezogen werden könnten. Die klassischen Formen der Handelspolitik genügten nicht, sondern es müßten neue Elemente in die Handelsverträge hineinkomponiert werden. Langfristige Abkommen mit Rumänien seien geschlossen, Verhandlungen mit der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Bulgarien würden demnächst geführt. Im einzelnen ging Dr. Herbst auf die Forderungen der osteuropäischen Partner ein: volle de jure Liberalisierung, Plafondserhöhung (Hermesgarantien) für die Exportkredite, ungebundene, von der Bundesregierung abgesicherte Finanzkredite. Dr. Herbst berührte weiterhin die industrielle Kooperation als neues Element in den Wirtschaftsbeziehungen und ging auf die spezielle Situation in Jugoslawien und in den assoziierten Staaten Griechenland und Türkei ein. Er betonte abschließend, daß jeder Versuch einer Politisierung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu vermeiden sei.

AKTUELLE PROBLEME DEUTSCHER OSTHANDELSPOLITIK

Regierungsrat Dr. L u c a s gab anschließend für das Bundeswirtschaftsministerium eine Darstellung des handelspolitischen Konzeptes seines Hauses. Ausgehend von den Besonderheiten des Osthandels, die sich namentlich aus den unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen und der starken Abhängigkeit des Handels von der Politik ergeben, stellte er die fortlaufende Liberalisierung des Osthandels als die tragende Leitlinie der Osthandelspolitik heraus. Der Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen erfolge entweder autonom oder auf Grund von bilateralen Vereinbarungen. Die autonomen Liberalisierungsmaßnahmen erfolgten nur de facto, sie seien damit jederzeit widerruflich und müßten ein wirksames Preisprüfungsverfahren gewährleisten. Der effektive Liberalisierungsanteil sei bei den einzelnen Ländern unterschiedlich. In den letzten Jahren, nicht zuletzt auch im laufenden Jahre 1970 sei der Liberalisierungsanteil jedoch ständig gewachsen, wobei die Länder, mit denen bisher keine handelsvertraglichen Vereinbarungen bestehen, also die Sowjetunion und die Volksrepublik China, schlechter gestellt seien. In den laufenden Handelsverhandlungen mit den übrigen RGW-Ländern suche man die Kontingente den Liefermöglichkeiten soweit als möglich anzupassen, unter Wahrung der innerdeutschen Schutzbedürfnisse einzelner Wirtschaftszweige. Hier sei eine Überprüfung nach rationalen Kriterien erforderlich, um jeden Dauerprotektionsismus zu vermeiden.

Die autonomen und bilateralen Maßnahmen der Bundesrepublik müßten in die Osthandelspolitik der Europäischen Gemeinschaften eingebettet werden. In den bestehenden Ansätzen für eine gemeinsame Handelspolitik werde zwischen Ost- und Westhandel unterschieden. Für den Osthandel gebe es eine wesentlich kleinere Liberalisierungsliste und besondere Schutzmöglichkeiten. Da die Europäischen Gemeinschaften von den RGW-Ländern bisher nicht formell anerkannt seien und ein vertragloser Zustand unerwünscht sei, seien von der gemeinsamen Handelspolitik auch nach den Kompetenzveränderungen des Jahres 1970 der Abschluß von Rahmenabkommen durch die einzelnen Mitgliedsländer mit einer Laufzeit bis zu 5 Jahren und Warenabkommen mit

einer Geltungsdauer von 1 Jahr bis zum 31. 12. 1972 zugelassen. Doch bedürfe es einer Koordinierung aller handelspolitischen Maßnahmen innerhalb der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere der Genehmigung des Rates zur Aufnahme von Verhandlungen. Damit sei für die einzelnen Mitgliedsländern ein enger Verhandlungsspielraum gesetzt.

Materiell bedeute die angestrebte Vereinheitlichung der Handelspolitik zunächst die Fixierung eines gemeinsamen Minimums in der Liberalisierung (Liberalisierungsliste Ost). Die weitere Vereinheitlichung dieser Liberalisierungsmaßnahmen sei das Ziel der Koordinierung bei den Vertragsverhandlungen. Die gemeinsame Handelspolitik müsse deshalb neu überdacht werden.

Das wesentliche Problem liege bei allen bilateralen Verhandlungen darin, wie die Einfuhr aus den Ostländern gesteigert werden könne. Der Abschluß langfristiger Rahmenabkommen werde von östlicher Seite von folgenden Voraussetzungen abhängig gemacht:

1. von der Zusage des vollständigen Abbaus der mengenmäßigen Beschränkungen bis 1974,
2. von der Befreiung der Lieferung von Kooperationswaren von allen mengenmäßigen Beschränkungen, und
3. von der Zollbegünstigung der Kooperationsware.

Eine Zollbegünstigung der Kooperationsware sei schon aus Gründen der gemeinsamen Handelspolitik unmöglich. Die Bundesregierung sei bereit, eine schrittweise Fortsetzung ihrer Liberalisierungspolitik zuzusagen. Nach Ablauf von fünf Jahren werde nur noch ein harter Kern für besonders sensible Industriegüter bestehen, die noch nicht liberalisiert sind. Da eine Freistellung von Kooperationsware von mengenmäßigen Beschränkungen nicht ohne weiteres möglich sei, werde vorgeschlagen, die Befreiungen auf besonders anerkannte Kooperationsfälle im beiderseitigen Interesse zu beschränken. Diese Einschränkung sei erforderlich, um einfache Kompensationsgeschäfte von dieser Vergünstigung auszuschließen. Das Problem liege in der Koordinierung dieser anerkannten Kooperationsfälle innerhalb der Europäischen Gemeinschaften.

Die Hauptschwierigkeit in den Verhandlungen liege darin, daß von östlicher Seite eine Verpflichtung zum vollständigen Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen verlangt werde. Es sei erstaunlich, daß andere Mitgliedsländer der Gemeinschaft, wie z. B. Frankreich, sich nicht scheuten, solche formellen Verpflichtungserklärungen abzugeben, obwohl ihr effektiver Liberalisierungsgrad erheblich niedriger liege als in der Bundesrepublik.

Die östlichen Forderungen würden noch verstärkt durch das Begehren nach einer de-jure-Liberalisierung. Besonders Polen verlange den vollständigen Abbau des Lizenzzwanges, weil es darin eine formale Diskriminierung erblicke, die mit der beiderseitigen Mitgliedschaft im GATT nicht vereinbar sei. Es sei deshalb notwendig ein neues Verfahren zu entwickeln, bei dem die Lizenzpflicht aufgegeben werden könne, ohne daß ausreichende Schutzmöglichkeiten entfallen. Ungarn verlange demgegenüber eine vertragliche Bindung der Liberalisierung, also eine Aufgabe des autonomen Charakters der Liberalisierung. Dies sei aber mit Rücksicht auf die Gemeinschaft nicht möglich, weil es eine Präjudizierung der gemeinsamen Handelspolitik darstelle. Ungarn verlange

auch einen Ausgleich für den Rückgang der Agrarexporte mit Rücksicht auf die Beeinträchtigungen durch die Marktordnungen der Europäischen Gemeinschaft. Eine Verpflichtung zum Ausgleich bei Industrieerzeugnissen sei jedoch faktisch nicht möglich.

Multilateral bemühten sich die RGW-Länder um eine stärkere Mitarbeit im GATT. Ursprüngliches GATT-Mitglied sei nur die CSSR, 1967 sei Polen als Vollmitglied beigetreten, allerdings mit einem Sonderstatus. Beitrittsverhandlungen mit Rumänien laufen. Das Problem liege darin, daß alle Ostländer im GATT die Festlegung eines möglichst nahen Zeitpunkts für die vollständige Liberalisierung verlangten.

Eines der Grundprobleme der Osthandelspolitik liege darin, daß der östliche Bedarf an Investitionsgütern aus dem Westen und an know-how wesentlich größer ist als die Deviseneinnahme aus entsprechenden Westverkäufen dieser Länder. Eine Lösung dieses Dilemmas sei nur durch eine Änderung der Warenstruktur der östlichen Lieferungen zu erreichen, d. h. durch eine Verlagerung des Schwerpunktes von dem Agrar- und Rohstoffsektor zu industriellen Fertigwaren. Dies stoße jedoch auf Qualitäts- und Marketingschwierigkeiten. Die Bundesregierung sei bereit, soweit es im Hinblick auf ihre binnenwirtschaftlichen Probleme vertretbar ist, die Voraussetzungen für eine Steigerung der östlichen Lieferungen zu schaffen. Eines der Mittel zur Erreichung dieses Zieles sei auch die Erleichterung der Kreditaufnahme, doch sei dies allerdings nur auf dem Kapitalmarkt möglich. Die geeigneten Instrumente dazu seien die Hermes-Garantien und die Garantien für ungebundene Finanzkredite, während die im Verhältnis zu Entwicklungsländern gewährten Bundesgarantien für private Kapitalanlagen aus innerstaatlichen Gründen der RGW-Länder ausscheiden müßten.

Die Bundesregierung sei insbesondere bereit, die südosteuropäischen Länder verstärkt in die internationale Arbeitsteilung einzuschalten. Die Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Systemen setzten jedoch diesem Bemühen gewisse Schranken. Die Kooperation mit den südosteuropäischen Ländern solle durch besondere Abkommen und durch die im Rahmen dieser Abkommen eingesetzten Gemischten Ausschüsse gefördert werden. Dafür werde vor allem der deutsch-jugoslawische Gemischte Kooperationsausschuß ein Vorbild sein und neue Wege für eine Förderung der Kooperation suchen müssen.

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DER LANGFRISTIGEN OSTHANDELSVERTRÄGE

Nach diesem Überblick über die handelspolitische Verhandlungssituation gab Dr. Hans-Jürgen M o e c k e von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation in Köln einen Bericht über den Entwicklungsstand des langfristigen Ostgeschäfts aus der Sicht der Wirtschaft. Bereits mit der Themenstellung „Möglichkeiten und Grenzen der langfristigen Osthandelsverträge“ wurde deutlich, daß es in der gegenwärtigen Übergangsphase vor allem darauf ankommt, sich der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch der inhärenten Grenzen des Ostgeschäfts klarzuwerden. Unter Bezugnahme auf seine Ausführungen in der Kuratoriumssitzung des Jahres 1969 erinnerte er daran, daß

es eine Stufenfolge von Vertragstypen der zwischenbetrieblichen Kooperation gebe, die von Lizenz- und Anlagelieferverträgen bis zu einer Zusammenarbeit in Einkauf und Forschung, oder in Produktion und Vertrieb reichten. Von dieser Stufenfolge von Vertragstypen sei im Ostgeschäft bisher nur ein beschränkter Kreis von Vertragsarten festzustellen.

Der Kernbereich der Ost-West-Kooperation liege bisher eindeutig bei der Zusammenarbeit in der Produktion und im Vertrieb. Bei der Produktionskooperation handele es sich in der überwiegenden Zahl der Fälle um reine Lohnfertigungsverträge, die mit Rücksicht auf die Produktionsengpässe der westlichen Industrie und im Hinblick auf das geringere Lohnniveau dieser Länder von Bedeutung seien.

Echte Fälle einer Gemeinschaftsfertigung, bei denen die beiden Kooperationspartner ein gemeinsames Endprodukt herstellen und ihren Kooperationsanteil vertraglich voneinander abgrenzen, seien demgegenüber noch immer sehr selten. Sie erforderten ein erheblich größeres gegenseitiges Vertrauen in die Stabilität der Verhältnisse und stießen deshalb auf psychologische Hemmnisse, die sich aus den unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen ergeben. Es gehöre erheblich mehr dazu, seine eigene Produktion im Hinblick auf die Produktion eines ausländischen Unternehmens zu beschränken, also einer echten Arbeitsteilung zuzustimmen, als etwa eine Lizenzproduktion zu genehmigen oder laufende Zulieferungen zu vereinbaren. Gerade da aber würden die eigentlichen Rationalisierungsmöglichkeiten beginnen. Es sei wichtig diesen Rationalisierungseffekt besonders herauszustellen, weil auch die östlichen Partnerländer dem Gedanken der Rationalisierung mehr und mehr Aufmerksamkeit schenkten.

Die gegebenen Möglichkeiten reichten erheblich weiter als die bisher abgeschlossenen Vertragstypen glauben machen. Insbesondere der Abschluß von Spezialisierungsabkommen, also die gegenseitige Produktionsabstimmung, biete erheblich weiterreichende wirtschaftliche Möglichkeiten für beide Partner eines solchen Vertrages. Praktisch seien bisher noch kaum derartige Vereinbarungen getroffen worden oder bei der praktischen Durchführung stecken geblieben. Es habe sich insbesondere gezeigt, daß die bestehenden Einfuhrregelungen und Devisenbestimmungen in den beteiligten Ländern durch solche Vereinbarungen nicht überwunden werden konnten. Aus diesem Grunde sei besonders beachtlich, daß ungarische Regierungsstellen kürzlich konkrete Förderungsmaßnahmen für Kooperationsverträge in Aussicht gestellt haben. Ungarn würde mit solchen Vergünstigungen dem Beispiel der jugoslawischen Regierung folgen, die schon lange für Kooperationsverträge Devisenerleichterungen gewähre und damit eine konkrete wirtschaftliche Basis für den Abschluß von Kooperationsverträgen geschaffen habe. Die Beispiele zeigten, daß auch die Förderungsmöglichkeiten noch längst nicht erschöpft sind. Die Wirtschaft sollte deshalb den Regierungskontakten im Rahmen der bereits bestehenden Kooperationsabkommen besondere Aufmerksamkeit widmen.

Auch auf dem Sektor des Vertriebs seien die Möglichkeiten einer Ost-West-Kooperation noch längst nicht ausgeschöpft. Die bisher abgeschlossenen Vertriebsvereinbarungen beschränkten sich weitgehend auf die gegenseitige Vertretungstätigkeit. Die Kooperationsverträge liefen insofern darauf hinaus,

als Ersatz für die bisher nicht mögliche Bestellung eigener Handelsvertretungen in den östlichen Ländern zu dienen. Darüber hinausgehende Vertriebskooperationen, insbesondere der Aufbau von Vertriebsgemeinschaften für die beteiligten Märkte oder für Drittmärkte seien noch so gut wie unbekannt. Eine Zusammenarbeit in der Produktion werde jedoch regelmäßig nur in dem Maße zu Rationalisierungserfolgen führen, als auch der Vertrieb in die Zusammenarbeit einbezogen werde.

Das Stichwort Vertriebsgemeinschaften zeigt, so führte der Referent aus, daß hiermit die Frage nach den Grenzen der Ost-West-Kooperation angesprochen sei. Es sei klar, daß von seiten der deutschen Wirtschaft die Grenzen des internen Rechts dieser Länder eingehalten werden müßten. Zum Vertragsschließen gehörten immer zwei! Wo diese Grenzen liegen, das zu bestimmen sei Sache der östlichen Partnerländer. Es sei Sache des internen Rechts dieser Länder, die Grenzen zu präzisieren, die sich aus der Eigentumsordnung und der Gesellschaftsverfassung dieser Länder ergäben. Doch sei es für die Zwecke einer zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit gar nicht notwendig, diese Grenzen zu tangieren. Es entspreche dem Wesen der Kooperationsverträge, daß sie die Selbständigkeit der beteiligten Vertragspartner unberührt lasse.

Es könne durchaus sein, daß die Grenzen des internen Rechts in den einzelnen Partnerländern unterschiedlich seien, z. B. aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen, die sich im Bereich der Wirtschaftsplanung oder der Rechnungsführung ergeben hätten. Die Rechtsordnungen dieser Länder hielten Rechtsfiguren bereit, die möglicherweise für solche Kooperationsverträge benutzt werden könnten. Z. B. kenne das ungarische Zivilgesetzbuch die Rechtsform eines rechtsfähigen Vereins und das tschechoslowakische Gesetzbuch über den internationalen Handel die Rechtsform der sog. Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit. Zumindest die letztere Rechtsfigur sei ausdrücklich für den internationalen Handel bestimmt, wie sich aus der Zweckbestimmung dieses besonderen Zivilgesetzbuches für den Auslandsverkehr ergebe. Nach beiden Rechtsformen könnten z. B. gemeinsame Fonds der Partner errichtet und gemeinsam verwaltet werden. In beiden Organisationsformen könne die persönliche Haftung der Mitglieder beschränkt werden und in beiden Fällen könnten gemeinsame Organe eingesetzt werden. Auch in der Bundesrepublik würde eine große Zahl von Kooperationsverträgen in der Rechtsform des Vereins errichtet werden. Doch sei auch die Frage, ob derartige Rechtsformen für Kooperationsverträge mit dem Ausland zur Verfügung stünden, eine Frage des internen Rechts dieser Länder.

Von westlicher Seite werde man nur eine Grenze zu setzen haben, die allem wirtschaftlichen Handeln inhärent sei: Die Wirtschaftlichkeit der Verträge. Die östlichen Partnerländer sprächen treffend von dem Prinzip des beiderseitigen Vorteils.

Die Entwicklung werde freilich auch in Zukunft nur in kleinen Schritten erfolgen, sowohl was den Umfang des Handelsverkehrs als auch was die Intensität der Vertragsbeziehungen angehe. Auch bei entsprechenden Westverträgen sei eine nur sehr allmähliche Weiterentwicklung zu beobachten, obwohl die Wirtschaftsbeziehungen insgesamt und die Beziehungen zwischen den einzelnen Unternehmen naturgemäß erheblich enger seien, wenn gleich-

artige Wirtschaftsordnungen beteiligt seien. Die Intensität des allgemeinen Handelsverkehrs sei deshalb ein Indiz und ein Anreiz für eine weitere Vertiefung der Vertragsbeziehungen zwischen den einzelnen Unternehmen.

Die Diskussion erstreckte sich vor allem auf die praktischen Auswirkungen der dargelegten handelspolitischen Entwicklung auf die Wirtschaft und die besonderen Probleme, denen sich die Wirtschaft beim Handel mit den südosteuropäischen Ländern gegenübersteht. Dabei wurde insbesondere die Erschwernis herausgestellt, die sich aus der Unmöglichkeit der Bestellung eigener Firmenvertreter in den RGW-Ländern und in Jugoslawien ergeben. Direktor Dr. G a e b e l, Farbwerke Hoechst, wies darauf hin, daß der Umfang der Liberalisierung nicht nach der Anzahl der statistischen Warenpositionen gemessen werden könne, sondern nach deren wirtschaftlichem Gewicht. Nach dem Exportumfang nähmen jedoch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse noch immer den ersten Platz in den Ausfuhren der Südostländer ein. Gerade da aber sei der Liberalisierungsgrad mit Rücksicht auf die Marktordnungen der EWG noch am geringsten. In der Diskussion nahm auch der türkische Botschafter bei der EWG, Zya Müezzinoğlu, das Wort und wies auf die besonderen wirtschaftlichen Möglichkeiten seines Landes hin. Der Wirtschafts-Attaché der Jugoslawischen Botschaft, Botschaftsrat M a j e r i ć, überbrachte die Grüße seines Landes. Handelsrat Bogdan Butoi vertrat Rumänien, Dr. Lajos Rajk Ungarn. Die Legationssekretäre Kiriakoff und Meschdschureschki repräsentierten Bulgarien.

BELA CSIKÓS-NAGY:

Die außenhandelspolitische Bedeutung der ungarischen Wirtschaftsreform

Vortrag in der Siemens-Stiftung, München

Im Vortragssaal der Carl-Friedrich von Siemens-Stiftung — der schon traditionellen Tagungsstätte internationaler Begegnungen im Nymphenburger Schloßbrondell — referierte am 15. April 1970 der ungarische Staatssekretär, Prof. Dr. Bela Csikós-Nagy, Präsident des Ungarischen Landes-Material- und Preisamtes, über obiges Thema. Die Veranstaltung war auf Initiative des in München wirkenden Gelehrten, Prof. Dr. Hans Raupach, zustande gekommen. Er konnte eine stattliche Anzahl Interessierter zum Vortrag und beim anschließenden Empfang willkommen heißen.

Der hervorragende Vortrag, gekennzeichnet durch wissenschaftliche Akribie, ging zunächst auf die historischen Anfänge des derzeitigen ungarischen Wirtschaftssystems ein. Hierdurch wurde die Vorgeschichte des im Jahre 1968 eingeführten „Neuen wirtschaftlichen Mechanismus“ erhellt und somit eine Erklärung bezüglich des Standorts der ungarischen Wirtschaft gegeben. Dieser wird determiniert durch die Zugehörigkeit Ungarns zu den RGW-Ländern. Nach der Schilderung der Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe wies Prof. Csikós-Nagy auch auf die mit den westlichen Unternehmen ermöglichten Produktionskooperationen hin, die insbesondere für an deutsch-ungarischen Handelsbeziehungen interessierten Wirtschaftskreise von besonderer Bedeutung sein dürften. Die erzielten Erfolge seit der Durch-

führung der Wirtschaftsreform sind bemerkenswert und bedeuten eine Weichenstellung für eine gedeihliche Kooperation. Diese kann nur dann zu einem fruchtbaren Ergebnis führen, wenn die Notwendigkeit, sich grundlegende Kenntnisse der verschiedenenartigen Wirtschaftssysteme anzueignen, erkannt und in freimütigem Gespräch diskutiert wird.

Josef Aufricht

Die Südosteuropa-Gesellschaft ist dankbar, die Ausführungen von Prof. Dr. Csikós-Nagy im folgenden wiedergeben zu können:

Sozialistische Planwirtschaft in einer offenen Volkswirtschaft

Die Planwirtschaft hat für die sozialistischen Gemeinschaften allgemein gültige und für die einzelnen Länder spezifische Merkmale.

Allgemein charakteristisch für die sozialistischen Gemeinschaften können die sozialistischen Eigentumsverhältnisse, die staatliche Planung und Lenkung der Volkswirtschaft betrachtet werden. Wirtschaftsplanung und Lenkung beruhen auf ganz bestimmten gesellschaftlichen Normen, wie z. B. ständigem Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Lebensniveauerhöhung in einer harmonisierten Einkommensstruktur. Demgegenüber ergeben sich die konkreten Aufgaben des sozialistischen Aufbaus in spezifischer Weise, da sich die nationalen Gemeinschaften wesentlich im Entwicklungsgrad der Produktionskräfte, in der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Struktur und auch in den Bedingungen des Wirtschaftswachstums voneinander unterscheiden.

In dem konkreten System der Planwirtschaft synthetisieren sich die allgemein gültigen und spezifischen Elemente. Daraus ergibt sich, daß ein Land das Planungssystem in seiner entwickelten Form von einem anderen nicht einfach adoptieren kann. Jedes Land muß die Forderungen, die sich durch die Eigenartigkeiten seiner gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Struktur ergeben, erkennen. Planung und Lenkung müssen sich nach diesen richten. Das ist nicht nur ein Recht, sondern vielmehr Pflicht. Davon hängt es ab, wie weitgehend die Möglichkeiten, die im Sozialismus gegeben sind, ausgenutzt werden können.

Historisch gesehen kam die Planwirtschaft zuerst in der Sowjetunion zustande. Die günstigen Naturalbedingungen ermöglichten in der Sowjetunion die Verwirklichung eines Entwicklungsprogramms, das das Auflösen des wirtschaftlichen Rückstandes auf eigener Basis sicherstellen konnte. Die Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion konnte so in einem geschlossenen System, abgesondert von der kapitalistischen Weltwirtschaft durchgeführt werden. Dementsprechend könnte man das konkrete System der Planwirtschaft nach Kriterien der autarkischen Wirtschaftspolitik aufbauen und die in dem volkswirtschaftlichen Plan quantifizierten Ziele der Wirtschaft als Pflichtaufgaben vorlegen.

Ganz andere Umstände gelten bei denjenigen europäischen Ländern, wo nach dem zweiten Weltkrieg der sozialistische Umwandlungsprozeß vor sich ging. Diese Länder besaßen eine offene Wirtschaft, die auf eigener Basis allein überhaupt nicht entwicklungsfähig gewesen wäre. Irgendwie sind alle Länder in die Weltwirtschaft mit einbezogen. Die Intensität aber kann ganz verschieden sein. Der relative Größenmaßstab des Exports wird meistens für die Bezeichnung benutzt, ob eine Volkswirtschaft als eine geschlossene oder offene Wirtschaft betrachtet werden kann. Unter dieser Kennziffer verstehen wir —

wie bekannt — die Relation zwischen Export und Nationalprodukt. Der relative Größenmaßstab des ungarischen Exports beträgt etwa 33%. Damit nimmt Ungarn einen mittleren Platz zwischen den größeren und mehr geschlossenen Volkswirtschaften wie z. B. die Bundesrepublik Deutschland und den kleineren, offenen wie z. B. Belgien ein. Am Ende der 60er Jahre erreichte der Material-Import ein Drittel des gesamten Materialverbrauchs und der Export ein Viertel des End-output der Produktion. Die internationale Verflechtung der ungarischen Produktion ist besonders seit den 20er Jahren ein ständiger Begleiter der ungarischen Industrialisierung. Bei solchen Umständen verknüpft sich die wirtschaftliche Effektivität selbstverständlich organisch mit der Ausnutzung der komparativen Vorteile, d. h. mit der Effektivität des Außenhandels. Daraus ergibt sich das spezifische Merkmal der sozialistischen Planwirtschaft in einer offenen Volkswirtschaft. Diese spezifischen Merkmale kommen in unserer Zeit durch die Wirtschaftsreform zur Geltung.

Es könnte die Frage gestellt werden, woran es liegt, daß eine bessere Anpassung an die Effektivität erst in den 60er Jahren auf die Tagesordnung kam. Der zweite Weltkrieg hat die Wirtschaft der europäischen sozialistischen Länder zertrümmert. Die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion hat die Reorganisation der Wirtschaft ermöglicht. Der Reichtum an Naturschätzen ermöglichte es der Sowjetunion, einen wesentlichen Teil des Importbedarfs dieser Länder in Materialien zu befriedigen. Gleichzeitig war es möglich, den Materialimport mit Halbfabrikaten und Fertigwaren-Export zu finanzieren. Dadurch entstand eine mehr oder weniger geschlossene wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, die gleichzeitig auch die Einführung eines mehr oder weniger einheitlichen Planungssystems ermöglichte. All dies wurde im Jahre 1949 durch die Gründung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) auch institutionell befestigt. Der RGW ist im Grunde genommen eine wirtschaftliche Integration, wo die Arbeitsteilung überwiegend nicht auf monetärer Basis, sondern auf naturalwirtschaftlichen Vorgängen beruht. Diese Zusammenarbeit kann etwa folgendermaßen charakterisiert werden:

1. Der Außenhandel wird nach bilateralen Fünfjahres- und Jahres-Vereinbarungen zwischen den Regierungen geregelt. Die zwischenstaatlichen Abkommen legen Export- und Importkontingente fest. Es sind:
 - Mengenkontingente, vor allem bei Rohstoffen, Nahrungsmitteln und einigen Kapitalgütern.
 - Wertkontingente für Halbfabrikate und für die meisten Fertigwaren.Mengen- und Wertkontingente sind sowohl in Fünfjahres-, als auch im Jahresabkommen festgelegt. Doch ist man bestrebt, die Verpflichtungen in den Jahresabkommen soweit wie möglich durch Mengenkontingente zu bestimmen. Auf Grund der zwischenstaatlichen Abkommen werden die Verträge zwischen den Unternehmen geschlossen. Dies sind im allgemeinen Verträge zwischen staatlichen Außenhandelsunternehmen, wo man die Lieferungen und die Lieferungsbedingungen in konkreter Form bestimmt.
2. Die RGW-Zusammenarbeit beruht auf einem geschlossenen multilateralen Verrechnungssystem, wo der Clearingrubel als internationale Verrechnungseinheit dient. Dieses System ist von außen und auch von innen geschlossen.

- Von außen prägt sich die Geschlossenheit dadurch aus, daß der Clearingrubel mit dem kapitalistischen monetären System nicht verbunden ist. Der Clearingrubel ist nicht konvertibel. Im Clearingrubel entstandene Guthaben können nur im Rahmen des RGW-Außenhandels benutzt werden.
 - Von innen prägt sich die Geschlossenheit dadurch aus, daß der Clearingrubel mit den nationalen monetären Systemen der RGW-Länder nicht verbunden ist. Vor allem ist der Clearingrubel nicht identisch mit dem Rubel, d. h. mit der nationalen Währung der Sowjetunion. Weiterhin ist der internationale Währungs- und Preismechanismus von den nationalen Währungs- und Preismechanismen der RGW-Länder abgesondert.
3. Der Finanzmechanismus des RGW beruht auf der Hypothese, daß sich auf längere Sicht der Export und Import eines jeden Landes ausgleicht. Strukturelle Debitor- und Kreditor-Positionen ergeben sich also nicht. So ist es zu verstehen, daß die 1963 gegründete internationale Bank bis heute im Wesen als Clearingzentrum fungiert. Es ist die Hauptaufgabe der Bank, die Abwicklung der Verrechnungen auf multilateraler Basis vorzunehmen. Kredite werden nur in beschränktem Rahmen und nur kurzfristig gestattet und meistens als Folge der Abweichung von planmäßigen Lieferungen betrachtet.
 4. Der Wert des Clearingrubels soll durch festgelegte Prinzipien für Preisbildung gesichert werden. Der Weltmarktpreis dient als Ausgangspunkt bei der Festlegung der Kontraktpreise in der RGW. Bei der Umrechnung der USA-Dollar-Preise in Clearingrubel benutzt man die Goldparität des Sowjetrubels, d. h. 1:0,9. Die Ausprägung der Dollarpreise in Clearingrubel-Preise vollzieht sich in festem Preissystem, wobei man die Preise für mehrere Jahre festlegt. Die RGW-Länder bestimmen die allgemeinen Richtlinien der Preisbildung gemeinsam, aber die Festlegung und Änderung der Preise wird durch zweiseitige Vereinbarungen geregelt. Daraus ergeben sich die folgenden Eigenarten:
 - Kontraktpreise folgen den Weltmarktpreisen mit mehrjährigem Abstand.
 - Kontraktpreise differenzieren sich nach verschiedenen Relationen.
 Da der Weltmarktpreis sehr schwer im Rahmen der Halbfabrikate und Fertigwaren erkennbar ist, ist die Benutzung des Prinzips des Weltmarktpreises ein relativ subjektives Kriterium für die Preisbildung.

Die in der internationalen Arbeitsteilung entstehenden Probleme

Etwa zwei Drittel des ungarischen Warenaustausches läuft im Rahmen und etwa ein Drittel außerhalb des RGW ab. So hat für die ungarische Wirtschaft vor allem die RGW-Zusammenarbeit ausschlaggebende Bedeutung. Die RGW — wie man das beurteilen kann — hat sich mit Rücksicht auf ihre Hauptaufgabe als eine effektive Institution bewiesen. Dadurch war es möglich, den sozialistischen Umwandlungsprozeß wirtschaftlich zu unterstützen und das ständige Wirtschaftswachstum sicherzustellen. Dabei entstanden in den europäischen sozialistischen Ländern mit der Entwicklung der produktiven Kräfte und

mit der Diversifikation der Wirtschaft immer mehr und mehr Probleme. Während sich das Nationaleinkommen in den RGW-Ländern in den 50er Jahren jährlich um etwa 15% erhöhte, ging der jährliche Zuwachs in den 60er Jahren auf etwa 6—7% zurück. Die Wirtschaftsentwicklung wurde von Gleichgewichtsstörungen begleitet und in einigen Ländern wurde das Defizit-Problem der kapitalistischen Zahlungsbilanz akut. Die Frage mußte gestellt werden, inwiefern diese Probleme die Folge des Systems der RGW-Zusammenarbeit sein könnten. Die damit verbundenen Untersuchungen haben die Mängel im internationalen Mechanismus der RGW aufgedeckt. Man könnte diese folgendermaßen zusammenfassen:

1. Die internationale Abstimmung der volkswirtschaftlichen Strukturen ist bis zur Zeit nicht in zufriedenstellendem Maße gelöst worden. Die Fünfjahres- und Jahres-Abkommen beeinflussen freilich auf indirektem Wege wesentlich die staatliche Planung der Volkswirtschaft in den einzelnen Ländern. Material-Import und der jährliche Zuwachs dieses Importes bestimmen in einigen RGW-Ländern ziemlich kräftig das Ausmaß der Entwicklung und zum Teil auch des Struktur-Umwandlungsprozesses. Doch konnten diese Abkommen bei der Harmonisierung der Produktionsstruktur nicht effektiv mitwirken. Zum Teil ist das durch den bilateralen Charakter der Zusammenarbeit bestimmt. Vor allem aber vielleicht durch den souveränen Charakter der Wirtschaftsplanung. Man hat oft zuerst die Projekte offiziell proklamiert und erst danach Schritte unternommen, um die durch die internationale Arbeitsteilung bedingten Hintergründe zu schaffen. Es standen also zu oft nationale Prestigefragen auf dem Spiel.

Die nationalen Vorstellungen über Wirtschaftswachstum waren vor allem durch die Absicht bestimmt, möglichst viele Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft zu sichern und dadurch das Prinzip der Vollbeschäftigung praktisch zur Geltung kommen zu lassen. Unter solchen Umständen schien die extensive Industrialisierung wünschenswert zu sein. Die Entwicklung der produktiven Kräfte und die Diversifikation der Wirtschaftsstruktur prägten sich so vor allem in quantitativen Faktoren aus; im Zuwachs der Arbeitskräfte. Daraus konnten kaum Probleme entstehen bis zu der Zeit, wo das Angebot die Nachfrage übertraf. Aber die Verarbeitungsindustrie entwickelte sich in den RGW-Ländern parallel. Mehr und mehr Produkte, vor allem Maschinen wurden, in die Nachfrage übertreffendem Maße, produziert. Schon am Ende der 50er Jahre hat man so „weiche“ und „harte“ Produkte unterschieden. Genießt ein Land die Möglichkeit, seine Waren in willkürlicher Form auf dem internationalen Markt abzusetzen, und verliert diesen Vorteil später, so beeinflusst das selbstverständlich auch die Importpolitik. Die Tendenz hat sich immer mehr verbreitet, den Warenaustausch zweiseitig und jährlich auszugleichen und gleichzeitig die gleiche Exportstruktur einander gegenüberzustellen, harte mit harten Waren und weiche mit weichen Waren. Man hält es für nachteilig, im Austausch gegen Maschinen Rohstoffe zu liefern. Man strebte die Umstellung der Außenhandelswarenstruktur in der Richtung an, wo der Austausch gleiche Arbeitsmengen ermöglichte. Dadurch wollte man günstige Voraussetzungen für die Beschäftigungspolitik schaffen. Es ist leicht einzusehen, daß mit dem

Zurgeltungskommen solcher Tendenzen der Außenhandel eingengt wird, — und damit auch die Rolle des Außenhandels in der Entwicklung der nationalen produktiven Kräfte.

2. Die extensive Industrialisierung kann eine großzügige quantitative Entwicklung selbstverständlich nur mit der Vernachlässigung der qualitativen Elemente der Produktion erreichen. Es kann auf die hochentwickelte Technologie und im allgemeinen auf die technische Entwicklung nicht genügend Wert gelegt werden. Auch die in einem zu großem Maße durchgeführte Konzentrierung der Investitionen hat vor allem in den nicht präferierten Industriezweigen zum Rückstand in der Produktionskultur beigetragen.

Herrschte allgemeiner Mangel an Kapital- und Konsumgütern, so konnte die schwache Qualität der Exportwaren kaum den Warenaustausch beeinflussen. Man konnte dieses Phänomen als objektive Begleiterscheinung der ersten Etappe der Industrialisierung betrachten, die akzeptiert werden muß. Die Lage änderte sich in den 60er Jahren, als nämlich das Angebot an gewissen Kapitalgütern die Nachfrage übertraf. Dadurch stiegen die Ansprüche für die technischen Parameter der Kapitalgüter an. Man begann, die Kapitalgüter mit den entsprechenden vom kapitalistischen Weltmarkt zu vergleichen. Die sich dadurch ergebenden Probleme verschärften sich mit der Erkenntnis, daß der Übergang von der extensiven zu der intensiven Industrialisierung unentbehrlich ist. Dementsprechend entstanden mehr und mehr Importansprüche, nicht für Kapitalgüter als solche, sondern für Kapitalgüter mit ganz bestimmten Eigenschaften, mit denen man nämlich auf Grund zeitgemäßer Technologie produzieren kann. Es hat sich gezeigt, daß der RGW-Markt Mangel an solchen Gütern aufweist. Selbstverständlich übte das einen gewissen Einfluß auf die Vorstellung über den Charakter der RGW-Zusammenarbeit aus. Die Tendenz entstand, den normalen Warenaustausch auf dem RGW-Markt beizubehalten, gleichzeitig aber die neue Technik durch die Arbeitsteilung mit den kapitalistischen Ländern zu sichern.

3. Die Probleme verwickelten sich durch die Wirtschaftsreformen. Erscheinungsformen der Wirtschaftsreformen sind: Dezentralisation, Aktivierung der Waren- und Geldverhältnisse usw. Die Ursache aber ist das bessere Zurgeltungskommen der wirtschaftlichen Effektivität. Das Wichtigste ist also die Erkennung der Notwendigkeit der rationalen Haltung in der Planung und Lenkung der Wirtschaft. Davon sind aber nicht nur die Strukturentwicklung der Wirtschaft, bzw. die Industriepolitik, sondern auch die Vorstellung über die Kriterien der internationalen Arbeitsteilung berührt. Kommt die Rationalität in der Wirtschaftspolitik zur Geltung, so gewinnt neben der modernen Technik auch die Preisfrage Bedeutung. Es geht nicht nur um die neue Technik, sondern auch darum, wieviel man für die Importgüter zahlen muß und was für Preise für die Exportgüter erzielt werden können. Aus all diesem geht klar hervor, daß die Wirtschaftsentwicklung und die Diversifikation der produktiven Kräfte in den sozialistischen Ländern neue Verhältnisse zustande kommen ließen, die sich schwer mit dem herkömmlichen RGW-Mechanismus vereinbaren lassen.

Die Aufrechterhaltung der RGW-Zusammenarbeit gilt als grundlegendes Interesse der sozialistischen Länder, es soll aber diese Zusammenarbeit mit den neuen Bedürfnissen in Einklang gebracht werden.

Die ungarische Wirtschaftsreform und der Außenhandel

Die Verringerung des Maßstabes des Wirtschaftswachstums, das Defizit der Zahlungsbilanz mit den kapitalistischen und die Gleichgewichtsstörungen haben in Ungarn schon in der zweiten Hälfte der 50er Jahre die Aufmerksamkeit auf die Fragen des Wirtschaftsmechanismus gerichtet. Im Mittelpunkt der Diskussion stand damals das Preisproblem. Es bestand die ziemlich eindeutige Auffassung, daß der Preis in dem gegebenen System der sozialistischen Planwirtschaft nicht als Signal bei rationalen Entscheidungen betrachtet werden kann. Was ist überhaupt für dieses Preissystem charakteristisch? 1. Administrative Festlegung der Preise. 2. Absonderung der Inlands- von den Auslandspreisen. Die Unterschiede zwischen diesen Preisen werden bei den Außenhandelsunternehmen durch das Budget verrechnet. 3. Die Absonderung der Einzelhandelspreise von den Großhandelspreisen. Die Unterschiede zwischen diesen Preisen werden bei den Industrieunternehmen bzw. beim Großhandel durch das Budget verrechnet.

Durch diese Faktoren kam in dem Preissystem die autarkische Wirtschaftspolitik und die Beschränkung des Marktmechanismus zur Geltung.

Im Anfang untersuchten wir, wie man die Effektivität des Außenhandels ohne Berührung des Wirtschaftsmechanismus verbessern könnte. Wir arbeiteten verschiedene Kennziffern für Exporteffektivität aus. All diese Kennziffern beruhten auf dem Prinzip der Preiskorrektur. Wir hatten mit komplizierten Methoden zu tun, da sich das administrative Preissystem durch die Materialpreise auch in den Produktionskosten widerspiegelte. Um diese Verzerrungen zu eliminieren mußte eine neue Kostenkategorie geschaffen werden, die wir als Realkosten bzw. lohnkostenartige Selbstkosten bezeichneten. Letzten Endes haben wir also die ausgezahlten Lohnkosten für die Exportgüter den Devisenpreisen gegenübergestellt. Selbstverständlich haben wir den Devisenpreis mit den Devisenkosten verringert, die sich nämlich durch die in den Exportgütern verkörpert Importmaterialien bzw. Halbfabrikaten ergaben.

Diese Kennziffer ergab so den Netto-Devisenerlös des inländischen Lohnaufwandes. Wir arbeiteten auch mit anderen Kennziffern, wo man die Lohnaufwände mit gewissen Kapitalrückvergütungsnormen ergänzt hat. Bei Benutzung solcher Kennziffern waren wir bestrebt, ein klares Bild über die relative Effektivität der Exportgüter zu erlangen, bzw. uns klar zu machen, welche Produkte nur mit Verlust verkauft werden können. Diese Kennziffern spielten auch in der staatlichen Planung der Wirtschaft und in dem System des materiellen Anreizes eine gewisse Rolle.

Die Benutzung der Kennziffern des Exporteffektes hat aber keine nennenswerten Ergebnisse gebracht. Es hat sich schnell gezeigt, daß sich das Preisproblem und das allgemeine Lenkungsproblem der Wirtschaft nicht umgehen läßt. Klar war es schon früher, daß in einer offenen Wirtschaft die Ausnutzung

der komparativen Vorteile ein wesentliches Element des allgemeinen Wirtschaftseffektes ist. In der ersten Hälfte der 60er Jahre wurde aber auch klargelegt, daß man von diesen Vorteilen nur dann Gebrauch machen kann, wenn der Wirtschaftseffekt als Hauptkriterium für die Wirtschaftspolitik dient. Man mußte aber daraus die nötigen Folgen auf die staatliche Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in Betracht ziehen. Erstens mußte man den Weltmarktpreis mit gewissen Korrekturen als Signalsystem für die Beurteilung der Effektivität der ungarischen Arbeit akzeptieren. Zweitens mußte man die Starrheit des Wirtschaftsmechanismus, die sich aus dem überzentralisierten Wirtschaftsverhalten ergab, beseitigen. Die Flexibilität mußte geschaffen werden, um der Wirtschaftspolitik zu ermöglichen, sich den sich ständig ändernden Marktbedingungen anzupassen. Die 1968 durchgeführte Wirtschaftsreform wollte unter anderem den sich so ergebenden Forderungen entsprechen. Betrachten wir diese Reform vom Blickpunkt des Außenhandels her, so sind es 5 Elemente, die größere Aufmerksamkeit verdienen.

1. Wir haben zwar die Wirtschaftsreform nicht mit einer Valutareform verbunden, doch bauten wir in das neue System einige Elemente ein, die als Vorbereitung zu einer perspektiven Valutenreform dienen können. Seit 1968 werden die Außenhandelsgeschäfte mit realen Umrechnungskoeffizienten abgerechnet. Der Koeffizient für Rubel und Dollar ergab sich durch die in der Export-Warenstruktur berechneten durchschnittlichen Devisenkosten. Dieser Koeffizient wird nur im Außenhandel benutzt. Außerhalb des Außenhandels benutzen wir den sogenannten Touristenkurs, der sich nach der in den Einzelhandelspreisen berechneten Kaufkraftparität richtet. Im Außenhandel wird der Import mit Zoll belastet und der Export mit Exportsubvention unterstützt. Die Exportsubvention erstreckt sich im allgemeinen von 15 bis auf 30% und wird zur Zeit noch in ziemlich breitem Umfang benutzt. Sie wird aber von Jahr zu Jahr in mehr und mehr beschränktem Maße zugelassen.
2. Im Einklang mit dem Außenhandelsmechanismus wandelten wir das Festpreissystem zu einem gemischten Preissystem um, wobei wir also Festpreise, Maximalpreise und freie Preise nebeneinander benutzten. Preise für Export- und Importgüter sind frei. Das ist nicht der Fall für Energieträger, für landwirtschaftliche Hauptprodukte und allgemeine Verbrauchsgüter. Die Preise für Energieträger sind maximiert. Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte sind fixiert. Das ist ebenso gültig für die allgemeinen Verbrauchsgüter. Übrigens werden die Importkonsumgüter außer dem Zoll auch mit Umsatzsteuer belastet. Bei dieser letzteren ist die Besteuerung der inländischen Produkte ausschlaggebend.
3. Das staatliche Monopol des Außenhandels ist weiterhin gültig, aber seine sinngemäße Auslegung hat sich geändert. Heute kann es nicht mehr als Monopol der staatlichen Außenhandelsunternehmen betrachtet werden. Das Export-Importrecht wird immer mehr den Industrie- und Handelsunternehmen zugesprochen. Was aber noch wichtiger scheint ist, daß sich die Nostrogeschäfte der Außenhandelsunternehmen wesentlich eingeschränkt haben. Diese Unternehmen arbeiten heute meistens als Treuhänder, oder

aber als Geschäftspartner der Verbraucher, bzw. Exportwaren herstellenden Unternehmen.

4. Der Gewinn gehört den Unternehmen. Der Gewinn wird besteuert. Die autonome Politik der Unternehmen im Bereich der Produktion und des Verkaufs ermöglicht es dem Außenhandel nach dem Rentabilitätsprinzip zu organisieren. Freilich kommt das im Rahmen und außerhalb des RGW in verschiedener Weise zur Geltung.

Der Warenaustausch im Rahmen des RGW wird überwiegend durch Kontingente geregelt. Diesbezügliche zwischenstaatliche Abkommen werden durch Verträge, die von den Unternehmen abgeschlossen werden, rechtskräftig. So haben die Unternehmen eine gewisse Bewegungsfreiheit, soweit man den Warenaustausch nur mit Wertkontingenten regelt. Abgesehen davon nahmen die Unternehmen bei uns aktiv an der Vorbereitung der zwischenstaatlichen Abkommen teil. Der Staat übernimmt, nach allgemeinen Regeln, keine Export- und Importverpflichtungen, die die Unternehmen nicht für vorteilhaft halten. Es muß aber hier hinzugefügt werden, daß wir mit der Reform solche Umstände geschaffen haben, durch die sich die intensive Zusammenarbeit mit den RGW-Ländern für unsere Unternehmen als vorteilhaft erweist.

Die zwischenstaatlichen Abkommen sind auch außerhalb des RGW ausschlaggebend für die Außenhandelsbeziehungen. Die kapitalistischen Länder halten es nur unter gegebenen Bedingungen für wünschenswert einen liberalisierten Warenaustausch mit Ungarn zu pflegen. In einigen Relationen spielen dabei die Konsolidierung der Vorkriegsschulden, bzw. die mit der Verstaatlichung von ausländischen Unternehmen verbundenen Forderungen eine Rolle. Im allgemeinen wird für die Liberalisierung als Voraussetzung gestellt, daß auch Ungarn freien Wareneingang gewährleistet. Die Möglichkeit dazu ist immer mehr gegeben. Die zentrale Bewirtschaftung der Waren bechränkt sich heute nur auf einige Güter. Export- und Importkontingente werden nur in ganz bestimmten Fällen festgelegt. Die staatliche Kontrolle des Warenaustausches verkörpert sich im Rahmen des Export- und Importgenehmigungssystems. Hier spielt die Devisenlage die ausschlaggebende Rolle.

5. Schließlich sollte auf die mit den kapitalistischen Unternehmen ermöglichten Produktionskooperationen hingewiesen werden. Wie bekannt, spielen die internationalen Kapitalverflechtungen im Rahmen der Arbeitsteilung der entwickelten kapitalistischen Länder eine wesentliche Rolle. Die großzügige Entwicklung des Nachkriegs-Außenhandels prägt sich vor allem in der Sphäre der Kapitalgüter aus. Damit traten neuartige Zusammenarbeitsreformen im Bereich der Produktion, Wissenschaft und Technik in den Vordergrund.

Seit den 60er Jahren benutzen auch die sozialistischen Länder einige dieser Formen in der Arbeitsteilung mit den kapitalistischen Ländern. 1964 hat Ungarn erstmals Verhandlungen mit einigen kapitalistischen Ländern über die Bedingungen und Möglichkeiten der Produktionskooperation geführt. Bis heute haben wir etwa 60 Kooperations-Vereinbarungen getroffen, und zwar

in vielfältiger Form. Die typischsten sollten erwähnt werden. 1. Ein Unternehmen erhält von einem anderen geistige Leistung (Lizenz, know-how) und bezahlt mit dem so hergestellten Produkt, wobei sie in der Realisierung koordiniert zusammenarbeiten. 2. Gemeinsame technische Entwicklungstätigkeit der Unternehmen und koordinierte Zusammenarbeit in der Realisierung des so hergestellten Produktes. 3. Die Herstellungsaufteilung und gemeinsame Realisierung. Die bisherigen Erfahrungen haben bewiesen, daß die Gemeineigentumsverhältnisse an sich Kooperation solcher Art nicht verhindern. Intensive Zusammenarbeit kann auch ohne Kapitalverflechtung gepflegt werden. Die betreffenden kapitalistischen Unternehmen sind nur dann interessiert, daß der sozialistische Staat nicht solche Finanz-, Preis- und andersartige Regelungen vornimmt, die den wirtschaftlichen Hintergrund, bzw. die Rentabilität dieser Geschäfte in Frage stellen. Diese Bedingungen können sichergestellt werden, da wir uns ja über die Vorteile dieser Form der Zusammenarbeit voll im klaren sind.

Es muß aber bemerkt werden, daß die bisherigen Kooperationsverträge unserer Wirtschaft bis jetzt keine nennenswerten Ergebnisse gebracht haben. Unser Warenaustausch mit den entwickelten kapitalistischen Ländern ist nicht allzu groß und auch davon ist nur 1% durch solche Vereinbarungen bestimmt. Meistens haben kapitalistische Unternehmen die Initiative ergriffen. Die kapitalistischen Unternehmen möchten meistens ihre Position auf den sozialistischen Märkten durch diese Verträge bekräftigen. Demgegenüber ist Ungarn daran interessiert, seine konvertible Devisenposition zu verstärken.

Die ungarische Außenhandelspolitik

Der Anteil des RGW-Warenaustausches macht nach der Reform wie zuvor, zwei Drittel des ungarischen Gesamtaußenhandels aus. Es ist kaum wahrscheinlich, daß sich dieser Anteil in der Zukunft wesentlich ändert. Wollen wir realistisch bleiben, so ist der Ausgangspunkt die wirtschaftliche Integration. So wie der gemeinsame Markt, so sichert auch die RGW große Vorteile für die Mitgliedsländer. Diese Länder wollen selbstverständlich die sich dadurch ergebenden Vorteile nicht opfern. Ja, wie wir das beobachten können, verstärkt sich der Integrationsprozeß immer mehr. Die Annahme, daß die ungarische Wirtschaftsreform zu einer Umorientierung im Außenhandel führen könnte, ist unrealistisch. Das wahrhafte Ziel der Wirtschaftsreform ist das vollständige Zur-Geltung-kommen der wirtschaftlichen Effektivität.

Ein Land kann im Rahmen seines autonomen Entscheidungsbereiches sehr viel tun, um die rationale Haltung in der internationalen Arbeitsteilung zu verbessern. Das haben wir eigentlich getan. Die diesbezüglich gegebenen maximalen Möglichkeiten können aber nur durch gegenseitiges Verständnis und mit internationalen Vereinbarungen erzielt werden. Daran arbeitet heute die ungarische Außenhandelspolitik.

Ungarn ist vor allem an der Vervollkommenung der RGW-Zusammenarbeit interessiert. Der Übergang von der extensiven zu der intensiven Wirtschaftsförderung ist zur Zeit in den RGW-Ländern zu bemerken. Die Anerkennung der Modernisierung des RGW-Mechanismus ist allgemein. Die sozialistische

wirtschaftliche Integration steht auf der Tagesordnung. Die Ursachen sind dieselben, die in einigen sozialistischen Ländern zur Wirtschaftsreform führten. Die allgemeine Überprüfung des RGW-Mechanismus ist auf Grund des Entschlusses des RGW im Gange. Der Rat des RGW hat für diese Untersuchung die Grundprinzipien festgelegt, nach dem man das konkrete System der wirtschaftlichen Integration ausarbeiten soll. Diese Grundprinzipien erfassen die Haupteigenart der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung, deren Problematik sich folgendermaßen zusammenfassen läßt:

- I. Auf dem Gebiet der technisch-materiellen Zusammenarbeit:
 1. Die Harmonisierung der nationalen Wirtschaftspolitik.
 2. Plankoordinierung.
 3. Koordinierte Entwicklung der Energie und Materialproduktion.
 4. Industrielle Spezialisierung und Produktions-Kooperation.
 5. Die harmonisierte Entwicklung der Ernährungswirtschaft.
 6. Die koordinierte Entwicklung des internationalen Verkehrsnetzes.
 7. Die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit.
- II. Auf dem Gebiet der Waren- und Geldverhältnisse:
 1. Die Vervollkommnung des Systems der zwischenstaatlichen Außenhandelsabkommen.
 2. Die Befestigung des multilateralen Zahlungsverkehrs.
 3. Die Begründung eines effektiven Bank- und Kreditsystems.
 4. Das Erreichen der Valutenkonvertibilität.
 5. Die Bevorzugung des RGW-Verkehrs und die Sicherstellung des materiellen Anreizes in diesem Verkehr.
 6. Die Neuregelung des Preissystems.

Wenn man ein Zusammenarbeits-System in komplexer Weise überprüft, so scheint es absolut normal zu sein, daß sich in den Einzelheiten wesentliche Meinungsverschiedenheiten ergeben. Wenn man nur die verschiedenartigen Erläuterungen der Volkswirte betrachtet, so kann man wahrnehmen, daß dazu auch objektive Kriterien beitragen, wie z. B. der unterschiedliche Grad der wirtschaftlichen Entwicklung, unterschiedliche Produktionsstrukturen der Volkswirtschaften und auch Eigenarten der nationalen Wirtschaftsmechanismen.

Man könnte heute kaum eindeutig beurteilen, was für Änderungen im RGW-Mechanismus stattfinden werden. Ziemlich viele von uns vertreten aber die Ansicht, daß die Lösung des monetären Problems eine der wichtigsten Aufgaben ist. Die Abrechnungen im Rahmen der RGW ruhen schon seit Jahren auf multilateraler Basis. Dieses System kann aber nur in sehr begrenzter Form wirken, weil der transferable Rubel nicht vertibel ist. Aber auch diejenigen, die von der Lösung des monetären Problems ausgehen, vertreten verschiedene Ansichten, nämlich wie man dazu kommen kann. Die ungarischen Volkswirte z. B. gehen davon aus, daß ein Teil des Außenhandels liberalisiert sein soll, ein realer Kurs für die kollektiven sozialistischen Valuten festgelegt sein soll und mit der Zeit ein steigender Anteil der in dieser Valuta entstehenden Schuld in konvertiblen Valuten, letzten Endes in Gold, bezahlt werden soll.

Die mit der Lösung des monetären Problems verbundene Schwierigkeit liegt darin, daß dadurch gegenüber den nationalen Wirtschaftsmechanismen ganz bestimmte Forderungen entstehen. Der autarkische Charakter der nationalen Preissysteme sollte beseitigt werden. Die sich auf monetärem System entwickelte Zusammenarbeit setzt die organische Verbindung zwischen Inlands- und Außenhandelspreis der Export- und Importgüter voraus. Inlandspreissysteme müssen sich so mehr und mehr einander anpassen. Dabei können sich die RGW-Vertragspreise nicht willkürlich von den Weltmarktpreisen absondern. Besitzt die RGW-Zusammenarbeit ein hochentwickeltes monetäres System, so tritt dieses mit deren monetären Systemen in Verbindung, die gleichzeitig auch die Verbindung der Preise mit sich bringt. Die Unterschiedlichkeit der Preise wird unter solchen Bedingungen durch die für die sozialistische Integration festgelegten Präferenzen objektiv bestimmt. Letzten Endes haben wir es hier mit einem regionalen Markt, bzw. mit einem regionalen Preissystem zu tun, in dem sich die spezifische Produktionsstruktur, Angebot und Nachfrage der RGW-Länder, ausprägt.

Die wirtschaftliche Nachkriegsentwicklung der sozialistischen Länder beweist, daß die Anpassung an den RGW-Mechanismus durch die Erhaltung der Autonomie der nationalen Wirtschaftspolitik ermöglicht werden konnte. Die internationale Arbeitsteilung wirkt sich immer auf die inneren Wirtschaftsverhältnisse aus und diese Wirkung ist freilich kräftiger im Rahmen der Integration. Da aber ein besseres Zur-Geltung-kommen der Effektivität und damit ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum Gemeininteresse der RGW-Länder ist, ist es real anzunehmen, daß die RGW-Länder das konkrete System der sozialistischen Wirtschaftsintegration in nicht zu weit entfernter Zukunft ausarbeiten und die durch die Entwicklung entstehenden Probleme bewältigen werden.

Ungarn betrachtet den RGW-Markt als regionalen und nicht als autarkischen Markt. Die ausgeglichene Entwicklung der ungarischen Wirtschaft fordert von uns eine Zusammenarbeit auf weltwirtschaftlicher Ebene. So ist es zu verstehen, daß wir die Beziehungen mit den entwickelten Industrieländern und mit Entwicklungsländern fördern.

Wie man beobachten kann, nimmt die Bedeutung der internationalen Institutionen in der Organisierung der Arbeitsteilung seit dem 2. Weltkrieg immer mehr zu. Man hat seitdem mehr Organisationen gegründet, als in der ganzen vorhergehenden Zeit. Neben politischen Faktoren spielen auch wirtschaftliche Bedenken in der Aktivierung der Institutionen eine Rolle. Das beschleunigte Wachstum der produktiven Kräfte und auch die Entwicklung der Wissenschaft und Technik konnten nur durch die Ausdehnung und Vertiefung der internationalen Beziehungen zur Geltung kommen. Damit wuchs die Bedeutung derjenigen Funktionen, die man entsprechender Weise nur international lenken, bzw. kontrollieren kann.

Ist das so, dann hängt die Intensität der Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Ländern in großen Maßen davon ab, wie sie zu der Struktur der internationalen Wirtschaftsorganisation stehen. Der sogenannte Ost-West-Handel ist zur Zeit — nach meiner Meinung — mit irrationalen Elementen belastet,

weil die internationale institutionelle Struktur der kapitalistischen und sozialistischen Weltsysteme nicht in rationaler Weise vorhanden ist. Es soll nicht mißverstanden werden; unsere Weltwirtschaft ist heute aus objektiven Gründen geteilt und das prägt sich unausbleiblich im internationalen Rahmen aus. So existiert z. B. im Westen die EWG und in Osteuropa die RGW aus wohlüberlegten Gründen. Man kann aber nicht als objektiv begründet betrachten, daß eine ganze Reihe internationaler Organisationen ihre Aktivität auf das kapitalistische Weltsystem beschränken, obwohl sie ihrem Charakter nach als Weltorganisation gelten sollten.

Eine positive Umstellung in dieser Richtung ist bei einigen Institutionen wie z. B. GATT und FAO zu bemerken. Organisationen, die auf der Ebene der Industrie, der Landwirtschaft und des Verkehrs arbeiten, erkennen immer mehr und mehr die Vorteile an, die sich daraus ergeben, wenn sie als wahrhaftige Weltorganisationen existieren können. Das ist keineswegs der Fall bei den internationalen Finanzinstitutionen. Eine rationale Lösung zu finden ist hier auch dadurch erschwert, weil sich die Verfassung dieser Institutionen schon von vornherein den Gegebenheiten und Interessen der hochentwickelten kapitalistischen Länder anpaßt.

Es wird oft darauf hingewiesen, daß der Wirtschaftsmechanismus der sozialistischen Länder die Zusammenarbeit und so die Entwicklung des Ost-West-Handels erschwert. Es scheint aber, daß diesbezüglich heute eine scharfe Trennung zwischen Plan- und Marktwirtschaftssystem nicht mehr gerechtfertigt ist. Wie bekannt, haben die Entwicklungsländer noch in der Mitte der 60er Jahre die Eigenarten der Plan- und Marktwirtschaft bei ihren Anforderungen gegenüber den entwickelten Ländern weitestgehend in Betracht gezogen. Zur Förderung ihres Exports haben sie gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern Zollpräferenzen und gegenüber den entwickelten sozialistischen Ländern Importkontingente verlangt. Am Ende der 60er Jahre haben sie aber schon einheitlich die garantierte Beteiligung in der Befriedigung des Verbrauchszuwachses gegenüber den entwickelten Ländern befürwortet. Es wurde nämlich die Erfahrung gemacht, daß im Rahmen des Export- und Importgenehmigungssystems, im Rahmen des Steuersystems usw. weitgehende Möglichkeiten für die staatliche Manipulation des Außenhandels gegeben sind.

Es bestehen freilich wesentliche Unterschiede im Wirtschaftsmechanismus der kapitalistischen und sozialistischen Länder, die vor allem mit den Eigentumsverhältnissen verbunden sind. Diese Unterschiede können aber kaum als Hindernisse des Ost-West-Handels gelten. Was man mit gegenseitigem Verständnis erreichen kann, dazu könnte als gutes Beispiel die Aufnahme Polens in die GATT dienen. Polen hat kein Zollsystem. Der GATT als internationaler Zollverein hat doch eine Möglichkeit gefunden, und im Falle von Polen das Zollsystem durch das Importkontingentsystem ersetzt.

Ungarn unterhält Verbindungen mit vielen Ländern, doch wickelt es 90% seines Warenverkehrs in Europa ab. Im Rahmen der europäischen sozialistischen Länder hat der Warenverkehr mit der Sowjetunion, DDR, Tschechoslowakei und Polen größere Bedeutung. In Bezug auf die europäischen kapitalistischen Länder sind die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Österreich, Groß-

britannien und Frankreich unsere wichtigsten Handelspartner. Wir hoffen, daß die Arbeitsteilung mit diesen Ländern immer mehr zur Entwicklung der ungarischen Wirtschaft beiträgt. Möge sich auch die Erkenntnis verstärken, daß die Beteiligung Ungarns an der internationalen Zusammenarbeit auch die europäische Wirtschaft fördert.

GERHARD TEICH:

Wissenschaftlicher Rat für Weltwirtschaft Budapest

(Világgazdasági Tudományos Tanács)

An der Bildung des Nationaleinkommens der Ungarischen Volksrepublik ist die Ausfuhr mit rund 40 v. H. beteiligt. Eine stetige Ausweitung dieses Anteils des Außenhandels ist auf Grund der natürlichen Gegebenheiten Ungarns Voraussetzung für ein kontinuierliches Wachstum seiner Wirtschaft; sie kann nur erreicht werden, wenn die Verflechtung der ungarischen Außenwirtschaft mit den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ebenso gepflegt wird wie eine Entwicklung der ungarischen Außenhandelsbeziehungen mit der westlichen Welt.

Ähnlich wie für die Bundesrepublik ist die Stellung Ungarns in der Weltwirtschaft von besonderer Bedeutung. Diese Ansicht veranlaßte die kompetenten Fachleute Ungarns — Ökonomen wie Politiker — weltwirtschaftliche Probleme und außenwirtschaftliche Beziehungen der Ungarischen Volksrepublik als ein bedeutsames Forschungsobjekt der ungarischen Wissenschaft herauszustellen, dessen zentrale Förderung für die Entwicklung Ungarns ebenso wichtig ist wie die von technischen und naturwissenschaftlichen Forschungsprojekten.

Im April 1969 nahm deshalb der Ungarische Ministerrat eine Entschliebung zur Gründung des Wissenschaftlichen Rates für Weltwirtschaft (WRWW) an. Die Gründungssitzung fand im Oktober 1969 statt. Als Präsident des Wissenschaftlichen Rates für Weltwirtschaft fungiert Professor Dr. Jozsef Bognár, als Sekretär Térenc Kosma, der gleichzeitig Abteilungsleiter des Sekretariats des Komitees für Internationale Beziehungen ist.

Der Rat setzt sich außer dem Präsidenten und dem Sekretär aus 22 Mitgliedern zusammen, die Vertreter der folgenden Einrichtungen sind: Zentral-Komitee der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Nationales Planungsamt, Statistisches Zentralamt, Ungarische Nationalbank, Auswärtiges Amt, Finanzministerium, Außenhandelsministerium, Sekretariat des Komitees für Internationale Beziehungen, Nationale Kommission für Technische Entwicklung, Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Afro-Asiatisches Forschungszentrum der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Wirtschaftswissenschaftliche Universität Karl Marx, Institut für Markt- und Konjunkturforschung, Institut für Wirtschaftswissenschaften und Institut für Landwirtschaftliche Forschung.

Der WRWW hat die Aufgabe, sowohl koordinierende als auch forschende Tätigkeit zu betreiben. In seinen Bereich fällt es also, die Forschungsarbeiten der verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen aufeinander abzustimmen, weltwirtschaftliche Forschungen mit spezieller Bedeutung für die ungarische Wirtschaftspolitik anzuregen sowie eine regelmäßige Analyse weltwirtschaftlicher Phänomene vorzunehmen, soweit diese Relevanz für die ungarische Wirtschaftslage haben.

Der WRWW kann seine Wirksamkeit vor allem deshalb besonders effektiv gestalten, weil er die als wichtig erkannten Forschungsvorhaben auch finanziert. Ihm steht ein besonderer Fonds des Finanzministeriums für diese Zwecke zur Verfügung, aus dem der WRWW die für die wirtschaftliche Forschung erforderlichen Beträge an wissenschaftliche Institute, spezielle Forschergruppen oder auch Einzelforscher mit entsprechenden Aufträgen überweisen kann.

Außerdem gehört es zu den Pflichten des WRWW, Behörden und einschlägige Institute bei ihrer außenwirtschaftlichen Tätigkeit zu beraten und die ihm bekannt gewordenen Ergebnisse der außenwirtschaftlichen Forschung in ordentlichen Sitzungen zu diskutieren. Die Ergebnisse, die auf Grund der Tätigkeit des WRWW erzielt werden, sollen durch Publikationen in ungarisch oder in einer der Weltsprachen der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Als periodisches Publikationsorgan stehen dem WRWW die „Acta oeconomica“ zur Verfügung, die das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften herausgibt und welche von dem Sekretär für Wirtschaftswissenschaften an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Dr. Tamás Földi, redigiert werden. Zunächst wird diese Zeitschrift eine Beilage erhalten, die dem WRWW für seine Zwecke dient.

Als Basis für die Eigenforschung des WRWW sieht der Regierungserlaß das Afro-Asiatische Forschungszentrum der Ungarischen Akademie der Wissenschaften vor, dessen Direktor ebenfalls Professor Dr. Bognár ist. Das Institut ist deshalb angewiesen, die bisher betriebene Entwicklungsländerforschung zu einer Weltwirtschaftsforschung auszubauen. Die Bibliothek des Instituts erfährt gleichzeitig eine Erweiterung, um dem WRWW als Informations- und Dokumentationsstelle zu dienen. Die bisher als Spezialsammlung angelegte Bibliothek wird zu einer zentralen Sammlung für Weltwirtschaft ausgestaltet.

Das Arbeitsprogramm des WRWW sieht für seinen 1. Abschnitt folgende Forschungen vor:

- 1.) Eine regelmäßige Analyse der Wirtschaft der sozialistischen Länder zur Untersuchung der Möglichkeit einer engeren Gestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zwischen Ungarn und den Mitgliedstaaten der RGW.
- 2.) Untersuchung der langfristigen Probleme der Integration im RGW-Bereich.
- 3.) Analyse der technischen Entwicklung in Westeuropa und in den sozialistischen Ländern und deren wahrscheinliche Auswirkung auf die ungarische Wirtschaft.
- 4.) Untersuchung der Auswirkungen der Integration innerhalb der EWG-Staaten auf die außenwirtschaftliche Situation Ungarns.

- 5.) Beobachtung der Formen der Zusammenarbeit in Westeuropa, in den Entwicklungsländern, in den RGW-Ländern und die Folgen für die ungarische Wirtschaft.
- 6.) Analyse der internationalen politischen Situation im Hinblick auf die ungarische Außenhandels- und Devisenlage.
- 7.) Vergleich der Kosten der Agrarproduktion in der Welt und deren Einfluß auf den ungarischen Agraraußenhandel.
- 8.) Beobachtung der Entwicklung der Verbrauchsgüterindustrie.
- 9.) Analyse des Bedarfs Ungarns an Rohstoffen und Energie unter besonderer Berücksichtigung der Kapazitäten in den RGW-Ländern.
- 10.) Erforschung der Entwicklung in den Agrar-Industrielländern und die sich daraus ergebenden Folgen.
- 11.) Regelmäßige Marktanalysen der westlichen Industrieländer, die von besonderer Bedeutung für den ungarischen Außenhandel sind.

JENS MEIER:

Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern

Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung diskutierten Probleme der Kooperation auf einer Fachkonferenz in der Theodor-Heuß-Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach v. 26. 6.—28. 6. 70

Das Einführungsreferat von Dipl.-Ing. Gerhard K i e n b a u m, MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft, behandelte „das politische Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern“. Prof. Dr. Erich K l i n k m ü l l e r vom Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin zeigte „Chancen und Grenzen der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten“. In fünf getrennt tagenden und sehr effektiven A r b e i t s k r e i s e n wurden Spezialprobleme der Zusammenarbeit diskutiert und zwar 1.) Lizenzen, 2.) Zusammenarbeit in Drittländern, 3.) Lohnveredelung, 4.) Anlagengeschäft und 5.) Präsentation des Angebots (vor allem Messen und Werbung in Ost und West). Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff v o n A m e r o n g e n, erörterte „Verschiedene Systeme im Welthandel“ vor allem im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Osthandels. In drei Kurzreferaten ging es einmal um „die Aus- und Weiterbildung der Organisationstechnik als Wegbereiter für den Absatz auf diesem Gebiet“ (Verleger Peter B a s t e n, Aachen und Dipl.-Kfm. Günther S i d o n, Buderus-Werke Wetzlar), sodann um den „Zugang zu Forschungsergebnissen der sozialistischen Länder“ (Dr. Klaus Heinrich S t a n d k e, Generalsekretär der „European Industrial Research and Management Association“, Paris, einer der OECD angeschlossenen Organisation) und schließlich um „Finanzierungs- und Sicherungsfragen bei einer Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern“ (Ministerialrätin S t e e g vom Bundeswirtschaftsministerium). Über

„Praktische Erfahrungen mit dem Verkauf von technischen Produkten und Anlagen in die sozialistischen Länder“ berichtete Horst L a n g e - P r o l l i u s von der Akademie für Führungskräfte in der Wirtschaft, Bad Harzburg. Ein abschließendes Podiumsgespräch (Teilnehmer: Dipl.-Ing. Gerhard K i e n b a u m, MdB, der Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt Karl M o e r s c h, MdB, Hans-Georg S t ä c k e r, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Großanlagenbau im Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Paul Z i e b e r vom Institut für Ostmarktforschung, Hamburg und Peter P a p s t, Dozent an der Theodor-Heuß-Akademie) richtete den Blick voraus auf die „Weiterentwicklung politischer Aktivitäten zur Förderung des möglichen Aufbaus einer wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern“. Die Gesamtleitung der Fachkonferenz hatte Dipl.-Ing. G. Kienbaum, MdB.

Kienbaum interpretierte die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Ostblockstaaten als Beitrag auch zur Verbesserung des politischen Klimas. In der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern (wie z. B. Produktionsübernahmen, Austausch von know how, Kapital und Management, Kooperation auf Drittmärkten und verstärkter Gütertausch mit dem Westen) seien allerdings erhebliche Hindernisse enthalten wie Mißtrauen auf beiden Seiten, Autarkiestreben im Osten, sozialistisches Sendungsbewußtsein sowie mangelnde Ostmarktkennntnis und -forschung und schließlich Schwerfälligkeit des sozialistischen Wirtschaftsapparates. Dennoch bestehe aber schon auf Grund der wirtschaftlichen Ergänzungsfunktion ein beiderseitiges Interesse an verstärkter Zusammenarbeit.

Kienbaum sah den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen in der ansteigenden Linie vom Gütertausch über die wirtschaftliche Zusammenarbeit bis zur Endstufe der gemeinsamen Projekte z. B. in Entwicklungsländer. In diesem Zusammenhang wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, den am Ostgeschäft interessierten deutschen Firmen mehr Informationen über die Marktsituation zur Verfügung zu stellen. Eine nach einheitlicher Nomenklatur arbeitende „Datenbank“ könne auch mittleren Unternehmen größere Möglichkeiten bieten, sich in das Geschäft einzuschalten.

In der Diskussion wurde die Problematik einer zentralen „Datenbank“ herausgestellt. Sie sei darin zu sehen, daß die Informationen zwar allen Unternehmen offenstünden, jedoch nur eine den Zuschlag bekommen könne. Außerdem habe jedes Ostgeschäft sein eigenes „Maßkleid“. Je vielfältiger deshalb die bisherigen Organisationen tätig würden, umso besser sei dies für die in Frage kommenden Unternehmen.

Die Ausführungen von Professor Klinkmüller stützten sich im wesentlichen auf den Aufsatz von Claus D. Rohleder und des Berichterstatters „Probleme der west-östlichen Kooperation“ im „Wissenschaftlichen Dienst Südosteuropas“, Heft 3, 1968, S. 43—47, auf den hier noch einmal verwiesen sei. In der Diskussion wurde besonders betont, daß die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Jugoslawien nicht ohne weiteres auf die anderen sozialistischen Staaten übertragen werden könnten. Ein Vertreter der EWG-Kommission wies auf die Genehmigungspflicht von zwischenstaatlichen Abkommen durch die

EWG hin, soweit dies auch den Handelsverkehr berühren. Darüberhinaus seien ab 1. Januar 1972 keine bilateralen Verträge mehr möglich. Die bisherigen Regierungsvereinbarungen zwischen der BRD und sozialistischen Staaten sprechen allerdings nur „Empfehlungen zur Kooperation“ aus und stecken den Rahmen für Unterverträge ab.

Von den Ergebnissen der Arbeitskreise scheinen die folgenden besonders wichtig:

1. **L i z e n z e n.** Der Umfang der Lizenzvergabe an die sozialistischen Länder wird umso größer sein, je weiter sich die Devisenbilanz der östlichen Partnerstaaten bessert. Der Abschluß von Lizenzverträgen über östliche Verfahren verdient deshalb besondere Unterstützung.
2. **Z u s a m m e n a r b e i t i n D r i t t l ä n d e r n.** Die Mitnahme des Ostpartners ist eine Art Gegenleistung für ein Projekt des Westpartners. Die Schwierigkeiten liegen in der Gesamtverantwortung für die technischen Lieferungen und Leistungen des Ostpartners.
3. **L o h n v e r e d e l u n g.** Sie wird als eine Möglichkeit angesehen, die Ostblockstaaten mit deutschem „know how“ vertraut zu machen.
4. **A n l a g e n g e s c h ä f t.** Es sind im wesentlichen systemimmanente Schwierigkeiten, die eine Kooperation im Bereich des Anlagenbaus mit den sozialistischen Ländern nur in Ausnahmefällen möglich machen.
5. **A n g e b o t s p r ä s e n t a t i o n.** Auch in Zukunft werden Ostmessen neben anderer Werbung für die deutsche Wirtschaft von besonderer Bedeutung sein, wobei zwischen Investitionsgüter- und Konsumgüterindustrie zu unterscheiden ist.

In der gemeinsamen Aussprache der Teilnehmer aller fünf Arbeitskreise zeichneten sich drei Probleme bei allen Formen der Zusammenarbeit ab:

1. Da die Ostgeschäfte im Volumen vorgegeben sind, scheint eine Ausweitung schwierig.
2. Beamtenmentalität in den sozialistischen Ländern versus unternehmerisches Handeln im Westen.
3. Das politische System im Ostblock als „Schallmauer“.

Bei der Erörterung der Finanzierungs- und Sicherungsfragen verwies Ministerialrätin Steeg darauf, daß Kredite kein Preis für politische Zugeständnisse seien. Seit Ende 1969 würden aber Ausfuhrbürgschaften für Osteuropa bis zu acht Jahren und bei Vorliegen von Drittlandskonkurrenz sogar bis zu zehn Jahren gewährt. Auch könnten die Anzahlungen bei Kreditgewährungen in geeigneten Fällen von bisher 20 auf 15 v. H. herabgesetzt werden. Wenn die osteuropäischen Länder nicht in die Möglichkeiten der Mischfinanzierung aus ERP-Mitteln über die Kreditanstalt für Wiederaufbau einbezogen seien, so ergebe sich dies aus der Bestimmung, daß ERP-Mittel nur für Entwicklungsländer verwendet werden dürften. Die Bundesregierung sei allerdings dazu übergegangen, Bundesbürgschaften auch für ungebundene Finanzkredite zu übernehmen, etwa zur Konsolidierung von Fälligkeiten. Bei diesem nicht unbedingt mit deutschen Lieferungen gekoppelten Kredit, handele es sich noch nicht um ein „wohletabliertes Instrument“.

Über die weitere Entwicklung des Osthandels äußerte sich Otto Wolff von Amerongen mit einiger Skepsis. So dürften Außenhandel und Außenpolitik nicht mehr wie früher in zu enger Verbindung gesehen werden. Auch die Meinung, daß der deutsche Osthandel ein Element unserer osteuropäischen Politik sein könne, müsse als falsch bezeichnet werden. Es wäre ein großer Fehler, würde die Bundesrepublik hoffen, politische Vorteile gegen wirtschaftliche Leistungen eintauschen zu können. Die Möglichkeiten der Ausweitung des deutschen Osthandels blieben im übrigen begrenzt, auch wenn wir den guten Willen hätten, ihn auszudehnen. Als Möglichkeit zur evtl. Ausweitung des Ost-West-Handels sah auch Otto Wolff die verschiedenen Methoden der Kooperation. Aber auch in diesem Fall bleibt zu fragen, „ob nicht die Aufnahmefähigkeit der westlichen Märkte für Waren aus diesem Raum ebenso begrenzt ist, wie die Lieferfähigkeit dieser Länder“.

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurden noch einmal unterschiedliche Auffassungen bei der Beurteilung der weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit und der Wirtschaftsbeziehungen deutlich; auf der einen Seite optimistischere Einschätzung der deutschen Ostpolitik auch in ihren Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen durch Gerhard Kienbaum, MdB, und Karl Moersch, MdB, auf der anderen Seite die Skepsis des Wirtschaftspraktikers Hans-Georg Stäcker. Paul Zieber maß zwar der Politik für die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen auch eine außerordentliche Bedeutung zu, setzte sich aber für eine klare Trennung der Aufgaben von Politik und Wirtschaft ein. Die Politiker sollten die noch im Wege liegenden „Felsbrocken“ abbauen, alles andere machten die Unternehmer dann schon alleine. Außerdem warnte er davor, unsere Partner in Osteuropa politisch zu überfordern. Als Bilanz der zweitägigen Fachkonferenz ergab sich die Erkenntnis, daß man an die neuen Formen der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit nicht zu hohe Erwartungen knüpfen dürfe.

Abschließend sei noch auf zwei instruktive Presseartikel über die Tagung verwiesen und zwar „Das Ostgeschäft bleibt ein schwieriger Hürdenlauf“ (Handelsblatt vom 30. 6. 70) und „Ostblock-Kooperation vielfältiger“ (Frankfurter Allgemeine vom 30. 6. 70). Das Thema „Kooperation“ ist auch vom „Industriekurier“ vom 30. 6. 70 in seiner Sonderbeilage „Die Bundesrepublik Deutschland und die osteuropäischen Märkte“ ausführlich behandelt worden, allerdings ohne direkten Bezug auf die Gummersbacher Fachkonferenz.

DEVISEN

Die jugoslawische Regierung möchte die von Jugoslaven im westlichen Ausland verdienten Devisen stärker für die heimische Wirtschaft nutzen. Die jugoslawische Nationalbank (Narodna Banka) machte den Vorschlag, rückkehrenden Gastarbeitern Darlehen zum Bau von Läden, Gaststätten und Restaurants unter der Voraussetzung zu gewähren, daß sie ihre verdienten Devisen jugoslawischen Banken

überlassen. Allein auf westdeutschen Konten werden die jugoslawischen Devisenreserven auf mehrere hundert Millionen Dollar geschätzt. Die jugoslawische Regierung will der Investitionsbereitschaft per Gesetz nachhelfen. Danach soll Privatunternehmern erlaubt werden, bis zu zehn zusätzliche Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Deutsch-rumänische Beziehungen

SOG-Präsident Dr. Walter Althammer MdB und Staatsminister Dr. Fritz PirkI in Rumänien

Die traditionell guten Beziehungen zwischen der Südosteuropa-Gesellschaft Deutschlands und den kulturellen Institutionen Rumäniens kamen auch dadurch zum Ausdruck, daß der Präsident der SOG, Dr. Walter Althammer, MdB, seit 1966 nun schon zum drittenmal Gespräche über Kulturaustausch in Rumänien führte. Die Reise vom 20. bis 30. Juni 1970 ging nach Bukarest, ans Schwarze Meer und nach Siebenbürgen. Gastgeber war das Rumänische Institut für auswärtige Kulturbeziehungen in Bukarest.

Gleichzeitig mit dem Präsidenten der SOG reiste der Bayerische Staatsminister für Arbeit und Soziales, Dr. Fritz PirkI mit seinem Persönlichen Referenten, Ministerialrat Dr. Reiter, nach Rumänien. Da der Minister nur vom 20.—27. 6. 1970 in Rumänien bleiben konnte, mußte das Programm geteilt werden.

Minister Dr. PirkI führte in Bukarest Gespräche mit seinem rumänischen Amtskollegen. Vor allem Probleme des Gesundheitswesens und der Sozialversicherung wurden behandelt. Besichtigungen von Krankenhäusern und Sozialeinrichtungen rundeten den Gedankenaustausch ab.

Dann reiste Minister PirkI in das von der Hochwasserkatastrophe schwer heimgesuchte Siebenbürgen. Der Bayerische Ministerpräsident hatte den Minister beauftragt, dem Kabinett über die Situation zu berichten. Minister PirkI konnte sich von der großen Wirksamkeit der deutschen Katastrophenhilfe überzeugen und sagte seinen rumänischen Gesprächspartnern weitere Hilfe zu.

Der Minister hat an der Arbeit der SOG schon bisher lebhaften Anteil genommen, er konnte einen guten Eindruck von der freundschaftlichen Zusammenarbeit der Gesellschaft mit rumänischen Institutionen gewinnen.

Der Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft führte mit den Damen und Herren des Rumänischen Instituts für auswärtige Kulturbeziehungen, vor allem dem Vizepräsidenten Livezeanu und dem Direktor mehrere Besprechungen über den weiteren Kulturaustausch. Er konnte dabei einen tiefen Einblick in die Arbeit des rumänischen Instituts gewinnen, das für den Kulturaustausch mit allen Ländern zuständig ist, die keine Kulturabkommen mit Rumänien haben.

Im Vordergrund der Gespräche standen zwei Großveranstaltungen der Südosteuropa-Gesellschaft, die noch im Jahre 1970 durchgeführt werden:

Für die Hochschulwoche, die im Herbst 1970 in Ellwangen stattfindet, konnte Prof. Costin Murgescu als Referent zu dem Thema: „Die Erschließung der Begabungspotentialen und die technischen Ausbildungsmöglichkeiten in Rumänien“ gewonnen werden. Das Institut sagte zu, sich dafür einsetzen zu wollen, daß auch Studenten und junge Wissenschaftler aus Rumänien zu der Internationalen Hochschulwoche in die Bundesrepublik kommen können.

Die zweite Großveranstaltung ist die Internationale Fremdenverkehrstagung im Dezember in München. Das rumänische Interesse an dieser Veranstaltung war erwartungsgemäß sehr groß. Die vorbereitenden Gespräche wur-

den auch mit den leitenden Heren des Nationalen Büros für Tourismus geführt. Eine Informationsreise an die Schwarzmeerküste rundete das Bild ab. Rumänien kann stolz sein auf die großen Erfolge und Fortschritte beim Ausbau des Fremdenverkehrs, insbesondere am Schwarzen Meer. Es zeigt sich aber auch, daß noch große Reserven vorhanden sind, vor allem im Landesinneren. Dazu zählen der Ausbau des Wintertourismus, insbesondere in den Karpathen und der Heilbäder-Tourismus, der auch von Minister P i r k l für die deutschen Sozialversicherten angesprochen wurde.

Schließlich wurden Ausstellungsvorhaben besprochen. Eine rumänische Wanderausstellung für die Bundesrepublik startet im Oktober in Arzberg bei Dortmund. Eine deutsche Gegenausstellung für Rumänien ist im Gespräch. Ein Gegenbesuch von Vertretern des Rumänischen Instituts für auswärtige Kulturbeziehungen in der Bundesrepublik wurde in Aussicht genommen.

Der letzte Teil der Reise führte nach Siebenbürgen mit dem Schwerpunkt Hermannstadt. Professor Göllner, ein Freund unserer Gesellschaft, übernahm die Betreuung des Präsidenten. Ein Besuch in den Hochwasserkatastrophengebieten war eingeschlossen. Rumänien stand noch ganz im Bann dieser schrecklichen Naturkatastrophe, die der rumänischen Volkswirtschaft ungeheure Schäden verursachte, ganz zu schweigen von Tod und Elend der betroffenen Menschen. Die Bevölkerung Rumäniens war aber auch beeindruckt von der internationalen Solidarität, die sich in dieser Not gezeigt hat. Im Vergleich der Hilfsmaßnahmen von den U.S.A. bis China hat sich die Leistung der Bundesrepublik gut behauptet. Vor allem die Wasseraufbereitungsanlagen des Deutschen Roten Kreuzes waren sehr hilfreich und beeindruckten.

Die rumänischen Gesprächspartner versicherten, daß ihr Land die konsequente Politik der letzten Jahre fortsetzen werde. Das bedinge den weiteren Ausbau der guten Beziehungen auch zur Bundesrepublik. Es wurde anerkannt, daß die Südosteuroopa-Gesellschaft auf deutscher Seite Pionierarbeit geleistet habe, ebenso wie Rumänien unter den COMECON-Staaten mit gutem Beispiel vorangegangen sei. Besonders erfreut ist man in Rumänien, daß auch die Beziehungen zu den in der Bundesrepublik früheren Rumäniendeutschen gut sind. Der Präsident der SOG konnte sich davon überzeugen, daß Rumänien seinem deutschsprachigen Bevölkerungsteil ein großzügiges kulturelles Eigenleben gestattet. Die literarische Betätigung in deutscher Sprache ist durchaus beachtlich. Das Institut der Rumänischen Akademie von Prof. Göllner in Hermannstadt ist nur ein deutlicher Beweis für die Rückbesinnung auf das deutschsprachige Element in Rumänien.

Es darf freilich nicht übersehen werden, daß sich aus den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen in beiden Ländern auch Probleme ergeben. Von beiden Seiten ist Verständnis, Taktgefühl und Respektierung des anderen Standpunktes notwendig. Voraussetzung für eine fruchtbare Zusammenarbeit ist die Kenntnis der Verhältnisse und der gegebenen Lebensbedingungen des anderen Landes. Wird dies nicht übersehen, dann kann der Kulturaustausch seinen Zweck erfüllen; das andere Volk in seiner Lebensart und seinen Leistungen kennen und verstehen zu lernen, aus Achtung Freundschaft und friedliche Koexistenz zu entwickeln.

Am letzten Tage seines Aufenthaltes in Rumänien gab der Präsident ein Abschiedsessen in Bukarest, bei dem er eine Vielzahl von Gästen und Freunden der SOG begrüßen konnte. So zeigte sich auf der persönlichen Ebene der Erfolg einer langjährigen beharrlichen Arbeit der Gesellschaft. Die Perspektiven für die Zukunft sind durchaus erfreulich und berechtigen zu Optimismus. Die Vertreter beider Länder sehen sich in ihrer Arbeit und ihren Bemühungen bestätigt und sind übereingekommen, den Kulturaustausch weiter auszubauen.

DIE SPONTANEN HILFSAKTIONEN

aus Anlaß der Hochwasserkatastrophe in Rumänien, die in Deutschland und Österreich zu einem in diesem Umfang kaum jemals erwarteten Ergebnis führten, wurden in letzter Zeit von Angehörigen der Rumänischen Botschaften in Köln und Wien aus offiziellen Anlässen mehrfach dankbar anerkannt. Bei einer Reihe von Empfängen und Pressekonferenzen wurde von rumänischer Seite die auf solche Art zum Ausdruck gebrachte „verständnisvolle, humane Haltung der deutschen und österreichischen Bevölkerung“ gewürdigt. Auf deutscher Seite wurde im gleichen Zusammenhang der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß man in Bukarest die Weichen für eine großzügigere Haltung bei der Familienzusammenführung stellen und auch in diesen Fragen der Humanität den Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Erwägungen geben werde. K. K.

RUMÄNISCHER MINISTERPRÄSIDENT IN DEUTSCHLAND

Auf Einladung der Bundesregierung besuchte der Ministerpräsident der Sozialistischen Republik Rumänien, Jon Gheorghe Maurer, vom 22. bis 26. Juni 1970 die Bundesrepublik Deutschland. Der rumänische Premier wurde begleitet von seinem Außenhandelsminister, Corneliu Burtica, seinem Minister für Metallurgische Industrie, Nicolae Agachi, und dem Präsidenten der Bank für Außenhandel, Ilie Voicu.

Bundeskanzler Willy Brandt gab am 22. Juni 1970 zu Ehren seines rumänischen Amtskollegen im Bonner Hotel Königshof ein Abendessen. Von Seiten der Südosteuropa-Gesellschaft waren ihre Vizepräsidenten, Prof. Dr. Hermann Gross und Dr. Günther Müller MdB, der Einladung des Kanzlers gefolgt.

Während seines Aufenthaltes in Bayern empfing der Stellvertreter des Bayeri-

schen Ministerpräsidenten, Staatsminister Dr. Otto Schedl, die rumänischen Gäste. Zu ihren Ehren gab er ein Abendessen im Münchner Hotel Vier Jahreszeiten. Dabei vertrat der Schatzmeister, Direktor Dr. Hamikar Hofmann, die Südosteuropa-Gesellschaft.

In freundlichen und verständnisvollen Gesprächen wurden Fragen der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen und des Kulturaustausches sowie seiner Erweiterung behandelt.

AUSGRABUNGEN BEI DER ILIDEI-FESTUNG (RUMANIEN)

4000 römische Bronzemünzen aus dem Vierten Jahrhundert haben Klausenburger Archäologen gemeinsam mit Mitarbeitern des Karasch-Severiner-Museums in Neumoldova ausgegraben. Zu den großen Funden, die in diesem Gebiet in letzter Zeit gemacht wurden, zählen eine feudale Befestigungsanlage in der Nähe des Dorfes Pescari sowie Gegenstände aus Keramik und Metall, die von Geschichtsforschern in die späte Römerzeit eingegliedert wurden. Zur Zeit arbeiten Archäologengruppen im Raum der ehemaligen Römerfestung Ilidei, einer wahrscheinlich bedeutenden Siedlung der dako-römischen Zivilisation im Banat.

ROMANISTIK-LEHRGANG IN BUKAREST

Im Juli 1970 begannen in Bukarest die nun schon traditionellen Sommerlehrgänge und wissenschaftlichen Kolloquien über Sprache, Kunst, Literatur und Geschichte des rumänischen Volkes. Veranstalter ist die Universität Bukarest. In der Fachwelt des In- und Auslandes erfreuen sich diese Lehrgänge großer Beliebtheit, was u. a. auch die reichliche internationale Beteiligung erklärt: 150 Professoren, Lehrer, Studenten und Forscher aus 25 Ländern. NW

Normalisierung des Verhältnisses Jugoslawien–Vatikan

Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen

Der jugoslawische Außenminister, Mirko T e p a v a c, brachte die Überzeugung zum Ausdruck, daß seine Gespräche mit dem Sekretär für öffentliche Angelegenheiten des Vatikans, Monsignore Agostino C a s a r o l i, „einen neuen und nützlichen Anreiz zum weiteren Ausbau der Beziehungen“ zwischen Jugoslawien und dem Heiligen Stuhl bieten werden.

Tepavac bekundete diese Auffassung in seiner Tischrede auf einem Essen zu Ehren Mgr. Casarolis, der zum Besuch Jugoslawiens in Belgrad eingetroffen war.

Hohe Wertschätzung bekundete Tepavac für die Bemühungen Papst Pauls VI. und des Heiligen Stuhls um die Wahrung des Friedens, um die Achtung der Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechtes eines jeden Landes sowie um die Unterstützung der Entwicklungsländer.

Die grundlegenden Bestrebungen der Politik der Blockfreiheit und die Anliegen der bevorstehenden Gipfelkonferenz von Lusaka seien auf die gleichen Ziele gerichtet, betonte der jugoslawische Außenminister und bekundete seine Genugtuung über „das Interesse und die Anerkennung, die der Heilige Stuhl den Zielsetzungen entgegenbringt, für die die blockfreien Staaten kämpfen“.

Zur internationalen Lage führte Tepavac aus, die Nachrichten aus der „immer noch von Unruhe erfüllten Welt“ brächten zwar schon eine gewisse Erleichterung, vermittelten aber nicht die endgültige Zuversicht, daß die bestehenden Brennpunkte kriegerischer Konflikte beseitigt und die Menschheit vor dem Ausbruch weiterer Kriege bewahrt werden können. Diese Ziele ließen sich nur erreichen, wenn sich die Gemeinschaft der Völker tatkräftig mit den wirklichen tieferen Ursachen von Krisen und Kriegen auseinandersetzte.

„Wir möchten hoffen“, so fuhr Tepavac fort, „daß das, was gestern eine Hoffnung war, heute eine Möglichkeit ist und morgen Wirklichkeit sein wird. Wir wissen, daß das nicht leicht zu erreichen ist. Daher treten wir ein für die Schaffung einer internationalen Ordnung, die es keinem Staat gestattet, zur Durchsetzung seiner politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Ziele zur Druckausübung, Erpressung und Waffengewalt zu greifen.“

Jugoslawien sei der Auffassung, so führte Tepavac weiter aus, daß man das Schicksal der Menschheit nicht unkontrolliert militärpolitischen Bündnissen oder verschiedenen Großmächten ausliefern dürfe. Er glaube nicht, daß es möglich sei, dem Menschen eine glückliche Zukunft und den Weltfrieden zu sichern, wenn sich nicht alle Völker mit allen ihren Kräften für dieses Ziel einsetzten, ungeachtet der Tatsache, daß ihre Ideologien und religiösen Überzeugungen sich voneinander unterscheiden. (25. 8. 1970).

Albanien tritt aus der Isolierung

Das geheimnisvolle Land an der Adria hat in den letzten Monaten zahlreiche diplomatische Fühler ausgestreckt, die alle dem einen Zwecke dienen: der Verbesserung der Beziehungen zu seinen europäischen Nachbarn. Die Regierung in Tirana hat Botschafter mit Dänemark, Schweden und der Schweiz ausgetauscht, sie hat Jugoslawien offen Avancen gemacht und die Handelsbeziehungen mit Rumänien ausgeweitet. Am meisten überraschte jedoch die Unterzeichnung eines Handelsabkommens mit Griechenland im Juni 1970, obwohl sich Albanien mit seinem südlichen Nachbarn formell noch im Kriegszustand befindet. Ein Sprecher des Außenministeriums in Athen ging sogar so weit vorauszusagen, daß dieses Abkommen einmal zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen führen könne. — hn —

OTTO RUDOLF LIESS / ROBERT SCHWANKE:

Gewerbe und Kleinhandel Albaniens

Das 25. Jubiläum der Gewerbecooperativen in der Volksrepublik Albanien 1970 ist gekennzeichnet durch die vollzogene Eingliederung der einzelnen Handelskooperativen in den Industrieapparat, sowie durch die Beseitigung des 1969 noch bestehenden restlichen privaten Kleinhandels, der „Bauernmärkte“ und sonstiger Überbleibsel der bis 1944 herrschenden Gesellschaftsformen. 1969 wurden zwei gesetzliche Beschlußfassungen veröffentlicht, die sich auf die „qualitativen“ Veränderungen des abgeschaften gewerblichen Genossenschaftswesens sowie auf jede Art privaten Feilbietens beziehen:

Im Ministerratsbeschluß Nr. 11 vom 30. Januar 1969 „Über die Verschmelzung der Handwerksgenossenschaften als wirtschaftliche Massenorganisation und ihre Übernahme in den staatlichen Industriesektor“ hieß es im Motivenbericht sinngemäß u. a.: Im Jahre 1946 erfolgte die Vergenossenschaftung der gewerblichen Werkstätten, von wenigen Betrieben abgesehen, die damals schon in das uneingeschränkte Staatseigentum übergingen. Von den damaligen Kleingewerbetreibenden gehörten 1969 den Genossenschaften nur noch rund 1900 Personen an, während die Gesamtzahl der Genossenschaftsmitglieder 28 000 Erwerbstätige zählte. Die gewerbliche Erzeugung hatte sich 1969 (im Vergleich zu 1938) auf das 29-fache gesteigert. Diese Entwicklung der handwerklichen Erzeugung und der Dienstleistungen bestimmte die Führung der Partei der Arbeit (PPSh) und die Regierung, eine Diskussion der Genossenschaftsmitglieder in Versammlungen und Presseorganen zu veranstalten. Versammlungen der Angehörigen der Kooperativen prüften die „Perspektiven der Entwicklung des Handwerks um die sozialistischen Beziehungen in der Produktion zu vervollkommen, indem das Eigentum der Genossenschaften in das Staatseigentum übergeht“. Der Zentralverband der Handwerker-genossenschaften sowie das Industrie- und Bergbauministerium hatten den Beschlußfassungen der Handwerkerversammlungen Studien beigefügt, die dem Politbüro der PPSh die volle Verstaatlichung des Gewerbes empfahlen. Entsprechend lautete der Beschluß des Ministerrates Nr. 11 vom 30. Januar 1969: „Der Vorschlag zur Zusammenlegung der einzelnen Genossenschaften und die Einbeziehung ihrer Tätigkeit in den staatlichen Industriesektor wird geneh-

migt". Das Industrie- und Bergbauministerium errichtete für die Einbeziehung in Tirana selbst fünf Industriebetriebe sowie ein technisches Büro für kunsthandwerkliche Erzeugnisse und Waren des Massenverbrauchs. Die Exekutivkomitees der Volksräte der Distrikte gründeten ferner insgesamt weitere 43 Industriebetriebe, die mit den Unternehmen in Tirana koordiniert wurden.

Die unerläßlichen Reparatur- und kleinen Dienstleistungen, Neubauten des Baugewerbes, die Beschaffung von Ausgangsmaterialien und die sonstige Kleinproduktion wurden in die Leitung der Kommunalwirtschaft übergeführt. Für diese Sparte der Reparaturen und Dienstleistungen errichteten die Exekutivkomitees der Volksräte in den Distrikten jeweils 16 neue Betriebe. Ebenso wurden, entsprechend einem Verzeichnis, weitere 13 handwerkliche Werkstätten direkt in das System der Kommunalwirtschaft übernommen. Die Zentrale der Kommunalwirtschaft übernahm ebenso die innerhalb der landwirtschaftlichen Genossenschaften und auf den Staatsgütern bestehenden Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe.

Für den Kleinhandel sah der Ministerratsbeschluß vom 30. Januar 1969 die Übernahme der Verkaufsläden der Handwerker-genossenschaften durch das Binnenhandelsministerium vor. Die Leitung der Kommunalwirtschaft wurde dem Ministerrat unmittelbar unterstellt, da sich deren Kompetenzen durch die Auflösung und Übernahme der Handwerks-genossenschaften beträchtlich erweitert hatten.

Der Ministerrat empfahl eine gesteigerte Tätigkeit insbesondere bei der Erzeugung von Massenverbrauchsgütern und auf dem Sektor der Reparaturen und Dienstleistungen. (Quelle: Gazeta Zyrtare e Republikës Popullore të Shiperisë Nr. 3 v. 24. März 1969).

Auf dem Gebiete des staatlichen Handels war man 1950 zu der Schaffung von Volksläden übergegangen (Magazinat popullore, „Map o“). Außerdem gab es speziell hierfür eingerichtete Betriebe des Handels, die der Bevölkerung die Möglichkeit gaben, Waren aller Art gegen Gold und Devisen einzutauschen („Dollarläden“).

Mit den Konsumgenossenschaften war man nicht restlos zufrieden. Auf dem 2. Kongreß der Konsumgenossenschaften im Mai 1953, stellte das Politbüro der PPSH fest, daß sich im Konsumhandel mancherlei Mißstände, wie Profitgier, Unvermögen die Güterversorgung durchzuführen, schlechte Qualität der gelieferten Waren usw., eingeschlichen hätten und daß die Konsum-Einzelgeschäfte somit keine wirksame Konkurrenz zu dem Privathandel darstellten. Auch ihre politischen Aufgaben (als Massenorganisation, Förderung der Kolchosbewegung u. a.) hätten die Konsumgenossenschaften nicht erfüllt. Diese Umstände brachten sogar einen gewissen Auftrieb für den privaten Handel, der sich nurmehr in den unwirtschaftlichen Landgebieten halten können, nachdem man mit Ges. 422 vom 2. Juli 1947 den gesamten Lebensmittelhandel vergenossenschaftet und verstaatlicht hatte.

Die kontinuierlichen Investitionen für Industrie und Gewerbe hatten seit 1965 ein nennenswertes Ausmaß gewonnen. Das galt auch für das bis vor wenigen Jahren vernachlässigte Kleinhandelsnetz insbesondere auf den Dörfern. Erfährt man, daß die Hauptstadt Tirana 1969 rund 170 000 Ein-

wohner aufweist und lediglich 12 Städte über 10 000 Einwohner zählen, wird man verstehen, was z. B. die Vollzugsmeldung des Binnenhandelsministers Kico Ngjela (Zeri i Polullit, 11. Oktober 1969) besagt: Heute besitzt jedes Dorf seinen Krämerladen, der sogenannte sozialistische Sektor wies 1965 1000 Verkaufseinheiten auf, im Jahre 1969 gab es dagegen bereits 2000 sozialistische Detailgeschäfte. Diese Zahl wiederum zeigt, wie sehr das Kleinhandelsnetz Albaniens auf die größeren Orte beschränkt geblieben ist, denn in ganz Albanien zählt man heute rund 7000 „Verkaufseinheiten“. D. h. aber, daß 5000 Detailläden ausschließlich in den Städten und Städtchen ihren Sitz genommen haben.

Die Anzahl der Speisehäuser und Restaurants steigerte sich gegenüber 1965 um 24%, die Zahl der Werkküchen stieg in der Vergleichszeit bis 1969 auf 223%. Überhaupt sind prozentuelle Steigerungen bekanntlich ein Lieblingsthema für vergleichsweise noch rückständige Volkswirtschaften: Die Abgabe an Grundnahrungsmitteln stieg seit 1955 um das 11-fache, der Absatz der handwerklichen Erzeugung konnte in den abgelaufenen 15 Jahren (seit 1955) auf 393% gesteigert werden. Im großen und ganzen handelt es sich bei diesen Angaben auch um eine verbesserte Registrierung und statistische Erfassung des verstaatlichten Kleinhandels und Handwerks in Albanien — wie sie mit dieser Präzision noch vor einem Jahrzehnt z. B. nicht möglich waren.

Ein Beispiel für den Ausbau eines städtischen Kleinhandelsnetzes liefert die Geburtsstadt des albanischen KP-Chefs Enver Hoxha, Gjirokastra (17 000 Einwohner). Das Organ des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Arbeit Albaniens (PPSh) berichtet am 7. September 1969 dazu: Das äußere Bild des Detailhandels von Gjirokastra habe sich seit 1968 geändert. Die Hauptstadt Tirana habe dabei dem Städtchen Gjirokastra durch ihr Vorbild „eine große Hilfe geleistet“. Denn man hat in Tirana „eifrig an der Rekonstruktion des Kleinhandelsnetzes gearbeitet, häßliche Läden in Ordnung gebracht, dieselben rein und hygienisch gestaltet, die Beleuchtung der Läden verbessert, für Ausmalen und Abwaschen gesorgt, ist für eine Spezialisierung der Verkaufsläden und der Werkstätten eingetreten und hat sich mit einer besseren Gruppierung und Verpackung der Waren, Standardisierung von Gemüsen und Früchten befaßt. Man hat sich verpflichtet, daß kein Laden oder ein anderes Lokal des Handels vernachlässigt werden soll und man wollte durch eine Umgestaltung des gesamten Kleinhandelsnetzes beispielhaft für das ganze Land werden.“

Ebenso symptomatisch für die handwerkliche Entwicklung wurde bis 1969 die Einbeziehung handwerklicher „Zentren“ und „Spezialisten“ in die landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften. So berichtete z. B. der albanische Wirtschaftspolitiker Eqrem Kaduku in dem Organ „Jeta e re“ 1969/63 über den Distrikt Shkodra und dessen handwerkliche Einheiten in den Kolchosen: „Es gibt gegenwärtig über 1400 Spezialisten, die in Schulen oder Kursen der Betriebe und Institutionen des Distriktes ausgebildet worden sind. Ein Teil dieser Spezialisten des Dorfes wurde auch durch das Heer ausgebildet. Allein im Jahre 1968 wurden in Kursen durch die Exekutivkomitees 199 Spezialisten, darunter 48 Schneider, 10 Opankenmacher, 28 Friseur, 22 Schmiede, 29 Kupferschmiede, 13 Sattler und Wagenspengler, 57 Elek-

troinstallateure und 5 für das Kunstgewerbe herangebildet. 74 weitere Fachleute, vor allem Frauen, werden jetzt z. B. ausgebildet für Arbeiten aus Maisstroh. Um diesen Berufszweig zu intensivieren, haben die Kolchosen unter der Aufsicht der Staatsorgane die volle Arbeitsausrüstung geliefert (d. h. in erster Linie Maisstroh). Eine große Hilfe haben dazu auch die großen Wirtschaftsunternehmen geleistet. Die Werkträgigen des Autoparks errichteten den ersten Kran zur Beladung von Baumstämmen in den Wäldern von Vermoshi. Die Werkträgigen der mechanischen Werkstatt lieferten Drehbänke, Weinpressen, Wasserpumpen, Tränken für Kühe u. a.“

Zwei W e n d e p u n k t e hatten sich seit dem Bruch zwischen Tirana und Moskau (1961) abgezeichnet: 1963 ermächtigte das Zentralkomitee der PPSh die dörflichen Kollektivwirtschaften, eigene Handwerksbetriebe zu errichten und dafür passende Leute in der Stadt oder in Großunternehmen ausbilden zu lassen. Das Ergebnis war z. T. allerdings eine „Landflucht“ dieser Handwerker und Gewerbetreibenden in die entstehenden Industrien. 1967 folgte im Zeichen der sozialistischen Kulturrevolution Albaniens die Entsendung von Funktionären und beruflichen Fachleuten in die Provinz und in die Dörfer.

Einschlägige Beschlüsse zur Umgestaltung der Handwerksgenossenschaften und zur Reorganisation des Kleinhandelsnetzes in Albanien enthielten noch die Ministerratsbeschlüsse vom 11. März 1969 sowie vom 15. Dezember 1969. Insbesondere der Dezemberbeschluß 180/69 untersagte jede Betätigung im privaten Handel und Handwerk. So heißt es bezüglich der „Ausübung der Tätigkeit bei Kauf und Verkauf in Handwerk und Profession“ u. a.: „Privat-handel und Kauf oder Verkauf auf Gewinnbasis durch die Staatsbürger ist verboten. ... Die Erlaubnis zur Ausübung des Handwerks und der Profession wird von der Finanzsektion erteilt.“ Der gleiche Ministerratsbeschluß setzte für die nichtbefugte Ausübung eines Handwerks oder einer Profession eine Geldstrafe bis zu 1000 Lek fest.

Selbstverständlich kann eine Umstruktuiierung des Gewerbe- und Kleinhandelssektors die Probleme der Qualitätsverbesserung und der ausreichenden Marktbeflieferung nicht schlagartig lösen. Die Schwierigkeiten der Reorganisation für Handwerk, Dienstleistung und Kleinhandel Albaniens mögen dadurch geringer sein, als auch die staatliche Industrie sowie die Kollektive der Kommunalwirtschaft meist noch über Größenordnungen verfügen, die über den Klein- und Mittelbetrieb westeuropäischer Observanz nicht hinausgehen. Das Experiment der totalen durchgehenden Verstaatlichung der Produkte im Jahre 1969 eröffnet für Albanien jedenfalls eine neue Phase, die von der Partei- und Staatsführung Albaniens als beispielgebend für andere Volksdemokratien und selbst für die Sowjetunion empfunden wird.

DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN ALBANIEN — SCHWEIZ

Die Albanische Telegraphenagentur in Wien teilte Ende Juni 1970 mit, daß die Regierungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und die Volksrepublik Albanien übereingekommen seien, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und Vertreter auf Botschaferebene auszutauschen. Erster Botschafter der Schweiz

wird Hans Keller, der sein Land bereits in Jugoslawien vertritt. Er behält seinen Sitz in Belgrad bei. Der Botschafter Albaniens in der Schweiz steht noch nicht fest. Die Schweiz zählt zu den wenigen Ländern Europas, die mit Albanien schon seit langem einen prosperierenden Handelsverkehr entwickelt haben.

Die türkische Demokratie seit 1960

In der Vortragsreihe der Südosteuropa-Gesellschaft über aktuelle Fragen des europäischen Südstens sprach am 28. April 1970 Frau Prof. Dr. Nermi A b a d a n, Ankara, über „Die politische Entwicklung der Türkei 1960—1970“ in den Räumen unserer Gesellschaft in München. Frau Prof. Abadan ist die Inhaberin des Lehrstuhls für Politisches Verhalten (Universität Ankara) und die Vizepräsidentin des Vereins für Politische Wissenschaft (IPSA). Bekannt geworden ist Nermi Abadan, die gegenwärtig im Rahmen einer Gastprofessur an der Universität München lehrt, außer durch ihre akademische Wirksamkeit vor allem durch zahlreiche Studien und eine empirische Studie über die Lage der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland.

An der Vortragsveranstaltung nahmen u. a. teil: Mustafa Cetin O r a n, Generalkonsul der Türkei, München, mit mehreren Herren des hiesigen türkischen Generalkonsulates, der jugoslawische Konsul Dragomir B e n d i ć, die Professoren Kurt S o n t h e i m e r, K e i m, G e i p e l, die Landtagsabgeordneten Z a n k l und S c h o s s e r und zahlreiche deutsche und türkische Studierende. Die Leitung des Abends hatte Prof. Dr. Hans-Joachim K i s s l i n g, der auch die Pflichten des Hausherrn wahrnahm. Die temperamentvollen Ausführungen Nermi Abadans fanden ihre Fortsetzung in einer überaus lebhaften Diskussion, der erst die nahende Mitternacht ein Ende setzte. Die Ausführungen von Frau A b a d a n werden hier etwas gekürzt wiedergegeben. — hn —

Bei der Bewertung der demokratischen Einrichtungen in der Türkei haben sich einige Politologen verleiten lassen, die Jahre 1924—1960 als „Erste türkische Republik“ zu qualifizieren.¹⁾ Eine solche Klassifizierung ist jedoch irreführend, weil sie auf einen Bruch mit der von Atatürk eingeleiteten progressiven Entwicklung hindeutet. Es besteht indessen keinerlei Zweifel darüber, daß die von der türkischen Armee damals geförderte und 1960 durchgeführte Revolution einen bedeutsamen Abschnitt der neueren türkischen Geschichte eingeleitet hat. Dieser neue Abschnitt kann durchaus als eine Bekräftigung der kemalistischen Grundprinzipien interpretiert werden, auch wenn die Intervention der Militärs 1961 eine neue Verfassung erzwang, welche weitere progressive Maßnahmen zur Entwicklung der türkischen Gesellschaft vorsah.²⁾

Obwohl die neue Verfassung einige leitende Grundideen der Verfassung von 1924 übernommen hat, trägt sie einen völlig neuen Charakter, der stark von den sozialen und rechtlichen Konfliktsituationen der Nachkriegsperiode beeinflusst worden war. Ihre wichtigste Bestimmung lautet: Die türkische Republik soll ein auf den Menschenrechten beruhender, nationaler, demokratischer, säkularisierter (laizistischer) und sozialer Rechtsstaat sein. Die Revolution von 1960 verfolgte das Ziel, die von den Kemalisten nicht abgeschlossene bürgerliche Revolution zu vollenden, sie nach den heutigen Gegebenheiten

¹⁾ Siehe u. anderem Richard D. Robinson, *The First Turkish Republic*, Harvard Univ. Press, Cambridge, 1963.

²⁾ Yavuz Abadan, Die Entstehung der Türkei und ihre verfassungsrechtliche Entwicklung, *Jahrbuch für Öffentliches Recht*, NF, Bd. 9, 1960, S. 353—417; Yavuz Abadan, Die türkische Verfassung von 1960, *Jahrbuch für Öffentliches Recht*, NF, Bd. 13, 1964, S. 325—411.

umzustrukturieren und dabei einige neue Dimensionen hinzuzufügen. Bodenreform, soziale Gerechtigkeit und ähnliche Zielsetzungen drücken dieses Bestreben aus.³⁾

Diese wesentlichen Merkmale sowie der umfangreiche Katalog von Grund- und Freiheitsrechten erklären sich vor allem aus den negativen Erfahrungen, die man in den 50er Jahren machen mußte. Diese negativen Erfahrungen erklären nicht nur die Revolution von 1960, sondern auch das Andauern der sozialen Unruhen in der heutigen Türkei. Deswegen sei hier ein Rückblick im Telegrammstil gestattet.

Vor der Wahl 1950 hatte die damalige Oppositionspartei mit der Parole „Mehr Freiheit“ und dem Versprechen für verfassungsrechtlichen Ausbau der Grundrechte um Stimmen geworben. Die Demokratische Partei gewann die Wahl! Eine Änderung des Pressegesetzes in den ersten Monaten der neuen Regierung gab Anlaß zur Hoffnung. Diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht. Schon vor den Wahlen 1954, die der Demokratischen Partei einen überwältigenden Wahlsieg brachten, begann die Regierung immer nachhaltiger Unterdrückungsmaßnahmen gegen die oppositionellen Parteien zu richten. Angesichts dieser Entwicklung einigten sich die Intellektuellen des Landes über das Programm einer Verfassungsreform, die folgende Prinzipien verwirklichen sollte: Gewaltentrennung als Organisationsprinzip, Garantie der Grundrechte und Freiheiten, Erweiterung der richterlichen Unabhängigkeit, Zweikammersystem, Proporz, Einsetzung eines Verfassungsrichters.⁴⁾ Diese Reformbestrebungen fanden auch in der Bevölkerung Unterstützung. In der Bevölkerung wuchs zudem die Unzufriedenheit mit der korrupten Verhaltensweise einzelner Regierungsmitglieder und der plan- und ziellosen Wirtschaftspolitik. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Aufmerksamkeit der breiten Wählerschaft — und auch der Intellektuellen — mehr der rechtlichen als der wirtschaftlichen Problematik galt. Die regierende Demokratische Partei repräsentierte den rechten Flügel der Bourgeoisie.⁵⁾ Ihre Politik wurde zunehmend oppressiv. Dies erklärt auch, warum das „soziale Erwachen“ der Türkei erst nach 1961 begonnen hat. Vor allem auch wegen der verfassungsrechtlichen Situation, denn solange die Garantie der Grundrechte verfassungsmäßig nicht verankert war, konnten kritische Stimmen — ohne Gefahr für Leib und Leben — nicht laut werden. Allein zwischen dem 17. März 1954 und 14. Mai 1958 wurden 1161 Personen auf Grund eines verschärften Pressegesetzes verhört: 288 wurden verurteilt, 366 freigesprochen, 402 manges Beweise entlassen, bei 101 wurde die Anklage zurückgezogen. Neun Zeitungen wurden zeitweilig gesperrt. Die am meisten verfolgte Zeitung war das Oppositionsorgan „ULUS“. Freiheitsstrafen und Geldbußen waren weitere Druckmittel der Regierung.⁶⁾

³⁾ Yildiz Sertel, *Türkiye’de ilericı akımlar*, Istanbul 1969, Ant Yayınla 20, S. 133.

⁴⁾ Yavuz Abadan, Die Entstehung der Türkei und ihre verfassungsrechtliche Entwicklung, *Jahrbuch für Öffentliches Recht*, NF, Bd. 9, S. 353 ff.

⁵⁾ Kurt Steinhaus, *Soziologie der türkischen Revolution*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1969, S. 193; Günter Barthel, Kemal Atatürk und die türkische Industrialisierungspolitik, *ZfG*, 1968, S.

⁶⁾ R. D. Robinson, *op. cit.*, S. 191—192.

1959 — ein Jahr vor der Revolution — wurden 50 Journalisten zu 48 Jahren und 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklagen lauteten auf Herabsetzung des Ansehens der Regierung etc.⁷⁾

Die zunehmend rigoroseren Maßnahmen gegenüber Opposition und kritischer Presse trugen Unruhe ins Land. Diese Unruhe wurde vermehrt durch immer massiver werdende Preissteigerungen, die das Ergebnis der inflationistischen Wirtschaftspolitik des Kabinetts Menderes waren. Bereits seit 1954 vermehrte sich das Geldvolumen um ein Viertel im Jahresdurchschnitt.⁸⁾ Davon waren vor allem der Agrarsektor betroffen, dessen Entwicklung zum Besseren seit 1948 sowieso stagnierte, weil die Landreform immer mehr vernachlässigt wurde, weil Kredite nur der erhielt, der im Register eingetragen war, was praktisch nur der begüterten Schicht zugute kam, und weil die Einführung kapitalintensiver Methoden die Landflucht beschleunigte etc.

Nach Vorverlegung der Wahlen um ein Jahr, also auf 1957, hat die Demokratische Partei gemäß dem Mehrheitswahlrecht zwar eine relative Majorität erzielen können, doch übertraf die Gesamtstimmenzahl der Opposition diejenige der Regierungspartei (Regierungspartei 4,4 Millionen; Opposition (= 3 Parteien) 4,6 Millionen.⁹⁾ Das die Regierung begünstigende Wahlrecht nährte den wachsenden Unmut und trug zu der gespannten Lage bei. Die Regierung wußte sich nur noch mittels verfassungswidriger Maßnahmen zu helfen: So setzte sie — beispielsweise — einen parlamentarischen Sonderuntersuchungsausschuß ein, der mit allen erdenklichen Machtbefugnissen ausgestattet war. Seine Aufgabe war es, „die aufrührerische Aktivität eines Teils der Presse und der Opposition“ zu untersuchen und zu maßregeln. Als erste reagierten die Studenten von Ankara und Istanbul. Eine Kettenreaktion von Demonstrationen durchwühlte das Land: Am 28. April 1960 kam es in Istanbul zu blutigen Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizei, am 29. April 1960 dieselben Ereignisse in Ankara, die am 5. Mai 1960 ihren Höhepunkt in machtvollen regierungsfeindlichen Demonstrationen hatten. Und am 21. Mai 1960 geschah etwas Sensationelles: sogar die Schüler der Kriegsakademie (Harbje) veranstalteten einen Schweigemarsch. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand (28./29. April) über Ankara und Istanbul. Noch glaubte der Premierminister, es handele sich bloß um eine Aktion der Professoren und ihrer Studenten. Doch bald zeigte es sich, daß es mehr war. Menderes entschloß sich daher zu einem massiven Gegenschlag, zu einer „Revolution von oben“. Zur Durchführung seines Gegenschlags begab er sich in die Luftwaffenbasis von Eskishir. Zur Durchführung kam es indessen nicht mehr: Am 26./27. Mai

⁷⁾ Monthly Bulletin of the IPI, 1958—59.

⁸⁾ Sabahhaddin Tezel, *Wachstumsprobleme der türkischen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Ersten Fünfjahresplanes*, Diss. Köln, 1965; Dwight J. Simpson, *Development as a Process: The Menderes Phase in The Middle East Journal*, 1965.

⁹⁾ Vergl. F. A. Hermens, *Mehrparteiensystem, Revolution u. verfassungspolitischer Neubeginn in der Türkei*. In *Verfassung u. Verfassungswirklichkeit*, Jahrbuch 1966, Westdeutscher Verlag, S. 286—287.

1960 übernahm eine Gruppe von Offizieren, das „Komitee der Nationalunion“, die Macht. Für 18 Monate ruhte jegliches parteipolitische Leben.¹⁰⁾

Die Intervention der türkischen Armee stellt eine Art von militärischer Veto-Aktion dar, ähnlich wie 1948 in Peru, 1963 in der Dominikanischen Republik, 1964 in Brasilien oder 1967 in Griechenland.¹¹⁾ Nach der militärischen Intervention wurden die führenden Persönlichkeiten der Demokratischen Partei — darunter Staatspräsident Bayar und Premier Menderes — verhaftet. Sämtliche Mitglieder des Parteipräsidiums und der Parlamentsfraktion wurden vor ein Sondergericht gestellt. Die Demokratische Partei wurde noch im selben Jahr verboten, weil sie ihren satzungsmäßigen Parteitag nicht veranstaltet hatte.¹²⁾

Nachdem manche Stimmen im Ausland das Eingreifen der Armee als Staatsstreich bezeichnet hatten, beschloß das „Komitee der Nationalunion“, eine „fehlerlose“ neue Verfassung durch ein wissenschaftliches Gremium vorbereiten zu lassen. Noch vor Verabschiedung dieser Verfassung erzwang der Druck der öffentlichen Meinung eine Liberalisierung des politischen Lebens. Nur die Wiederbelebung der politischen Parteien konnte die für das Gedeihen eines demokratischen Regimes unerläßliche Atmosphäre schaffen. Das Komitee setzte als Schlußtermin für Parteigründungen den 1. April 1961 fest. Außer den nach der Revolution fortbestehenden Oppositionsparteien — der C.H.P. und der M.P. — wurden binnen der vorgeschriebenen Frist zwölf neue Parteien gegründet. Die wichtigsten davon sind die Gerechtigkeitspartei (A.P. z. Z. Regierungspartei), die Neue Türkei Partei (Y.T.P.) und die Türkische Arbeiterpartei (T.I.P.).

Die genau zum Jahrestag der Revolution fertiggestellte neue Verfassung wurde am 9. Juli 1961 zum Volksentscheid vorgelegt: 6,3 Millionen stimmten dafür, aber immerhin 3,9 Millionen auch dagegen. Der Prestigeverlust, den das Nationalkomitee hierbei erlitt, war bei den Parlamentswahlen 1961 (Oktober) noch empfindlicher. Wichtig war jedoch die Tatsache, daß seither in der Türkei ein Prozeß in Gang gekommen ist hinsichtlich der Modernisierung der türkischen Gesellschaft. Und das ist ein Positivum.

Die allgemeinen Wahlen vom 15. Oktober 1961, mit denen das Komitee auf vorbildliche demokratische Weise seine Herrschaft zu Ende führte, stand im düsteren Schatten der drei Todesurteile, die nach den Großprozessen gegen die Führungsschicht der Demokratischen Partei gefällt worden waren. Die Hinrichtungen — vor allem die von Menderes — riefen eine starke Kritik unter den breiten Volksmassen hervor, insbesondere unter den Bauern, für die bis zum heutigen Tage die sozialen und ökonomischen Gründe der politischen Krisen der Türkei schleierhaft geblieben sind und die diesen Machtwechsel lediglich auf eine persönliche Fehde zwischen den beiden Greisen — Bayar und

¹⁰⁾ Die diesbezüglich ausführlichste Analyse gehört Walter F. Weiker, *The Turkish Revolution, 1960—61*, The Brookings Institute, Washington 1963; für den promenderesistischen Standpunkt vergleiche mit: Ali Fua Basgil, *La Révolution Militaire de 1960 en Turquie* (Ses origines), Genève 1963.

¹¹⁾ Samuel P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, New Haven, London 1968, S. 223—224.

¹²⁾ Ahmet Taner Kışlalı, *Forces Politiques dans la Turquie Moderne*, SBF Yayını, Ankara 1968, S. 49.

Inönü — zurückführten. Aber auch ein Teil der städtischen Bevölkerung billigte diese Entscheidung der Militärregierung nicht.

Das bei dieser Wahl zum ersten Mal — allerdings nur für die Nationalversammlung — angewandte d'Hondt'sche Proporzsystem zeitigte ein unerwartetes Resultat: 173 Mandate gingen an die Republikanische Volkspartei; die Erben der Menderes-Partei, d. h. die Gerechtigkeitspartei, erhielten 158 Mandate; und die damals drittgrößte Partei, die Republikanische Bauernpartei, 54 Mandate. Im Senat, wo das Mehrheitswahlrecht beibehalten worden war, ergab sich folgende Sitzverteilung: 36 — 70 — 16. Die Erben von Menderes erlangen hier also die absolute Mehrheit.¹³⁾

Der Übergang von einer Militärregierung zu einer Zivilistenregierung vollzog sich nicht reibungslos, weil die Militärs von der starken Repräsentanz der politischen Erben von Menderes beeindruckt waren. Die militärische Führungsspitze willigte daher nicht bedingungslos in die friedliche Übergabe der Macht an die neue Volksvertretung ein, sondern knüpfte an die Übergabe die Bedingung, daß keine politische Amnestie verlangt und die Gesetzgebung des Nationalkomitees nicht angetastet werde. Das Wahlresultat ließ nur eine Koalitionsregierung zu. Eine solche wurde auch gebildet, und zwar zwischen der von Atatürk gegründeten Republikanischen Volkspartei und der zum Zwecke der Restauration ins Leben gerufenen Gerechtigkeitspartei, also zwei recht heterogenen Elementen. Die politische Führung dieser Koalition wurde dem greisen Ismet Inönü übertragen. Dieser war nicht unumstritten. Er war der engste Mitarbeiter Atatürks gewesen und gilt als erfahrener Staatsmann und großer militärischer Führer. Aber seine Tätigkeit im Rahmen des Einparteiensystems — vor allem nach dem Tode Atatürks — wird sehr kontrovers beurteilt.¹⁴⁾

Die erste Große Koalition wurde nicht einmal ein halbes Jahr alt. Sie wurde vor allem gesprengt durch die Kontroverse um die Amnestie. Dies war für die Gerechtigkeitspartei ein Problem. Schließlich saßen außer allen Mitgliedern des Menderes-Kabinetts auch alle früheren Abgeordneten der Demokratischen Partei hinter Schloß und Riegel. Das Gericht auf Yassıada hatte mindestens 5 Jahre Gefängnis über jeden verhängt. Nachdem die Gerechtigkeitspartei ihr Amnestiebegehren nicht durchsetzen konnte, schied sie aus der Regierungsverantwortung aus. Ismet Inönü bildete eine Kleine Koalition, die einige Monate später eine Teilamnestie erließ. Auch der zum Tode verurteilte Bayar wurde wegen seines hohen Alters aus der Haft entlassen.

In diesem auf politischer Bühne so labilen und konfliktreichen Zeitabschnitt haben verschiedene Offiziersgruppen wiederholt Putschversuche unternommen, weil ihnen das dominierende restaurative Element der Tagespolitik unvereinbar erschien mit der Zielsetzung der neuen Verfassung und dem Sinn der Revolution vom 27. Mai 1960. Die extremistische und teils auch aus per-

¹³⁾ Siehe zwecks einer umfangreichen Wahlstudie: Nermin Abadan, *Anayasa Hukuku ve Siyasî Bilimler açısından 1965 Seçimlerinin tahlil* SBF Yayını, Ankara 1966.

¹⁴⁾ Geoffrey Lewis, *The Thorny Road to Democracy, World Today, Turkey 1962—64, World Today*, Dec. 1964, S. 517.

sönlichem Opportunismus eingenommene Haltung dieser militärischen Putschisten führte zu einem relativ raschen Scheitern diesbezüglicher Versuche.¹⁵⁾

Huntington gliedert die politische Machtübernahme der Militärs in vier Hauptgruppen. Er bezeichnet die sogenannte „Gürsel Alternative“ als eine Rückkehr zum normalen politischen Leben mit verstärkter Teilnahme der breiten Wählerschaften. Diese Alternative erscheint ihm als die günstigste Lösung einer prätorianischen Gesellschaft. Diese Einstellung, d. h. eine quasi-militärische Vormundschaft mit verstärkter politischer Teilnahme setzt vor allem Kompromißbereitschaft und Mäßigung voraus, wodurch sich gleichzeitig das Scheitern von mehr extremistischen militärischen Elementen, wie etwa im Fall von Talat Ademi, erklärt.¹⁶⁾ Die Frage, ob diese Option zur Lösung der tiefverwurzelten Probleme einen positiven Beitrag liefert, ist noch offen.

Das zweite Kabinett İnönü lebte auch nicht lange. Nach einer Teilwahl, in der die Gerechtigkeitspartei, welche sich als eine „vom gesunden Volksempfinden getragene starke, demokratische, volksnahe Bewegung“ definierte, weitere Wahlsiege verzeichnen konnte, sprangen auch die zwei kleineren Partner aus der Koalitionsregierung ab. Die dritte Koalition, eine von Unabhängigen getragene Minderheitsregierung unter İnönü, lebte nur zwei Monate und stürzte über die Ablehnung des Staatshaushaltes.

Nun begannen in der Türkei Experimente mit einer sogenannten nationalen Koalitionsregierung unter dem Vorsitz von Suat Hayri Uğul, in der sich alle Parteien — mit Ausnahme der Rep. Volkspartei — vereinigten. Chancenreich war dieses Experiment von vornherein nicht, denn der gigantische Schatten der Gerechtigkeitspartei fiel bereits auf die politische Bühne. Das Comeback der Nachfolgerin der Demokratischen Partei war lediglich eine Frage der Zeit.

Demokratie unter rechtsorientierter Führung

Absoluter Sieger der Parlamentswahlen 1965 war die Gerechtigkeitspartei unter ihrem neuen Führer, dem damals 41jährigen Süleyman Demirel: 52% und 240 von 450 Sitzen in der Nationalversammlung. S. Demirel, der als Dorfjunge durch Stipendien seine höhere technische Ausbildung zuerst in Istanbul und später in den USA vervollständigte, war mit 33 Jahren der jüngste Ministerialdirektor des Menderes-Regime gewesen. Als Bewässerungsexperte hatte er sich den Beinamen „König der Staudämme“ erworben. Auch als Geschäftsmann war er nach seinem Ausscheiden aus der Politik erfolgreich. Wider alle Wahrscheinlichkeit gelang es ihm, 1965 zum Parteiführer der Gerechtigkeitspartei gewählt zu werden. Dem in Administration und Management erfahrenen Techniker und dem durch Welterfahrung, Unverbrauchtheit und Jugend ausgezeichneten Politiker wurde der Vorzug gegeben vor bekannteren Namen.

¹⁵⁾ Zusätzlich siehe Walter F. Weiker, „The Aydemir Case + Turkey's Political Dilemma“, *Middle Eastern Affairs*, 1963.

¹⁶⁾ Samuel P. Huntington gliedert die politische Machtübernahme des Militärs in vier Hauptgruppen auf. Er bezeichnet die sogenannte „Gürsel Alternative“ als eine Rückkehr zum normalen politischen Leben mit stärkerer populärer politischer Teilnahme. Diese Haltung setzt vor allem Kompromißbereitschaft und Mäßigung voraus, wodurch sich gleichfalls das Scheitern mehr extremistischer militärischer Elemente, wie etwa der Fall von Talat Ademi. S. P. Huntington, *op. cit.*, S. 235.

Der Wahlsieg der Gerechtigkeitspartei ist beachtlich, denn die in die Minderheit zurückgefallene Rep. Volkspartei hatte noch vor ihrem Abgang eine Änderung des bestehenden Wahlsystems zu Gunsten der kleineren Parteien durchgesetzt, und zwar in Form eines ausgeklügelten Proporzsystems mit detailliert kalkulierter Verteilung der Reststimmen. Trotz dieser Wahlhürde gelang es der Gerechtigkeitspartei, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Dieser Reststimmenverteilung verdankt auch die Türkische Arbeiterpartei (TIP.) ihren Einzug in das Parlament. Erstmals! Sie verfügte über 15 Mandate.¹⁷⁾ Das überragende Ereignis war freilich der totale Wahlsieg Demirels.¹⁸⁾

Die soziale Struktur der Türkei

Bevor die Bilanz der Jahre 1965—1969 gezogen wird, empfiehlt sich — zum besseren Verständnis — ein Blick auf die wesentlichen Züge der türkischen Sozialstruktur.

Obwohl sich der überwiegend agrarische Charakter des Landes in den 75% widerspiegelt, die den Anteil der Landwirtschaft ausmachen, so ist doch auch der Trend zur Industrialisierung und Urbanisierung offenkundig. Ja, dieser Trend nimmt jährlich zu. Ob daraus einmal eine Änderung der bestehenden Machtverhältnisse erwächst, und zwar eine zugunsten des Industriearbeiters, bleibt abzuwarten.

Sowohl die neuen Entwicklungen in der Landwirtschaft als auch die Aufteilung des Bruttosozialprodukts führen zum Entstehen starker ökonomischer Machtpositionen im Agrarsektor, die sich vor allem durch ein privatisiertes Kreditvergabesystem offenbaren. Dieses System begünstigt und verbreitet sogar das Wuchersystem. Es macht den Kreditgeber zu einem Agrarbanker. Begünstigt wird aber nur der im Kataster registrierte Bodenbesitz. Die Verschuldung der bodenlosen Bauern und Pächter führt zu einer frühzeitigen Verpfändung der Ernte, d. h. Naturaliengegenleistung. Diese Situation verursacht ebenfalls einen starken Ausverkauf des bestehenden kleinen Grundbesitzes und verursacht eine starke Auswanderung. Durch die Knappheit der Arbeitsplätze ergibt sich gleichzeitig eine Überlastung der arbeitenden Kräfte. Von jeden 100 erwerbstätigen Personen in der Türkei müssen im Durchschnitt weitere 88 Personen unterhalten werden. Dieses Verhältnis beträgt 93% in den Dörfern, 78% in den Städten.

Die Zahl der Auswanderer auf Grund von Arbeitsplatzmangel hat in den letzten Jahren stark zugenommen. 1970 wurden 422 618 im Ausland beschäftigte Türken registriert; davon entfallen 367 008 auf die Bundesrepublik Deutschland, wo sie nach den Jugoslawen und Italienern an dritter Stelle kommen. Weitere 87 252 sind bei der türkischen Arbeitsvermittlungsstelle für Auslandsstellen eingetragen und warten auf Anwerbung.¹⁹⁾ Der hohe Trend

¹⁷⁾ Artun Unsal, *Parti Ouvrier de Turquie*, Dissertation, Paris 1970. Diese Doktorarbeit wurde bei Prof. Duverger eingereicht und enthält das reichste und vielseitigste wissenschaftliche Material, das bis jetzt gesammelt wurde.

¹⁸⁾ Nermin Abadan, "The Turkish Election of 1965", *Government and Opposition*, May 1966.

¹⁹⁾ *Cumhuriyet*, 21. 8. 1970; allein im letzten Halbjahr von 1969 wurden seitens der türkischen Arbeiter in der BDR 91,3 Millionen \$ ins Heimatland überwiesen.

der Auswanderung zeigt sowohl auf die Konzentration der arbeitssuchenden Türken innerhalb der hochindustrialisierten EWG-Ländern wie auch auf die nicht abnehmende Zahl der Arbeitslosen. Die Quote der Arbeitslosen wird um 1,5 Millionen geschätzt, wobei mit etwa 5 Millionen geheimen Unbeschäftigten noch gerechnet werden muß. Die staatliche Planungsorganisation hat im Rahmen ihres zweiten Fünfjahresplanes die Schaffung von 7,5 Millionen neuen Arbeitsplätzen bis 1975 gefordert.

In den großen Städten nimmt auch die Mittelklasse ständig zu. Ihr muß auch die durch soziale Sicherheit und soziale Leistungen geschützte Industriearbeiterschaft zugezählt werden. 30 000 Industriearbeiter gab es 1923 in der Türkei. 1970 sind es über 2 Millionen! Davon befinden sich 1 Million in 755 Gewerkschaften, die in 22 Föderationen und zwei Dachorganisationen zusammengefaßt sind. Ein Gesetzentwurf, der inzwischen verabschiedet und in Kraft getreten ist, löste am 16. Juni 1970 zum ersten Mal in zwei Großstädten der Türkei — Istanbul und Izmir — Generalstreiks aus. Die Arbeiter dieser hochindustrialisierten Städte wollten damit gegen den Versuch der Regierung demonstrieren, die auf kaltem Rechtsverordnungswege die Gewerkschaften auflösen wollte, die ihr nicht genehm waren. Die Verhängung des Ausnahmezustandes erstickte jedoch den Generalstreik. Es war aber das erste Mal, daß sich die türkische Arbeiterschaft ihrer Rolle bewußt geworden ist.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Auswanderung wird zusätzlich durch ein außerordentliches Mißverhältnis der regionalen Entwicklung weitergefördert. Die Bemühungen in der Landwirtschaft, die Viehzucht und die Bewässerungsverhältnisse zu verbessern, die starke Erosion einzudämmen, das Land aufzuforsten etc. sind bisher — vor allem im Osten — im Stadium der Planung stecken geblieben. Die in Ost-Anatolien lebenden Bauern verfügen — schätzungsweise über ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von etwa 100 DM.²⁰⁾

Die wichtigste Einkommensquelle neben dem regulären Außenhandel, der jedoch die inflationistische Regierungspolitik nicht zu decken vermag, besteht in der Devisenüberweisung der Auslandstürken. Der Umfang ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Tabelle 1: Remissen von türkischen Gastarbeitern

Jahre	1966	1967	1968
Türken	160 950	131 309	152 905
Devisenüberweisung (Mio. DM)	360	364	322

²¹⁾

Außerordentlich wichtig erscheint die große Diskrepanz der Vermögensaufteilung in der Türkei. Die Schwergewichtsverlagerung ergibt sich aus der Einkommensverteilung der aktiven Bevölkerung, die wie folgt aufgegliedert ist:

²⁰⁾ Verschlechterung der Wirtschaftslage in der Türkei, *Neue Zürcher Zeitung*, 20. 7. 1970.

²¹⁾ *Ausländischer Arbeitnehmer*, Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung, 1968, S. 5, 46.

Tabelle 2: Einkommensgliederung nach Sektoren

Sektor	% des National- einkommens	% der aktiven Bevölkerung	A / B
Landwirtschaft	33,8	67,5	0,5
Industrie / Bau	26,5	16,4	1,6
Handel / Verkehr etc.	39,6	16	2,4

22)

Infolge fehlender Statistik ist es außerordentlich schwierig, Einzelheiten der Vermögensverteilung festzustellen. Man kann allerdings die jährliche Einkommenssteuer zum Vergleich heranziehen: Demnach wurde 1966 von 392 189 Einkommenssteuerpflichtigen 5,8 Milliarden TL festgestellt. 5% der Einkommenssteuerpflichtigen, d. h. 19 609 Personen, verfügten über ein jährliches Einkommen von 2,5 Milliarden TL, was 43% des Gesamteinkommens ausmacht oder 128 433 TL pro Kopf. Dagegen bezogen 89,1% der Steuerpflichtigen, 349 440 Personen, 7 207 pro Kopf.

Wenn man die höchste Einkommenskategorie mit der anderer europäischer Länder vergleicht, ergibt sich folgendes Bild: in der Türkei verdienen 5% der Steuerpflichtigen 43,2% des Nationaleinkommens, in Holland 23,6%, in Finnland 21%, in England 19%, in Dänemark 17% und in Schweden 16%. Diese Vergleichsziffern weisen auf eine beträchtliche Disproportion der türkischen Einkommensverteilung hin. Obwohl der erste und zweite Fünfjahresplan des öfteren die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit in Aussicht gestellt hat, wurden diesbezüglich noch keine Maßnahmen getroffen. Wie ernst die Lage ist, geht auch aus dem letzten Bericht des größten, regierungsfreundlichen Gewerkschaftsbundes, Türk-İş, hervor. Auf seinem Jahreskongreß 1970 in Erzurum (Mai 1970) betonte Türk-İş in seinem offiziellen Bericht, daß Arbeiter und Angestellte, die als Jahreseinkommen 9 443 TL bezögen, etwa 2000 TL Steuer entrichten würden, während Einkommenssteuerpflichtige mit 46 213 TL Jahreseinkommen nur 3710 TL Steuer zahlen müßten.²³⁾

Die starke Diskrepanz der Einkommen spiegelt sich auch in der steigenden Zahl der Millionäre wider. Nach dem letzten Bericht des Finanzministeriums ist allein im Jahre 1969 die Zahl der einkommenssteuerpflichtigen Millionäre von 195 auf 245 gestiegen. Der Trend der letzten Jahre zeigt sich wie folgt:

Jahr	Millionäre	Vermögen	Jahreseinkommen Mio. TL
1965	215	287,8	1,3
1966	189	200	1
1967	164	261,4	1,6
1968	195	351,8	1,8
1969	245	665,2	2,4

24)

²²⁾ Ziya Kayla, Türkiye'de gelir dağılışı, *Cumhuriyet*, 30. 6. 1970. Zwecks ausführlicher Material über die Planung in der Türkei siehe: Besir Hamitoğulları, *La Planification du développement Economique en Turquie*, Ankara 1968, SBF Yayını.

²³⁾ *Cumhuriyet*, 27. 4. 1970.

²⁴⁾ *Cumhuriyet*, 10. 1. 1970.

Wie verteilen sich nun — angesichts dieser sozialen Bedingungen — die institutionalisierten politischen Kräfte sowie die organisierten geistigen Strömungen und Bewegungen im politischen Leben der Türkei seit der Restauration? Was geschah, seit die Neo-Demokratische Partei die parlamentarische Demokratie der Türkei mit Hilfe einer überall fortschrittlich gesinnten Verfassung lenkt?

Die politischen Kräfte

Die konservative, herrschende Schicht besteht einerseits aus den begüterten, urbanisierten Klassen, die enge Beziehungen mit dem ausländischen Kapital pflegen. Ihre Hauptvertreter sind Import-Export-Kaufleute, Industrielle, Bankdirektoren. Zu dieser Schicht gehören auch die großen Landbesitzer und im Osten die Sippenoberhäupter, Agas und Scheichs.²⁵⁾ Verbündet mit dieser Schicht sind auch Teile der freien Berufe in den Provinzen (Anwälte, Ärzte, Ingenieure), Journalisten der rechts orientierten Presse, große Teile der staatlichen Bürokratie, die große Masse der Bauern, fast alle Handwerker, die Mehrzahl der Kleinhändler, die im Islam nicht als ein unabhängiger Klerus dastehenden, nichts destoweniger aber vom Staat organisierten Geistlichen und ein beträchtlicher Teil der Industriearbeiter.²⁶⁾

Die progressiven Kräfte bestehen aus einem erheblichen Prozentsatz gehobener Staatsbeamter, einem Teil der Armeeoffiziere, der Mehrzahl der Studenten, der kritischen Presse, einem Teil des besitzlosen Bauerntums sowie der organisierten Arbeiterschaft.

Die politischen Parteien

Die heutige Regierungspartei verfißt die im Westen als „Neuer Konservatismus“ bezeichnete Richtung. Sie verneint zwar nicht eine allumfassende Wirtschaftsplanung, dennoch ist sie nicht bereit, den staatlichen Grundindustrien den Vorrang zu geben. Der von Atatürk eingeführte Etatismus ist für die Gerechtigkeitspartei eine abzuschaffende Wirtschaftsordnung. In Sachen Religion und Moral nimmt die Partei eine, den Wünschen des Bauerntums konforme, traditionsgebundene Stellung ein. Das Entwicklungskonzept der Partei inkorporiert nicht einmal den Begriff Reformen, sondern überläßt einer zeitgebundenen graduellen Evolution die Korrektur eines neu entstehenden Kapitalismus.

Die Regierungspartei hat nach ihrem erneuten Wahlsieg 1969 — wegen tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten zwischen rechtem und linkem Flügel — ernste Krisen durchmachen müssen, die sich sogar zu einer Regierungskrise im Frühjahr 1970 ausweiteten. Demirel ist zwar wieder mit der Kabinettsneubildung beauftragt worden, vermochte aber die dissidenten Führer des rechten Flügels nicht mehr zu einer Zusammenarbeit zu bewegen. Zu den Dis-

²⁵⁾ İsmail Beşikçi, *Doğu Anadolu'nun Düzeni*, Sosyo/Ekonomik ve Etnik Temelleri, E Yayınları, Ankara 1969.

²⁶⁾ Über die Einstellung der Studenten siehe: Nermin Abadan, *Values and Political Behavior of Turkish Youth*, *The Turkish Yearbook of International Relations*, 1963 und „The Politics of Students and Young Workers in Turkey“, Paper presented at the ISA 7th World Congress — Varna, Sept. 14—19, 1970.

sidenten zählen vor allem die Angehörigen der aufgelösten Demokratischen Partei, wie Yüksel Menderes, der Sohn des früheren Premiers, Talat Asal und der Provinzart Bilgic. Die Dissidenten werfen Demirel vor allem persönliche Begünstigung seiner Familie, zu enge Beziehungen zum internationalen Kapital, sowie eine allzu powestliche, freimaurerische Politik vor.

Dieses Zerwürfnis innerhalb der Regierungspartei endete — ähnlich wie das Ausscheren der rechtsgesinnten, stark antikommunistisch gesinnten Angehörigen der Republikanischen Volkspartei unter Feyzioglu — durch Parteiausschluß von 41 Abgeordneten.

Wie tief die Spaltung geht, zeigte sich auch in eklatanter Weise im Falle des Prof. Dr. N. Erbakan, der bei den Wahlen von 1969 als Unabhängiger aus Konya gewählt wurde und inzwischen eine neue Partei, die Nationale Ordnungs-Partei gegründet hat.²⁷⁾ Erbakan, der ehemalige Vorstand der Union der türkischen Handelskammern, richtet seine Vorwürfe gegen Demirel's Regierung vor allem wegen der Vernachlässigung lokaler Interessen. Erbakan vertritt die Ansicht, die falsche Kreditpolitik von Demirel begünstige nur die Metropolen von Istanbul und Izmir. Dieses Verhalten präjudiziere geradezu Forderungen Anatoliens. Erbakan propagiert u. a. auch eine theokratische Staatsordnung. Sein politisches Ziel ist es, mit Hilfe eines traditionellen Fanatismus und einer übertriebenen Xenophobie eine Liga des anatolischen Kleinbürgertums gegen die Monopolstellung des Großbürgertums von Istanbul zu mobilisieren. Obgleich seine Partei keinerlei wichtigen Widerhall gefunden hat, kann doch behauptet werden, daß sein Gedankengut auf fruchtbaren Boden fällt.

Die heute drittgrößte Partei, die Partei des Vertrauens, steht am rechten Flügel. Sie bezeichnet sich als liberal-nationalistisch-reformbegierig. Ihre Hauptaufgabe sieht sie in der Bekämpfung des Kommunismus.

Die bis 1965 drittgrößte Oppositionspartei, die Nation-Partei, ist zwar in ihrer sozio-ökonomischen Zielsetzung diesmal etwas weniger traditionsgebunden aufgetreten, doch die schwache Infrastruktur des Parteiapparates, vor allem fehlende Kader, und ihr übergroßes Vertrauen in die reichlich demagogischen Fähigkeiten ihres Führers O. Bülükbasi, haben zu dem Resultat geführt, daß sie lediglich einige Hochburgen wie Kirshir und Ankara zu halten vermag.

Die Partei der Nationalen Bewegung (MHP) ist eigentlich durch eine Umstrukturierung eines Teiles der Nations-Partei entstanden. Der ehrgeizige Sprecher des National-Komitees, Oberst Alparslan Türkeş, hatte die national-republikanische Bauernpartei zunächst von innen mit seinen Leuten zu durchsetzen vermocht, und danach Teile der Partei mit einem neuen Namen getauft. Es handelt sich um eine neo-faschistische Bewegung. Im Parlament hat sie nur einen Sitz, aber dafür eine Jugendorganisation vom Zuschnitt der Hitler-Jugend. Diese Miliz nennt sich — in Anlehnung an die Pan-Turanistische Bewegung: Löwen von Ergenikon. Ideologisch vertritt die Partei eine Art von mystischem Hegelianismus. Durch ihre starke Stellungnahme gegenüber dem Auslandskapital, ihr Mißtrauen in die demokratische Grundordnung und ihre

²⁷⁾ Nach der Aussage von N. Erbakan wurde die MNP zur Ausfüllung des Vakuums auf der rechten Front, als eine zweidimensionale Partei gegründet. Die Partei stellt sich gegen jedartige Westernisierung und verbietet Freimaurern und Zionisten die Mitgliedschaft. *Cumhuriyet*, 27. 1. 1970.

Befürwortung eines einheitlichen Gewerkschafts- und Jugendorganisations-systems charakterisiert sie sich als eine neo-faschistische Gruppierung. Ihr Einfluß ist nicht an ihrer parlamentarischen Präsenz zu messen: Sie beeinflusst die rechtsgerichteten Studenten an den Hochschulen. Ja, sogar ein beträchtlicher Teil junger Arbeiter hat sich mit dieser Partei solidarisch erklärt.²⁸⁾

Die Partei Neue Türkei (YTP) steht programmatisch rechts. Allerdings verschob sich ihr Schwerpunkt im Laufe der Zeit mehrmals. Nach ihrer Gründung versuchte ihr erster Führer E. Alican die Stimmen der aufgelösten Demokratischen Partei zu sammeln, um eine Massenbasis zu gewinnen. Nach dem Scheitern dieses Versuchs zog sich Alican aus dem politischen Leben zurück. Die Partei wählte nun Yusuf Azizoglu zum Vorsitzenden. Dieser stammte aus Silvan, einer Kleinstadt in Ost-Anatolien. Für die dort ansässige kurdische Bevölkerung machte er sich stark. Damit kam ein neues Element in die türkische Politik: Zum ersten Mal wurde in der republikanischen Geschichte der Türkei Autonomie für die Kurden gefordert! In den Wahlen 1965 und 1969 hat die Partei ihr Schwergewicht auf die kurdische Frage gelegt. Nach Aussage des inzwischen verstorbenen Parteivorsitzenden ist das wichtigste Problem der Türkei, „das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Gebieten zu verwirklichen. Die Realisierung der sozialen Gerechtigkeit hängt in erster Linie von diesem Ziel ab. Deshalb bezeichnen wir uns als regionale Partei. Unsere Zielsetzung ist eine nach Ost-Anatolien orientierte Druckpolitik!“ Die Wahlergebnisse haben diese Zielsetzung honoriert.

Auch die sechste kleine Partei, die Union-Partei (BP) vertritt rechtes Gedankengut. Außerdem macht sie sich zum Sprecher einer ethnischen Gruppe, der konfessionellen Aleviten-Minorität. Interessant ist, daß sie nach der Arbeiterpartei die einzige Partei ist, die nicht via Spaltung im Parlament entstanden ist. Sie wurde mit einer klaren Zielsetzung, Befürworter einer Minderheitsgruppe zu sein, ins Leben gerufen. Die Union-Partei verteidigt einen gemäßigten Nationalismus, eine in türkischer Sprache geführte Religionsausübung und eine Autonomie der alevitischen Gemeindeverwaltungen.³⁰⁾

Die linken Parteien

Die größte Oppositionspartei ist die von Atatürk 1924 gegründete Republikanische Volkspartei (CHP). Diese Partei, die die Verantwortung jedweder politischer Aktivität während der langen Einparteienzeit mitträgt, hat im Laufe ihrer nun fast 50jährigen Geschichte verschiedene Kurswechsel unternommen. Seit 1965 bezeichnet sie selbst ihre Orientierung als „links vom Zentrum“, wobei diese Zielsetzung im Munde ihres — trotz seines hohen Alters (86 Jahre) noch immer aktiven und vital wirkenden — Vorsitzenden Ismet İnönü anders interpretiert wird, wie etwa von dem jungen und überaus dynamischen Generalsekretär Bülent Ecevit. Der Versuch von Ecevit, durch Bin-

²⁸⁾ Nermin Abadan, „The Politics of Students and Young Workers in Turkey“. Paper für ISA Kongress, Varna 1970.

²⁹⁾ Abdi İpekçi, *Liderler Diyor ki*, Ant Yayinlari 1969, S. 316.

³⁰⁾ Durch die Wahl acht ihrer Kandidaten erhält Ostanatolien stärker regional orientierte Befürworter einer raschen Modernisierung dieser vernachlässigten Region. Walter F. Weiker, Turkey's Elections May Bode Ills, *Mid-East* Dec. 1969, S. 34.

dung an parlamentarische Verfahren mit sozialistischem Gedankengut die breiten Massen zu Gunsten eines Machtwechsels zu bewegen, wird durch eine doppelte Hypothek erschwert: einerseits die enge außenpolitische Bindung an die USA und zum anderen die weitgehende Bereitschaft, der A.P. bestimmte Konzessionen zu machen. Das Manöver İnönüs im Juni 1969, als dieser erfahrenste Politiker des Landes mit geschickter Taktik die Initiative ergriff, um den 1960 verurteilten Parlamentariern ihre politischen Rechte zurückzugeben, erfüllte jedoch nicht die erwarteten Hoffnungen. İnönüs Plädoyer für eine Versöhnung mit seinem Erzfeind Bayar und sein Einverständnis mit einer Verfassungsänderung mit Ziel einer Wiedererstattung der politischen Rechte an eine kleine Gruppe von alten Demokraten³¹⁾ erwies der Demokratie in der Türkei einen Bärendienst, indem nämlich virulente Kritik an den kühnhändlerischen Methoden des Parlamentarismus laut wurde. Wahrscheinlich erklärt dies auch die hohe Stimmhaltungquote von 36%.

Die Partei, die als Hauptsprachrohr der legalen Opposition gilt, erhielt 1969 = 27,4% aller Stimmen, während sie 1965 = 28,7% erzielte. Ihr nach dem letzten außerordentlichen Parteitag verabschiedetes Programm (Juli 1970) gebärdet sich zwar radikal, aber es dürfte kaum realisierbar sein. Denn die Wahrscheinlichkeit, tiefgreifende Reformen durch parlamentarische Prozeduren zu verwirklichen — Reformen wie: Bodenverteilung, Abschaffung des Wucherzinses, Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Aufbau eines Genossenschaftswesens —, ist sehr gering. Außerdem betreibt die Regierungspartei eine wirk-same Gegenpropaganda, die stark fanatisiert und proreligiös ist.

Die Türkische Arbeiterpartei (TIP), die 1965 dank des damaligen Wahlsystems mit 15 Mandaten zum ersten Mal in die Nationalversammlung einzog, und 1966 einen Sitz im Senat gewann, hat in ihrem Programm vor allem die Verstaatlichung der Produktionsmittel, Bodenreform, Inaugurierung einer blockfreien, pazifistischen Außenpolitik. Während ihrer vierjährigen parlamentarischen Tätigkeit entwickelten sich in zunehmendem Maße innerparteiliche Konflikte. Die Opposition innerhalb der Partei bemängelte immer wieder das Fehlen einer systematisch ausgebauten politischen Ausbildung der Arbeiterschaft, einer wissenschaftlich fundierten, nationalistischen Auslegung des Sozialismus. Kritisiert wurde auch der autoritäre Hang des Parteiführers.³²⁾ Schließlich spitzte sich der Konflikt zu. Es ging dabei um die Ansichten des Verfechters eines „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ (Mehmet Ali Aybar) und um eine konsequente Führung einer wissenschaftlich aufgebauten Kaderpartei mit Vorrang für das Proletariat (S. Aren). Dieser Konflikt löste eine heftige Polemik in der Presse aus mit dem Erfolg, daß ein wichtiger Teil der linken Splittergruppen gegen die Arbeiterpartei Stellung bezog, und zum Wahlboykott 1969 aufrief. Die Einbuße an Wahlstimmen war empfindlich und zwang den bisherigen Vorstand zum Rücktritt.

³¹⁾ Der eher von oben, d. h. İnönü und seinen nahen Beratern, beschlossene Schritt einer Rehabilitierung der alten Demokraten verursachte besonders im Präsidium der Partei scharfe Diskussionen und endete mit der Demission vier ihrer Mitglieder, namentlich der Professoren Abadan, Aksoy, Özyörük sowie Alp Kuran.

³²⁾ Mehmet Ali Aybar verteidigte für die Türkei einen originalen, nationalen Weg des Sozialismus. Diese Einstellung wurde heftig kritisiert. Abdi İpekçi, *op. cit.*, S. 252.

In diesem Zusammenhang muß noch einiges über das politische Verhalten der Arbeiter im allgemeinen gesagt werden. Die Tatsache, daß der Auf- und Ausbau der Gewerkschaften mit amerikanischen Subventionen und Experten in der Türkei erfolgt ist, hat eine Klasse professioneller Gewerkschaftler entstehen lassen. Diese versuchen — nach amerikanischem Vorbild — in jeder Partei angemessen vertreten zu sein. Eine Enquete der Universität Istanbul unter der Industriearbeiterschaft im Sommer 1969 hat festgestellt, daß 35% der Arbeiter der Gerechtigkeitspartei, 30% der Republikanischen und 10% der Arbeiterpartei ihre Stimme zu geben beabsichtigten.³³⁾ Es wurde außerdem festgestellt, daß die Arbeiter innerhalb der ausgesprochenen Industriesektoren die Arbeiterpartei bevorzugen. Der Chemie-Sektor gilt als maximal für die Arbeiterpartei prädisponiert. Ein für westeuropäische Begriffe typisches Bewußtsein fehlt bei den meisten Arbeitern. 51,4% der Befragten hofften, binnen zehn Jahren ein eigenes Unternehmen (Laden oder Werkstatt) aufbauen zu können. Bei den weiblichen Arbeiterinnen genießt die Gerechtigkeitspartei den Vorzug. Die Arbeiterpartei verzeichnete das Höchstmaß an Sympathie unter den Altersgruppen von 21—30. Bemerkenswert ist auch die überwiegende Meinung von regierungsfreundlichen Arbeitern, Sozialismus wäre gleich Atheismus. Im Rahmen dieser Enquete wurde auch festgestellt, daß die Gewerkschaften wenig Einfluß auf die politische Willensbildung der Arbeiter hätten.³⁴⁾ Bemerkenswert scheint auch die Meinung der Arbeiter über die beiden Supermächte zu sein: 57% der Arbeiter im Regierungslager betrachten eine Freundschaft mit den USA als nützlich, und 77% halten eine solche mit Rußland für schädlich; in der Arbeiterpartei bewerten 71% eine Freundschaft mit den USA als schädlich, aber immerhin auch 58% eine solche mit Rußland.

Die Wahlen 1965 und 1969

Wahlergebnisse dienen im allgemeinen zur Feststellung der Funktionsfähigkeit einer parlamentarischen Demokratie und sind insbesondere in den letzten Jahren zu einem präzisen Instrument der politischen Diagnose geworden.

Die Wahlen 1961 sollen hier nicht näher analysiert werden, weil sie zu sehr im Schatten der kurz vorangegangenen Hinrichtungen und der Anwesenheit einer amtierenden Militärregierung standen. Die Wahlergebnisse können bestenfalls als Sondierung der verschiedenen Trends bewertet werden. Dagegen verkörpern sowohl die allgemeinen Wahlen von 1965 und 1969 einen einwandfreien — ohne Druck erfolgten — Entscheidungsprozeß der breiten Wählerschaft.

³³⁾ Die Professoren Kenan Bulutoğlu, Ahmet Niyazi Koç und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter Metin Göker, İlter Turan, Cengiz Arın von der Nationalökonomischen Fakultät der Universität Istanbul haben im Sommer 1969 im Auftrag der großen Tageszeitung „Milliyet“ eine repräsentative Erhebung mit Hilfe einer Stichprobe bei 4959 Arbeitern gemacht, die außerordentlich detailliertes Material über Arbeiterverhalten enthält. *Milliyet*, 14. 9. 1969.

³⁴⁾ Die oben erwähnte Untersuchung, *Milliyet*, 29. 9. 69. Zu vergleichen mit Tokar Dereli, *The Development of Turkish Trade Unionism*, Istanbul, İktisat Fakültesi.

³⁵⁾ *Milliyet*, 1. 10. 69.

Vor Vergleich der beiden Wahlen sei zunächst noch festgestellt, daß die Revolution von 1960 die Konfliktsituation zwischen den beiden Hauptparteien vorübergehend gelöst, aber die Polarisierung nicht aus der Welt geschafft hat. Genau das Gegenteil der im Pronunciamento des Komitee für Nationale Union proklamierten Zielsetzung, nämlich „die unvereinbare Lage der Parteien zu beseitigen“, wurde erreicht.³⁶⁾ Das erbitterte Ringen zwischen Regierung und Opposition in den 50er Jahren war frei von jedwedem ideologischen Ballast. Nun änderte sich das zu Gunsten einer Ideologisierung. Während die Demokratische Partei zwar konservativ war, aber eine pragmatische Weltanschauung praktizierte, entwickelte die Gerechtigkeitspartei einen immer ideologischer sich gebärdenden Konservatismus, — mit Bevorzugung der Privatwirtschaft. Der Hauptantagonismus zwischen Privatinitiative und sozialer Gerechtigkeit ist inzwischen zur Achse der türkischen Politik geworden. Dieser Antagonismus erhält eine zusätzliche Spaltungslinie durch die Meinungsunterschiede im Bereich der Außenpolitik. Welche Auswirkungen hatte dies auf die letzten beiden Wahlausgänge?

Die Wahlen von 1965

Das Proporzsystem wirkte sich beim türkischen Wähler wie bisher aus, d. h. der durchschnittliche Wähler beschäftigte sich weder mit nationalen Problemen, noch mit den persönlichen Qualitäten der lokalen Kandidaten. Diese Wahl hat wiederum gezeigt, daß — ähnlich wie in anderen Entwicklungsländern — der türkische Wähler sich viel eher mit einer Partei aus bestimmten persönlichen oder lokalen Ursachen identifiziert. Diese Identifizierung verursachte einen starken Einsatz bereits vor der Wahl und ließ sich besonders in dörflichen Gegenden feststellen, wo die Unentschiedenheit auf Grund der bereits früher kristallisierten politischen Einstellung nur eine sehr geringe Anzahl von „floating voters“ offenbarte.³⁷⁾

Ein zweiter Trend, der auch 1969 festzustellen war, ist das Fehlen auch nur eines Minimums an Konsens über die Lösung der dringlichsten Probleme. Obwohl die akuten sozio-ökonomischen Sackgassen der Türkei — wie Bodenreform, Schaffung neuer Arbeitsplätze, Akkumulation des staatlichen Kapitals zur Verbesserung der Infrastrukturen etc. — rationale Denkschemata verlangten, entstand bereits 1965 das von Carl Schmitt als „Freund-Feind-Zustand“ bezeichnete Verhältnis.³⁸⁾ Deswegen wurden Wahlentscheidungen viel eher auf Grund furchterregender Stereotypen als auf der Basis logischer Überlegungen gefällt. Das erste Auftreten einer gesetzlich genehmigten sozialistischen Partei, welche die Probleme des Landes mit radikalen Mitteln zu lösen vorschlug, und die angesichts der garantierten Grundfreiheiten ihr Programm

³⁶⁾ Ergun Özbudun, *The Role of the Military in Recent Turkish Politics*. Harvard Univ. Center for International Affairs, Nov. 1969. S. 40.

³⁷⁾ Nermin Abadan, siehe Fußnote 13, S. 65.

³⁸⁾ Interessant ist in dieser Beziehung ein Artikel von Metin Toker, bekannter Journalist und Schwiegersohn von I. İnönü, der zwei Wochen vor den Wahlen die Lage der Türkei völlig mit der letzten Phase der Weimarer Republik verglich und die zukünftige Entwicklung der Türkei eher finster beurteilt. Metin Toker, *Dönüşü olmayan yol, Milliyet*, 30. 9. 1969.

in Presse und staatlichem Rundfunk und auch in Versammlungen aussprechen konnte, gab noch größeren Anlaß dafür, daß jedwede politische Konkurrenz weitab von demokratischen Spielregeln bewertet wurde.³⁹⁾

Das auf die Verteilung von Reststimmen modifizierte — und auch auf den Senat übertragene d'Hondtsche Wahlsystem — produzierte eine Vermehrung der Parteien auf insgesamt 6 (AP, CHP, MP, CKMP, YTP, TIP)⁴⁰⁾, ermöglichte aber trotzdem der AP die Gewinnung der absoluten Mehrheit. Diese Tatsache widerlegt die These von M. Duverger, wonach das Proporzsystem die Bildung absoluter Mehrheiten verhindere. Es zeigt gleichzeitig, daß in einem Land mit politisch neumobilisierter Wählerschaft ein Mehrheitssystem unter Umständen sogar zur völligen Dezimierung der Opposition führen kann.

Tabelle 4: Ergebnisse der letzten zwei Wahlen in der Türkei

Partei	Jahr	Stimmen	%	Mandate	%
AP	1965	4,9 Mio	52,8	240	53,3
	1969	4,1 Mio	46,6	256	56,9
CHP	1965	2,6 Mio	28,7	134	29,7
	1969	2,4 Mio	27,4	143	31,7
GP	1965	—	—	—	—
	1969	578 393	6,4	15	3,3
MP	1965	582 704	6,6	31	6,8
	1969	295 044	3,2	6	1,3
BP	1965	—	—	—	—
	1969	228 479	2,5	8	1,7
YTP	1965	346 504	3,7	19	3,3
	1969	202 393	2,2	6	4,2
TIP	1965	276 101	2,9	15	3,3
	1969	238 374	2,6	2	0,4
MHP (CKMP)	1965	208 696	2,2	11	2,4
	1969	277 953	3,0	1	0,2
Unabhängige	1965	296 528	3,1	—	—
	1969	510 938	5,6	13	2,9

AP = Gerechtigkeitspartei
 CHP = Republikanische Volkspartei
 GP = Vertrauenspartei
 MP = Nationalpartei
 BP = Unionspartei
 YTP = Neue Türkeiartei
 TIP = Türkische Arbeiterpartei
 MHP = Nationale Bewegungspartei.

Schließlich haben 1965 die 176 Unabhängigen, die sich zur persönlichen

³⁹⁾ Der Linkskurs der Republikanischen Volkspartei und das Wahlprogramm der türkischen Arbeiterpartei wurde unentwegt als „Links von der Mitte, Weg nach Moskau“ oder „Linke gehören nach Moskau“, also mit einer Beschuldigung des totalen Ausverkaufs bewertet.

⁴⁰⁾ Nermin Abadan, siehe Fußnote 13, S. 246.

Wahl stellten und vorwiegend aus ostanatolischen Provinzen kamen, einen viel geringeren Anteil von Stimmen erhalten als 1969 (1965 = 296 528; 1969 = 510 938). Dies erklärt sich zum Teil mit einem höheren Vertrauen gegenüber konstituierten Parteien im Jahre 1965 als im Jahre 1969. Auch die Wahlbeteiligung war 1965 (76 %) viel höher als 1969 (64 %). Das Gefälle der Wahlbeteiligung setzte freilich schon 1965 ein, wo im Vergleich zu 1961 bereits eine Verminderung von 10 % zu registrieren war.⁴¹⁾

Interessant hierbei ist die Wahlbeteiligung in den Ostprovinzen. Diese liegt weit über dem nationalen Durchschnitt:

Tabelle 5: Wahlbeteiligung in den Ostprovinzen

	1950 Proz.	1954 Proz.	1957 Proz.	1961 Proz.	1965 Proz.
Ostprovinzen	87	90	80	81	75
Gesamt-Türkei	89	88	76	81	71

⁴²⁾

Diese hohe Wahlbeteiligung ergibt sich aus der starken Loyalität, bzw. richtiger aus dem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Großgrundbesitzern (Agas), Scheichs und Stammeshäuptlingen.⁴³⁾ Auch muß hinzugefügt werden, daß sich wegen der Rivalität der verschiedenen ethnischen Gruppen die Aktivität der politischen Parteien und der Unabhängigen stets um die Gunst der führenden Köpfe dreht. Die rapide Bevölkerungszunahme und die umgreifende Mechanisierung der Landwirtschaft wirkt hier wie Dynamit. Die Vertreter der Oberschicht versuchen, diesen Prozeß mit Hilfe von regionalen und konfessionellen Parteien aufzuhalten. So ergibt sich das merkwürdige Bild, daß Pluralismus in diesem Lande viel eher eine diffusive statt eine interessenbezogene Wirkung hat. Die Wählerschaft dagegen wendet sich auf Grund ihrer sprachlichen und vor allem bildungsmäßigen Hemmungen an die Repräsentanten der verschiedenen Parteien in der Hoffnung, hier die Erfüllung ihrer steigenden Erwartungen zu finden.

Tabelle 6: Wahlbeteiligung

Jahr	%
1950	89
1954	88
1957	78
1961 (Referendum)	80,5
1965	76
1969	63,8

⁴¹⁾ Nermin Abadan, siehe Fußnote 13, Tabelle I.

⁴²⁾ İsmail Besikci, *Doğu Anadolu'da Sosyal ve Siyasal Değişmeye Etki Eden Dinamikler*, in *Festschrift für Y. Abadan*, Ankara 1969, SBF Yayını 280, S. 424.

Die Wahlen 1969

Fast alle politischen Parteien — vor allem aber die Regierungspartei — wurden durch das oligarchische Tendenzen begünstigende, außerordentlich auf Cliquenwirtschaft eingestellte Auswahlverfahren der Kandidaten erschüttert. Die Tatsache, daß beim Proporzsystem eigentlich nur die an der Spitze der Liste stehenden Kandidaten die Chance einer Neu- bzw. Wiederwahl besitzen, schafft ungeheuer starken Druck auf die Parteidelegierten; dabei werden große Summen ausgegeben und starke Rivalitäten schaffen neue innerparteiliche Fehden. Obwohl das Parteiengesetz prinzipiell ein dem amerikanischen Modell, der Primaries, ähnliches allgemeines Wahlverfahren für die Kandidatenaufstellung vorgesehen hatte, ist dieses Verfahren bis heute nicht angewandt worden.⁴³⁾ So konnte sich dieser innerparteiliche Kampf zerstörerisch auswirken. Besonders stark war dies bei der AP der Fall, wo neben lokalen Rivalitäten auch ideologische Tendenzen und die Anhänger der aufgelösten Demokratischen Partei eine wichtige Rolle dabei spielten.

Der Sieg der AP — als Nachfolgerin der DP — ist ein weiterer Beweis dafür, daß eine Massenpartei, die sich auf Menschen mit geringer — wenn nicht gar fehlender — Bildung zu stützen hat, ihre Wahlkampagne nicht um das Programm notwendiger Reformen und grundsätzlicher Strukturänderungen aufbauen kann und will. So kann also ein Mehrparteiensystem, das in einem Entwicklungsland an der Macht ist, sich — im Sinne eines historischen Determinismus — nur den Wünschen der Wählerschaft beugen, bzw. das Erwachen gerechtfertigter Forderungen nur durch intensive Behandlung religiöser Themen befriedigen, indem es so die jenseits orientierten Werturteile verstärkt.

Es wäre allerdings falsch, den Wahlsieg der AP allein mit „gebundenen Stimmen“, d. h. einer auf Grund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit hin unfreien Wählerschaft zu erklären.⁴⁴⁾ Die AP hat es sehr geschickt fertig gebracht, die Loyalität der Bauern zu erringen. Dabei spielt die Führerpersönlichkeit eines ehemaligen, mittellosen Bauernburschen eine wichtige Rolle.⁴⁵⁾ Aber auch die Mehrheit der urbanisierten Arbeiterschaft hat die AP unterstützt. War es also eine freie Wahl mit falschem politischen Bewußtsein? Der 6%ige Stimmenverlust der A.P. läßt sich deshalb nicht bloß aus einer Enttäuschung der breiten Massen, sondern wohl vielmehr mit innerparteilichen Zwistigkeiten erklären.

Wie vorausgesehen, hat die Änderung im Wahlsystem vor allem den kleinen Parteien geschadet. Die Rückkehr zum ursprünglichen d'Hondt'schen System, das die großen Parteien bevorzugt, hat alle kleineren Parteien stark dezimiert. Während die beiden großen Parteien — trotz ihres Stimmenverlustes (AP = 52,8 : 46,5%; CHP = 28,7 : 27,4%) — Sitze dazugewonnen hatten (AP = 240 : 256; CHP = 133 : 143), haben die kleineren Parteien starke Einbußen hinnehmen müssen.

⁴³⁾ Yavuz Abadan, Das türkische Parteiengesetz. In: *Festschrift für G. Leibhart*.

⁴⁴⁾ Mümtaz Soysal, Enkaz arasinda, *Milliyet*, Oktober 1969.

⁴⁵⁾ Die A.P. hat während der Wahlkampagne besonders in kleineren Ortschaften einen Film aufführen lassen: „Sülü Osman“, der den Ministerpräsidenten als völlig mittellosen, armen Hirtenknaben und seinen daran sich anschließenden Aufstieg zeigte.

Interessant ist auch die Aufteilung der Mandate nach den Provinzen:

Tabelle 7: Aufteilung der Mandate nach Provinzen

(nur für die 6 kleinen Parteien)			
GP (Vertrauenspartei)	Adana Afyon Agri (x) Ankara	Gaziantep (x) Hakkari (x) Kastamonu Kayseri (x)	Tekirdag Tokat (x) Van (x)
MP	Ankara (2) Istanbul Kirsehir Sinop Yozgat		
BP	Tokat (x) Malatya (x) Corum (x)		
TIP (Türkische Arbeiterpartei)		Istanbul (2)	
MHP (Nationale Bewegungspartei)		Adana	
YTP (Neue Türkeipartei)		Diyarbakir (x) Siirt (x) Bingol (x) Mardin (x) Mus (x)	
	Adiyaman x Agri (x) Bingol (x) Diyarbakir (x) Elazig (x) Hatay (x)	Malatya x Maras (x) Mardin (x) Mus (x) Tokat (x) Van (x)	

Die mit „x“ bezeichneten Provinzen liegen östlich von Ankara, d.h. im nord- oder südöstlichen Anatolien.

Hier ergibt sich ganz klar, daß insbesondere die kleinen Parteien sowie sämtliche Unabhängigen ihre Sitze entweder in Ankara oder östlich von Ankara gewonnen haben. Die Diskrepanz zwischen lokal orientierten und national orientierten Interessen ist somit offensichtlich. Der viel mehr entwickelte Westen hat den kleineren Parteien wesentlich weniger Stimmen gegeben. Eine Ausnahme bilden die in Großstädten wie Istanbul und Ankara für die Sozialistische Partei abgegebenen Stimmen. Hierdurch erklärt sich auch der überraschende Sieg von 15 Unabhängigen, die total mehr Stimmen erhielten als die drittgrößte Partei, die Partei des Vertrauens.

Ein weiterer interessanter Vergleich zwischen den beiden Wahlen bietet sich auch in der hohen Fluktuation in den Parteivorsitzen an. Vier der kleine-

ren Parteien haben ihren ersten Vorsitzenden entweder durch Ableben oder Abdankung oder schlechter Gesundheit verloren. Dr. Yusuf Azizoglu, Führer der Neuen Türkei Partei, starb kurz nach den Wahlen; sein Nachfolger ist der frühere Erziehungsminister der Republikanischen Volkspartei, Prof. Dr. Tashin Banguoglu. Er hatte die Republikaner wegen des Linkskurses von İnönü verlassen. Der Vorsitzende der Union Partei, Hüseyin Balan, trat zurück; an seine Stelle trat R. Timisi. Die starke Kontroverse um die richtige Politik und Kaderbildung der Türkischen Arbeiterpartei verursachte einen doppelten Führerwechsel. Schließlich ist auch der Vorsitzende der Nation Partei zurückgetreten. So ergibt sich, daß nur die Führer der beiden großen Parteien — Demirel und İnönü —, sowie die Vorsitzenden der Vertrauenspartei, Prof. Dr. Feyzioglu, und der Nationalen Bewegungspartei, Oberst Alparslan Türkeş, Konstanten geblieben sind. Da wegen des hohen Alters von İnönü in der CHP Diskussionen über seine Nachfolge geführt werden und auch in der AP am Prestige von Demirel gezehrt wird (= Beschuldigung wegen Amtsmissbrauches, Nepotismus etc), scheinen Ansatzpunkte für eine Erneuerung der türkischen Führungsspitze zu bestehen.

Die parlamentarischen wie außerparlamentarischen kritischen Stimmen fordern die Verwirklichung jener Zielsetzungen, die in der Präambel und in einer großen Anzahl von Artikeln der Verfassung von 1961 verankert sind. Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit befinden sich in der Türkei jedoch in Widerspruch. Trotzdem versuchen Armee und Regierungspartei durch ein minimales Befolgen der verfassungsrechtlichen Vorschriften die Lebensfähigkeit eines nach westlichem Vorbild rezipierten Mehrparteiensystems und die daraus resultierende pluralistische Demokratie aufrecht zu erhalten. Diese Aufgabe scheint außerordentlich schwierig, wenn nicht ganz unmöglich zu sein.

Südosteuropa-Studien — Nr. 15

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und der Handel mit Südosteuropa

*Referate der Kuratoriumssitzung der Südosteuropa-Gesellschaft
1970 in Frankfurt*

München 1970. 32 Seiten, broschiert DM 8.50

DIE SÜDOSTEUROPA-GESELLSCHAFT

betrauert den Tod ihres Mitglieds

Herrn Universitätsprofessor Dr. Alois Schmaus

em. o. ö. Professor für Slavische Philologie
und Balkanphilologie in der Philosophischen Fakultät II
der Ludwig-Maximilian-Universität München

langjähriger Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates
der Südosteuropa-Gesellschaft

Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

Träger des Bayerischen Verdienstordens

Der Gelehrte gehörte seit 1952 unserer Gesellschaft
in führenden Funktionen an.

Durch den Tod von Prof. Dr. Alois Schmaus hat die deutsche und internationale Südosteuropakunde einen der bekanntesten Slawisten und wohl den besten Kenner der südslawischen Literatur und Volkskunde verloren.

Die Völker des europäischen Südostens beklagen das Hinscheiden eines Freundes.

Die Südosteuropa-Gesellschaft betrauert den Tod eines bewährten Mitarbeiters.

Prof. Dr. Alois Schmaus wirkte von 1928 bis 1941 als Lektor an der Universität Belgrad und habilitierte sich 1948 für Slawistik an der Universität München. Bereits 1951 wurde Prof. Dr. Alois Schmaus außerplanmäßiger Professor, 1953 außerordentlicher und 1957 ordentlicher Professor für Slawische Philologie. Der erfolgreiche Forscher und Gelehrte hat mit zahlreichen Veröffentlichungen weltweite Beachtung errungen. Seine Schüler und Freunde wollten ihn 1971 zu seinem siebzigsten Geburtstag mit einer Festschrift ehren. Diese wird nun eine Gedenkschrift. Die nächste Nummer dieser MITTEILUNGEN wird Leben und Werk von Prof. Dr. Alois Schmaus in einer ausführlicheren Darstellung würdigen.

Bulgarische Literatur der Gegenwart im Überblick

Die Kulturgeschichte Bulgariens reicht weit in die Vergangenheit zurück. Die Kultur des im 7. Jahrhundert gegründeten ersten slawisch-bulgarischen Staats beruhte einerseits auf dem Erbe, das die in die Balkanhalbinsel eingewanderten Slawen und Protobulgaren mitgebracht hatten, andererseits baute sie auf den Überresten großer antiker Kulturen — der thrakischen, griechischen und römischen — auf. Hinzu kam der lebendige Einfluß von Byzanz.

Von der byzantinischen Literatur übernahm die bulgarische die üblichen mittelalterlichen Gattungen und Stile. Die Nähe von Byzanz und sein starker Einfluß bewirkten, daß die bulgarische Kultur unmittelbar Teil der damaligen Weltkultur war, etwas, das wir positiv bewerten, umsomehr, als die bulgarische Kultur dabei nicht auf ihre nationale Eigenständigkeit verzichtete.

Die bulgarische Nationalliteratur gehört so zu den ältesten Literaturen Europas. Sie entstand nach der Mitte des 9. Jahrhunderts. Selbstverständlich war die Voraussetzung für ihre Entwicklung das Vorhandensein einer Schrift für die Sprache der Slawen und Protobulgaren. Daher stehen ihre Anfänge in engem Zusammenhang mit dem Werk der Brüder Kyrill und Method, die ein slawisches Alphabet zusammenstellten und damit und mit ihren eigenen Werken den Grund zu einer slawischen Schriftsprache legten. Das aber war von unermeßlicher Bedeutung für die kulturelle und politische Entwicklung der Bulgaren und aller slawischen Völker. Diese älteste bulgarisch-slawische Literatur gelangte schon in den ersten Jahrhunderten ihrer Entwicklung (10.—11. Jahrhundert) zu hoher Blüte und trug zur Entstehung und Entwicklung anderer slawischer Literaturen bei, regte das Slawentum zur Entfaltung seiner eigenen schöpferischen Talente an und führte schließlich dazu, daß neben Byzanz und Rom auf dem Balkan ein neuer kultureller Mittelpunkt entstand. Der Meinung mancher nicht bulgarischer Literaturhistoriker nach stand das bulgarische Schrifttum des 9. bis 10. Jahrhunderts dank der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes und dank dem starken byzantinischen Einfluß auf bedeutend größerer Höhe als das des übrigen Europa. Von Anfang an eng mit den Kämpfen und den Idealen des bulgarischen Volkes verbunden, teilte dieses Schrifttum auch das erhabene und tragische Schicksal des Volkes. Es erlebte zwei Blütezeiten — im 10. und im 14. Jahrhundert — ehe mit dem osmanischen Joch (Ende des 14. bis Ende des 19. Jahrhunderts) eine Zeit des Stillstands eintrat, während derer die europäischen Kulturen sich weiterentwickelten. Diese Zeit war für die Bulgaren eine lange Zeit der Finsternis, der Unbildung, in der nur die mündliche Überlieferung die literarischen Traditionen des Volkes am Leben erhielt und das nationale Bewußtsein stärkte. Aus dieser Zeit stammen viele prachtvolle Volkslieder — historische, Helden- und Heiduckenlieder und vor allem lyrische, die nach der Meinung von Fachleuten zu den zartesten und originalsten der europäischen Folklore gehören.

In der langen Zeit der Entwicklung der bulgarischen Literatur lösten sich drei sozial-ökonomische Formen ab. Die alte bulgarische Literatur (9. bis 18. Jahrhundert) gehört der Zeit der Feudalherrschaft an, vom 18. Jahrhundert

bis 1944 entwickelte sie sich in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und von 1944 bis heute in den Verhältnissen einer sozialistischen Gesellschaft.

Ein besonderes und sehr interessantes Kapitel stellt die Zeit der bulgarischen nationalen Wiedergeburt — von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zur Befreiung vom osmanischen Joch im Jahre 1878 dar. Es war eine Zeit selbstloser patriotischer Bestrebungen und einer stürmischen Entwicklung der Literatur und Kultur.

Die Zeit von der Befreiung Bulgariens bis 1944 ist durch scharfe Klassenkämpfe und widersprechende revolutionäre Bestrebungen charakterisiert. In dieser Zeit fand der kritische Realismus in der Literatur weite Verbreitung und die ersten Keime des sozialistischen Realismus zeigten sich.

Sprechen wir von der neuen, der heutigen, bulgarischen Literatur, so müssen wir besonders die komplizierte und reichhaltige literarische Entwicklung der letzten 25 Jahre vor Augen haben. 25 Jahre sind keine sehr lange Zeit in der Entwicklung einer Nation, aber wenn diese Jahre den Aufbau einer dynamischen Gesellschaftsordnung umfassen, so zeichnen sich in ihnen nicht nur literarische Ereignisse und Erscheinungen ab, sie liefern nicht nur einzelne Namen und Buchtitel, — sie lassen auch die gesamte grundlegende Problematik der Literatur erkennen. Hier diese ganze Vielfalt und Reichhaltigkeit zu erschöpfen ist unmöglich, aber die allgemeinen Tendenzen dieser Literatur können wir umreißen.

Der Dynamik der Ereignisse entsprechend war auch der Prozeß der Umgestaltung widerspruchsvoll und kompliziert und erforderte eine Umstellung, einen wahren Umbruch im Bewußtsein der gesamten Intelligenz und in ihrer Einstellung zum schöpferischen Werk. Die Bücher, die damals erschienen, behandelten hauptsächlich aktuelle Fragen und waren vor allem voller Patriotismus und Begeisterung über die revolutionären Umwälzungen. Unter den damals Schreibenden waren politische Gefangene, waren auch Partisanen, die heute angesehene Schriftsteller sind, wie Dimitar Metodiev, Vesselin Andreev, Stanislav Sluziev, Dobri Shotev und David Ovadija, um nur einige zu nennen. Es schrieben auch Frontkämpfer wie Vesselin Hantshev, St. Z. Daskalov, Emil Manov, Ivan Martinov und andere.

Das Ende der vierziger und der Anfang der fünfziger Jahre war eine äußerst rege Zeit, in der der Weg für bedeutende Werke der Prosa, Lyrik und Dramatik freigemacht wurde. Was die Prosaliteratur betrifft, kann man rundheraus behaupten, daß eigentlich erst in diesen fünfundzwanzig Jahren der bulgarische Roman geboren wurde. Selbstverständlich hat es auch vor dieser Zeit bulgarische Romane gegeben. Aber nur wenige — wie Vasovs klassisches Werk „Unter dem Joch“, von den neueren Sagoytschinovs „Der jüngste Tag“ und Karaslavovs „Die Schwiegertochter“ haben die Prüfung der Zeit bestanden. Schöne Leistungen gab es auf dem Gebiet der Kurzgeschichte und der Novelle — wir erinnern nur an die unübertroffenen Meister Jordan Jovkov und Elin Pelin, die zu den besten Belletristen der Weltliteratur zählen, außerdem an so ausgezeichnete Erzähler wie Aleko Konstantinov, G. P. Stamatov, Svetoslav Minkov, Tschudomir, Ljudmil Stojanov, K. Konstantinov und Angel Karalijtshev. Nun aber erschienen in kurzer Zeit große Arbeiten wie „Ver-

dammte Seelen" und das Meisterwerk „Tabak“ von D. Dimov, die Romanfolge „Einfache Leute“ von Karaslavov, die ein breit angelegtes historisches Bild vom Leben der bulgarischen Bauern gibt, — dann veröffentlichte Emilian Stanev nach einer Reihe ausgezeichneten Novellen wie „Der Pfirsichdieb“ und „Am stillen Abend“ und meisterhaften Naturschilderungen und Tiergeschichten wie „Wolfsnächte“ und „Die Wildente“, seinen großen zweibändigen Roman „Ivan Kondarev“, Dimitar Talev schrieb „Der eiserne Leuchter“, ein Buch, das die Kritik in Bulgarien und im Ausland als eine der größten Leistungen der bulgarischen Literatur gewertet hat. So hält zum Beispiel Prof. Roger Bernard, Ordinarius für bulgarische Sprache und Literatur an der École nationale des langues orientales vivantes den „Eisernen Leuchter“ für den größten bulgarischen Roman nach „Unter dem Joch“, und meint, daß er an literarischem Wert nicht hinter Ivo Andrićs Werk, das ihm den Nobelpreis einbrachte, zurücksteht.

So machte die bulgarische Literatur schnelle Fortschritte und eroberte sich sozusagen in einem Sprung die großen epischen Gattungen, und die Verfasser dieser Werke — Talev, Dimov, Karaslavov, Stanev — gelten bei uns schon als Klassiker, denn, ohne daß sie sich vom bulgarischen Leben und der bulgarischen Atmosphäre entfernten, hat ihr Kunstdenken eine große Höhe erreicht, ihr Werk ist psychologisch vertieft und sie sind zu jener Konzeption des Menschen, seiner Teilnahme am historisch Gegebenen und jenen national-psychologischen und philosophisch-historischen Verallgemeinerungen vorgegangen, die für das Niveau der großen Literaturen kennzeichnend sind.

Im Roman setzten sich auch andere Vertreter der damaligen „jüngeren Generation“, die jetzt sechzigjährig sind, durch: St. Z. Daskalov, ein fruchtbarer und allgemein anerkannter Schriftsteller, der die Wandlungen, die sich in der Psyche des Bauern im neuen bulgarischen Dorf vollziehen, darstellt. Für seine beiden letzten Bücher „Irdisches Licht“ und „Die Republik des Regens“ wurde er mit dem Dimitroff-Preis für Literatur ausgezeichnet. Krum Gligorov ist ein ebenfalls begabter Autor, der über das Dorf schreibt. Emil Koralov behandelt sittliche und psychologische Probleme des Gegenwartsmenschen und Pavel Veshinov, ein starkes Talent, setzte sich mit Novellen und Erzählungen durch, in denen er sich zweifellos am konsequentesten der städtischen Thematik widmet.

Zu den besten Schilderern des heutigen Lebens der Bauern gehört Ilija Volen. In den ersten Reihen der Schriftsteller dieser Generation stehen Bogomil Rainov, Andrej Guljaschki, Al. Gerov, Emil Manov, Kamen Kaltschev, dessen Interesse dem zeitgenössischen Helden mit gesunder lebensvoller kommunistischer Moral und einem neuen Weltempfinden gilt.

In den letzten Jahren machte sich ein gesteigertes Interesse für die Vergangenheit bemerkbar, das mit der Frage nach dem geistigen Wesen des Bulgaren in Zusammenhang steht, und es erschienen bedeutende Werke mit historischer Thematik wie „Zeit der Trennung“ von Anton Donschev, das in England, den USA und der BRD in Übersetzungen herauskam, dann die „Chronik wirrer Zeiten“ und „Der Fall Dshem“ von Vera Mutaftschieva mit seiner mittelalterlichen, düsteren Romantik, die schöne Novelle „Der Preis des Goldes“

von G. Stoev, „Für die Freiheit“ und „Der Weg nach Sofia“ von St. Ditschev, „Die Sage von der versunkenen Stadt“ von P. Konstantinov, „Das Goldene Zeitalter“ von Guljaschki und eine Höchstleistung des bulgarischen historischen Romans „Die Legende von Sibirien, Fürst von Preslav“ von Stanev. Hier befaßt sich der Autor mit der Geschichte in ihrem philosophischen Aspekt und fesselt den Leser gleichermaßen durch seine philosophische Tiefgründigkeit und eine poetisch stilisierte Form.

Aber die jüngere Generation zieht es vor, sich mit dem Gegenwarts-menschen und der Erkenntnis seiner Gefühle und seines Denkens zu befassen. Die Impulse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens wecken manchmal widersprechende Gefühle in ihr — Begeisterung, Zorn oder Enttäuschung. Solche Konflikte, welche die sozialistische Entwicklung ihrer Heimat mit sich bringt, sind, was diese Schriftstellergeneration interessiert. Eine Reihe sehr talentvoller jüngerer Autoren wie Diko Futschadshiev („Der Himmel über der Veleka“, „Zornige Reise“), Georgi Mishev („Matriarchat“), Vassil Popov („Wurzeln“), Ivailo Petrov („Nonkas Liebe“, „Kleine Illusionen“, „Ehe ich zur Welt kam“), Athanas Nakovski („Maria gegen Piralkov“, „Die unendliche Straße“), Ljuben Dilov („Schilf“), Dimitar Valev („Grimm“), Dimitar Gulev („Ihre wunderbaren Augen“), Alexander Karasimeonov („Sehnlich erwartete Freundschaften“, „Liebe“), Blaga Dimitrova („Reise zu sich selbst“, „Abweichungen“), und andere gehen den Beziehungen zwischen Persönlichkeit und Gesellschaft, Einzelmensch und Kollektiv in neuer Sicht nach. In dieser Generation ist besonders bemerkenswert Nikolai Haitov, dem es in seinen „Wilden Geschichten“ gelang, die uralte Natur des Bulgaren in einer lebendigen, farbenreichen Sprache zu gestalten. Umstritten und sehr original ist ein Autor der Generation der Vierzigjährigen, Jordan Raditschkov, der eine emotionale Tonalität anstrebt, dessen Werke aber immer den Charakter wunderlicher Grotesken annehmen, in denen es ernste Situationen, feinen Humor und bittere Erkenntnis gibt und eine weise Phantasie ihr Spiel treibt. Von den Frauen sind als begabte Belletristen die kürzlich verstorbene Maria Grubeschlieva und zwei bedeutend jüngere — Zilia Latscheva und Lada Galina — zu erwähnen.

Was das Experimentieren bulgarischer Schriftsteller mit literarischen Spielarten und ihre Suche nach geschmeidigeren und vielseitigeren Formen betrifft, sind als neue, moderne Erscheinung der novellistische Roman, der essayistische Roman (Vera Mutaftschievas „Der Fall Dshem“ und „Die Reise zu sich selbst“ von Blaga Dimitrova — komplizierte, assoziativ-philosophische und gleichzeitig lyrische Prosa) zu nennen. Eine andere in letzter Zeit beliebte Form sind Erzählungszyklen, in denen dieselben Figuren auftreten und eine lockere thematische Verbindung, die sie fast zu Kurzromanen macht, es ermöglicht, die Wirklichkeit unter verschiedenen Aspekten zu erfassen. Am gelungensten bedienen sich dieser Form Kamen Kaltschev in seinen „Sofioter Geschichten“ und Raditschkov in der „Pulverfibel“.

Der komplizierte literarische Prozeß vollzieht sich in allen Gattungen, einschließlich des Dramas, in dem sich der Konfliktreichtum der Zeit vor allem widerspiegelt. Nach „Alarm“ von Orlin Vassilev und „Zarengnade“, später auch „Zar Schischman“ und „Ivailo“ von K. Sidarov, schrieben Karaslavov, Strelkov, Ivan Pejtschev („Jeden Abend im Herbst“) bedeutende Dramen.

Hohen künstlerischen Wert haben Dimovs Theaterstücke („Frauen mit Vergangenheit“, „Der Schuldige“, „Rast in Arco Iris“). Eine brillante Phantasie im Stil der Shakespearekomödien ist Valeri Petrovs „Wenn die Rosen tanzen“. Vor etwa drei Jahren fand das akut politische Theaterstück Georgi Dshagarovs „Der Staatsanwalt“, in dem der Konflikt auf der Ebene der philosophisch-historischen Fragen unserer Zeit ausgetragen wird, großen Widerhall. In letzter Zeit trat eine ganze Reihe begabter Dramatiker auf, von denen wir nur Bojan Balabanov („Die Vögel fliegen in Paaren“, „Das Glück kommt nicht von allein“), Dragomir Assenov („Rosen für Dr. Schomov“, „Geburtstag“, „Spaziergang am Sonnabend“, „Prüfung“), Dobri Shotev („Das Ankleiden der Venus“) nennen wollen. Nikola Russev erwies sich mit „Ein paar Mohnblumen“ und „Zigarettendose 18 Karat“, „Der Greis und der Pfeil“ ebenfalls als originaler Autor.

Ähnliche Wege geht auch die heutige Lyrik, in der besonders reiche und vielseitige Talente schaffen. Nach den Großen der Vergangenheit — dem genialen Christo Botev (1848—1876), der heute allgemein ebenso wie der ihm geistig und emotional verwandte Petöfy als einer der größten Dichter des 19. Jahrhunderts anerkannt wird, nach Javorov, Debeljanov, Geo Milev, Smirnenski, Vapzarov und Penju Penev glänzen an unserem poetischen Horizont auch Zeitgenossen wie Elisaveta Bagriana, die, wenn nicht die Sprachschranke bestände, als eine der größten Lyrikerinnen unserer Zeit bekannt sein würde, neben ihr Dora Gabe und der verstorbene Furnadshiev, der außerordentlich intellektuelle und maßvolle Atanas Daltshev, der ins Französische übersetzt wurde, Ljudmil Stojanov, Mladen Issaev, Lamar, Christo Radevski, D. Panteleev, A. Gerov, Vesselin Hantshev — es ist einfach unmöglich, alle, die es verdienen, aufzuzählen. Nur noch vier Namen müssen wir unbedingt nennen: Dimitar Metodiev, den Dichter des staatsbürgerlichen Bewußtseins mit seinen klaren Positionen, Georgi Dshagarov, der unsere patriotische und revolutionäre Poesie prägte und V. Andrev, der lyrische Partisanenlieder sang, Pavel Matev, ein Dichter mit kompliziertem dramatischem Gefühlsleben und einem nach Synthese strebenden Denken.

Auf andere einzugehen verbietet die Zeit, und wir beschränken uns auf die Nennung noch einiger Namen, von denen jeder Gewicht und Bedeutung hat — B. Boshilov, Bogomil Rainov, Valeri Petrov, Al. Muratov, Iv. Davidkov, Blaga Dimitrova, Liana Daskalova und Stanka Pentsheva.

Ein buntes Bild bieten die Schöpfungen der jüngsten Generation. Viele junge Dichter schreiben Liebeslyrik oder staatsbürgerlich bewußte Dichtung, es zeigen sich Tendenzen, die lyrische Form zu komplizieren oder die Lyrik zu intellektualisieren. In diese Richtungen gehen — Vladimir Bashev, Parvan Stefanov, Ljubomir Levtshev, Peter Karaangov, Wladimir Golev, A. Germanov, Slav Chr. Karaslavov, Damjan Damjanov, Vlatju Rakovski, Naiden Valtshev, Orlin Orlinov, Vanja Petkova.

Hier ist zu bemerken, daß diese junge Generation sich intensiv mit aktuellen Problemen des sozialistischen Lebens in Bulgarien befaßt und die verschiedensten anziehenden poetischen Welten schafft, die oft innerlich vielschichtig sind und die Lyrik der Gegenwart um neue Züge bereichern.

Überhaupt hat die bulgarische Literatur seit langem den Rahmen des Thesenhaften gesprengt und greift in lebendiger Verbindung mit dem sozialistischen Leben Fragen auf, die uns unmittelbar angehen, und zwar sind es meist moralisch-ethische Fragen und Probleme des Gegenwartsmenschen, denen sie nachgehen.

In dieser sehr knappen Übersicht war es unmöglich, tiefer auf die Fragen und Tendenzen der bulgarischen Literatur der Gegenwart einzugehen. Wir mußten uns darauf beschränken, jene Schriftsteller und Lyriker zu nennen, die heute ihren Charakter prägen und ihre wahrscheinliche Entwicklung und die Dimensionen ihrer ethischen und ästhetischen Werte erkennen lassen.

Verleihung der Herder-Preise 1970

Zum siebten Mal wurden 1970 die Gottfried-Herder-Preise der Freiherr-vom-Stein-Stiftung (Hamburg) verliehen, und zwar an sieben Wissenschaftler aus ebensoviele Staaten des ost- und südosteuropäischen Raumes. Die mit je 10 000 DM dotierten Herder-Preise, die alljährlich von der Wiener Universität zuerkannt werden, sind für jene ost- und südosteuropäischen Wissenschaftler bestimmt, die sich über die Staatsgrenzen hinweg um die gemeinsamen Ziele der Menschen auf literarischem, wissenschaftlichem und musikischem Gebiet bemühen.

Der diesjährige Festakt fand in Anwesenheit des österreichischen Bundespräsidenten Franz J o n a s im Festsaal der Alten Universität zu Wien statt. Zahlreiche Vertreter der österreichischen Bundes- und Landespolitik, Repräsentanten der Kirchen, Hochschulen und des Diplomatischen Corps unterstrichen durch ihre Anwesenheit die Bedeutung dieses Ereignisses: Dabei zu sein bei der Auszeichnung der Persönlichkeiten des europäischen Ostens und Südostens, deren Lebenswerk völkerverbindend gewirkt hat. Die Laudatio auf die diesjährigen Preisträger hielt Prof. Dr. Manfred M a y r h o f e r von der Universität Wien.

Ausgezeichnet wurden:

Der bulgarische Philosoph und Jurist, Prof. Dr. Zeko T o r b o v (Sofia). Torbov gilt als einer der verdienstvollsten und erfolgreichsten Mittler zwischen deutscher Philosophie und bulgarischer Bildung. Im Auftrag der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften konnte er 1967 nach achtjähriger Arbeit die Übersetzung von Kants „Kritik der reinen Vernunft“ vorlegen, der sich 1970 die Übersetzung der „Kritik der praktischen Vernunft“ anschloß. Mit Recht konnte daher Prof. Mayrhofer in seiner Laudatio Prof. Torbov als einen Mann loben, der seiner Nation den „bulgarischen Kant“ geschenkt habe. Der 1899 Geborene kam schon 1920 in ersten Kontakt mit deutscher Rechtswissenschaft und Philosophie, als Student in Berlin und Göttingen.

Der griechische Musiker und Komponist, Prof. Yannis A. P a p a i o a n n o u (Athen). Der Preisträger hatte schon mit sechs Jahren seinen Beruf ergriffen und das Klavierspielen autodidaktisch erlernt. Mit 24 Jahren war er bereits Professor für Musik am Griechischen Gymnasium, wo er 26 Jahre lang unter-

richtete. Er ist ein bedeutender Erforscher byzantinischer Musik. Als Stipendiat der UNESCO erhielt er 1949 zum erstenmal Kontakt mit der Zwölftonmusik. Er besuchte die wichtigsten Musikzentren Frankreichs, Italiens und der Schweiz.

Der jugoslawische Volks- und Völkerkundler, Prof. Dr. Milovan G a v a z z i (Zagreb). Prof. Gavazzi ist Korrespondierendes Mitglied der Südosteuropäergesellschaft und ihrer Arbeit von Anbeginn verbunden. Die Gesellschaft hat den Gelehrten 1969 mit der Jirecek-Medaille in Gold ausgezeichnet. Die Laudatio, die Prof. Dr. Mayerhofer auf Prof. Gavazzi hielt, hatte folgenden Wortlaut:

Mit Professor Milovan G a v a z z i wird ein Vertreter Jugoslawiens und ein Gelehrter auf dem Gebiet der Volks- und Völkerkunde geehrt. 1895 im kroatischen Gospić geboren, wurde er nach dem Doktorat in Zagreb und einigen Jahren als Mittelschullehrer 1922 Kustos an der Ethnographischen Abteilung des Kroatischen Nationalmuseums, studierte 1925 und 1926 als Staatsstipendiat slavische Volkskunde in Prag und wurde 1927 zum außerordentlichen, 1930 zum ordentlichen Professor der Ethnologie und Ethnographie an der Universität Zagreb ernannt. Nach 45 Dienstjahren trat Prof. Gavazzi 1965 in den Ruhestand, wirkt aber auch nach der Emeritierung als Honorarprofessor an seiner Fakultät weiter.

Seine wissenschaftlichen Interessen haben stets der Volksüberlieferung gegolten, doch haben verschiedene Brennpunkte seiner Forschungsarbeit einander abgelöst; beschäftigte sich der junge Akademiker vorwiegend mit den geistigen Schöpfungen, mit Poesie und Musik, so trat später, besonders in den Jahren der Museumstätigkeit, die Untersuchung der materiellen und sozialen Kultur in den Vordergrund. Von einer Vergleichung der Volkskultur aller slavischen Völker wurde zu Problemen der gemeineuropäischen Volkskulturkunde fortgeschritten; zugleich blieb sein aufmerksamer Blick stets auf die Völker der Balkanhalbinsel, vorwiegend die Südslaven und besonders die Kroaten, gerichtet.

Die Zahl der wissenschaftlichen Arbeiten Gavazzis, in mehreren Sprachen veröffentlicht, ist groß und zeigt die angedeutete Vielfalt der Thematik seiner Forschungsarbeit. In Buchform hat er 1939 zwei Bände über das Jahresbrauchtum der Kroaten, im Jahr darauf den „Abriß der kroatischen Volkskunde“ (Pregled etnografije Hrvata, Zagreb 1940) und 1944 ein Werk über Kroatische Volkskunst publiziert. Wenn ich aus der großen Zahl seiner Einzelstudien einige wenige hervorhebe, so ist diese Auswahl wohl willkürlich oder vielmehr persönlich: es ist eine Auswahl des dankbaren Benützers von Arbeiten Gavazzis, die besondere kulturhistorische und linguistische Relevanz haben, wie etwa „Die Namen der altslavischen Musikinstrumente“, „Die kulturgeographische Gliederung Südosteuropas“, „Methodisches zur Erforschung der orientalischen Elemente Südosteuropas“, „Beiträge zur altslavischen Kulturkunde“ oder „Zum Megalithentum Südosteuropas“. Mit Milovan Gavazzi wird der Herder-Preis einem Gelehrten verliehen, der als der beste Kenner des Volkstums seiner Heimat, zugleich als einer der hervorragendsten Volkskundler Europas gilt und dessen Interessen ihn seit Anbeginn über die Grenzen seines Vaterlandes hinausgeführt haben.

Der polnische Kunsthistoriker Prof. Dr. Jan B i a l o s t o c k y (Warschau). Dieser Gelehrte hat sich weit über die Grenzen seines Landes hinaus einen Namen gemacht. Als Vermittler westeuropäischer Kunst an ein polnisches Ausstellungs- und Lesepublikum hat er eine europäische Kulturaufgabe edelster Art erfüllt.

Der rumänische Schriftsteller und Lyrik-Übersetzer Zoltan F r a n y o. Das Übersetzerwerk Franyos umfaßt beinahe die gesamte Weltlyrik — vom Altertum bis in die Gegenwart, gesammelt in insgesamt 65 stattlichen Bänden. „Was aber in dieser Stunde“, führte Prof. Mayrhofer aus, „besonders genannt zu werden verdient, ist Franyos lebenslange Mittlerrolle zwischen den Literaturen in ungarischer, rumänischer und deutscher Sprache. Die rumänischen Dichter, von Eminescu an, hat er sowohl der ungarischen wie der deutschen Leserschaft nahegebracht. Er hat „Ungarische Lyrik der Neuzeit“ ins Deutsche, Goethes „Faust“ und die schönsten Gedichte Hofmannsthals und Rilkes ins Ungarische übersetzt. Ein feines dichterisches Einfühlungsvermögen und eine beneidenswerte Vielsprachigkeit — sie umfaßt neben den in frühen Jahren erworbenen Sprachen (Ungarisch, Rumänisch, Deutsch) die großen Sprachen Westeuropas, Russisch, Tschechisch, die klassischen Sprachen und das Altchinesische, schließlich Arabisch und Persisch — vereinigen sich bei Zoltan Franyo mit einer weltbürgerlichen Gesinnung, aus der seine Lebensaufgabe erwachsen mußte: die Sprachgrenzen zu überwinden und die Völker einander in den Schöpfungen ihrer erlesensten Geister nahezubringen.“

Der ungarische Lyriker, Romancier und Literaturhistoriker Gyula Illyés (Budapest). Er ist heute Vizepräsident des Internationalen PEN-Clubs.

Der tschechoslowakische Alt- und Prähistoriker Jan F i l i p, Ordinarius an der Universität Prag.

WALTER WUNSCH:

IV. Internationale Balkanologentagung in Graz

Vom 28. bis 30. Mai 1970 veranstaltete das musikethnologische Institut an der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Graz zusammen mit der Südosteuropa-Gesellschaft in München die IV. internationale Balkanologentagung. Sie stand unter dem Generalthema: Die südosteuropäische Volkskultur in der Gegenwart.

Mit Betrachtungen über die Bedeutung zwischenmenschlicher Beziehungen eröffnete Prof. Dr. Erich Marckhl als Präsident der Akademie die Arbeitstagung. Einer seit der ersten Balkanologentagung (1964) eingeführten Gepflogenheit folgend, wurden diesmal zwei Musikstudenten aus der Tschechoslowakei vorgestellt. Herr Otakar Bretšneider spielte zur Eröffnung einen Satz aus einem Klarinettenkonzert von Jan Evangelista Antonín Koželuh aus dem Ende des 17. Jahrhunderts und Frau Ružena Svobodová, Sopran, sang die Arie der Rusalka aus der gleichnamigen Oper von Antonín Dvořák.

- Die Tagung enthielt folgende Referate:
- Prof. Dr. Dragotin Cvetko, Ljubljana:
Die Volksthematik in der zeitgenössischen slovenischen Musik.
- Prof. Dr. Hasan Kalessi, Priština:
Orientalische Komponente in den albanischen Volksmärchen.
- Prof. Shëfqet Pllana, Priština:
Albanische Volksdichtung der Gegenwart in Kosovo.
- Dr. Martin Camaj, München:
Zum gegenwärtigen Stand der Volksdichtung in Albanien.
- Prof. Christos Vakarelaki, Sofia:
Alte Überreste in der Lebensweise der islamisierten Bulgaren in den Rhodopen.
- Prof. Dr. Vinko Žganeč, Zagreb:
Der glagolitische Gesang als kostbares kulturhistorisches Erbgut der Kroaten.
- Prof. Dr. Rayna Katarova, Sofia:
Volkskarneval im Dorf Lessichovo bei Pasardjik.
- Prof. Cvjetko Rihtman, Sarajevo:
Die Weisen der Kinderlieder in der Volkstradition Bosniens und der Herzegowina.
- Prof. Dr. Kurt Reinhard, Berlin:
Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen türkischer und griechischer Volksmusik.
- Prof. Dr. Olivera Mladenović, Beograd:
Neubelebungen alter Volkstanztypen in Jugoslawien.
- Prof. Dr. Milovan Gavazzi, Zagreb:
Die Erbschaft der Vergangenheit in der gegenwärtigen Volkskultur Südosteuropas.
- Prof. Dr. Radoslav Medenica, Beograd:
Charakterologisches und kulturhistorisches Profil der montenegrinischen Kurzgeschichte.
- Mr. Eth. Vitomir Belaj, Ptuj:
Einige Tiermasken Westbalkans: Versuch einer Determinierung.
- Wegen Erkrankung entfiel das Referat von Prof. Dr. Alois Schmaus: „Einige Beobachtungen zur Entwicklung der südslawischen Volksdichtung in der Gegenwart.“ Und wegen Zeitmangel das von Prof. Dr. Walther Wünsch: „Zur Folkloristik von heute“.
- Am 28. Mai 1970 waren die Referenten Gäste des Landeshauptmannes von Steiermark. In seiner Vertretung begrüßte der Landtagspräsident, Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren, die Gäste.
- Am 29. Mai 1970 hatte der Akademiepräsident, Prof. Dr. Erich Marckhl, zu einem geselligen Abend eingeladen. Dabei wurden durch Studierende der Musikakademie und des slawischen Institutes der Karl-Franzens-Universität zu Graz Volkslieder aus dem slawischen Kulturbereich vorgetragen. Frau Amalia Zeller sang bulgarische Volkslieder, Frau Ružena Svobodová Volksliedbearbeitungen von A. Dvořák und Herr Otakar Bretšneider spielte einen

Satz aus dem Klarinettenkonzert in Es-Dur von Václav Tuček. Ein Studentenchor unter der Leitung von Josef Kovačič sang slowenische Volkslieder. Die Klavierbegleitung besorgte Gerhard Zeller.

Als Abschluß der Arbeitstagung besuchten die Teilnehmer das österreichische Freilichtmuseum in Stübing bei Graz.

Die Grazer Balkanologentagungen finden alle zwei Jahre statt. Sie wurden inzwischen ein anerkannter Beitrag zur Förderung der Begegnungen mit Südosteuropa. Durch die besondere und dankenswerte Förderung seitens der Südosteuropa-Gesellschaft und ihres Wissenschaftlichen Beirates sowie des österreichischen Bundesministeriums für Unterricht waren die Durchführungen der Tagungen und die Publikationen ihrer Ergebnisse möglich. Die Arbeit und das Wirkungsfeld des musikethnologischen Institutes indessen stützen sich auf die Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Josef Matl und der Slawistik an der Karl-Franzens-Universität zu Graz.

STRAHINJA K. KOSTIĆ:

Eine Tagung der Internationalen Lenau-Gesellschaft

In Freiburg/Br., in der Stadt, die eben im Zeichen der 850. Jubiläumsfeier steht, auf dem klassischen Boden der deutschen Philosophie und Literaturwissenschaft, im Seminar für Philosophie der 1457 gegründeten Universität fand auf Einladung des Landes Baden-Württemberg im Rahmen der Wiener Internationalen Lenau-Gesellschaft eine Begegnung statt, an der namhafte Germanisten und Gelehrte aus der Bundesrepublik, ČSR, aus Österreich, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien teilnahmen. Prof. Dr. Gerhart Baumann begrüßte im Namen des Gastgebers, „der zweitältesten österreichischen Universität“, die Tagung, die vom 11. 5. (Anreisetag) bis zum 15. Mai 1970 (Abreisetag) dauerte; er gab seinem Bedauern Ausdruck, daß Prof. Heidegger und Prof. H. Friedrich aus Gesundheitsgründen nicht beiwohnen können und daß die vorgesehene Lesung Paul Celans nicht stattfinden könne, da der Dichter eben am Anreisetage bestattet werde. Dr. A. Mádl (Budapest) wies auf eine schöne Tradition der ILG hin und bemerkte, daß die vorliegende Tagung zwischen den beiden Jahresversammlungen, derjenigen in Temesvar (September 1969) und der bevorstehenden in Sindelfingen (Ende August 1970) stattfände. Namens der Landesregierung Baden-Württemberg begrüßte Staatssekretär Sepp Schwarz, Vizepräsident der ILG, diese Begegnung als „Tagung von Rang und Namen“.

Am ersten Arbeitstage hielt Prof. Dr. Eugen Fink (Freiburg) seinen anregungsvollen Vortrag „Weltschmerz der Melancholie“, in dem er in einer Synthese vom Denken und Dichten darauf hinwies, daß nichts gewaltsamer als der Mensch lebte, daß wir nie dem puren Geist begegneten, daß Geist und Körper unzertrennbar wären, der Körper aber nie absolut, und daß das Dichten als ein Freiheitsvorgang zu verstehen wäre.

Prof. Dr. Liviu Rusu (Klausenburg) führte in seinem Vortrag „Die Tiefenperspektive in der Erforschung literarischer Einflüsse“ am Beispiel einer Analyse die Beziehungen des rumänischen Dichters Mihail Eminescu zu Schopenhauer vor; im Bereich der deutsch-rumänischen literarischen und philosophischen Beziehungen sind Eminescus poetische Bilder sehr oft versifizierte Gedanken Schopenhauers, und zwar in einer Zeit, in der der Weltschmerz in der Poesie sehr oft ausgedrückt war. Eminescus Poesie erschöpfte sich aber nicht im Weltschmerz, im Pessimismus und Nirwana; der rumänische Dichter übte Kritik an der Gesellschaft im Sinne, daß die Tyrannei zugrunde gehen müsse.

In seinem Kurzvortrag „Lenaus Gedicht ‚Der Ring‘. Ansatzpunkt zu einer phänomenologischen Deutung“ nimmt Prof. Dr. Zoran Konstantinović (Belgrad) Husserls Phänomenologie zum Ausgangspunkt seiner Deutung des genannten Gedichtes von Lenau. Er faßt die Anregungen Husserls zusammen: Das Bewußtsein als Bewußtsein v o n etwas, als Zuwendung zum Gegenstand, der in einem ständig dahinfließenden Bewußtseinsstrom sich konstituiert.

Prof. Dr. Gerhart Baumann (Freiburg) hielt seinen höchst interessanten Vortrag „Hugo von Hofmannsthal: Andreas oder die Vereinigten und der neuere europäische Roman“, worin er sehr feine Analysen mit breiten Synthesen vereinigte und auf manche literaturwissenschaftliche Fragen ein neues Licht warf.

Am zweiten Tagungstag (13. 5.) gab Prof. Dr. Dezső Keresztury (Budapest) in seinem Vortrag „Das Bild in der Dichtung“ aufgrund seiner eigenen Erfahrung im Bereich des Übersetzens folgende Definition: „Eines der wichtigsten Ausdrucksmittel eines jeden Künstlers ist das Bild. Im Sprachkunstwerk erscheint dieses als ein erfahrungsmäßig, dem Ausdruckswillen des Künstlers angepaßtes seelisches Abbild von Teilansichten der Wirklichkeit, die zu einer neuen Einheit im Gedicht zusammengefügt werden. Also, eine stilistische Vision der Wirklichkeit.“

Prof. Dr. Gerhard Kaiser (Freiburg) zeigte in seinem Vortrag „G. Keller, Zum Thema der Säkularisation“ am Beispiel von „Romeo und Julia auf dem Dorfe“, wie im poetischen Bilde und poetischer Ausdrucksweise G. Kellers heilige Dinge profanisiert und profane geheiligt werden. In der Kindheit des paradiesischen Seins existierte ein Ideal; eine Handlung geschähe wie im himmlischen Jerusalem, das Mädchen sei wie die Braut aus dem Hohen Lied und der Jüngling spräche nicht selten mit dem Mädchen eine biblische Sprache.

In seinem Kurzvortrag „Literaturkritik und Marxistische Philosophie“ wies Dr. Danko Grlić (Zagreb) darauf hin, daß Marxens Schriften zur Literatur selbst als Grundlagen seiner Auffassungen zur Literatur zu betrachten sind, und nicht verschiedene andere Meinungen, die Marx unterschoben werden.

Durch seinen Kurzvortrag „Die Biographie“ ‚Leben und Werk‘“ hob Prof. Dr. Zdenko Škreb (Zagreb) hervor, daß die Erfassung eines dichterischen Kunstwerkes heute nicht mehr auf der Psychologie des Schaffens, sondern auf der Poetik des Geschaffenen beruht. Deshalb glaubt er, daß das bisherige Schema für die Dichterbiographie ‚Leben und Werk‘ ersetzt werden müsse, und zwar durch zwei ständig aufeinander bezugnehmende, aber selbständig verlaufende Forschungsrichtungen, einerseits Leben, anderseits Werk.

Elmar Tophoeven (Le Mesnil) vereinigte in seinem Vortrag „Möglichkeiten der Ermittlung und Vermittlung von Übersetzungsverfahren und Übersetzererfahrungen“ manche praktische und theoretische Fragen aus dem Bereich der Übersetzungskunst, und zwar in der heutigen Situation, da sich der Übersetzer auf den Wettbewerb mit Übersetzungsmaschinen vorbereiten muß.

Am letzten Tage (14. 5.) fand bei schönem Wetter ein schöner Ausflug an den Bodensee (Konstanz — Meersburg — Insel Reichenau — Birnau) statt, und am Abend hielt Prof. Dr. Karl Maria Grimme (Wien) seinen inhaltsreichen Vortrag „Topographie der Gegenwartsdramatik“, in dem er als gründlicher Kenner die gegenwärtige dramatische Literatur in Ost und West darlegte.

Während der Tagung kam es zu lebhaften Diskussionen, die die hergestellten germanistischen Kontakte vertieften und wiederholt bestätigten, daß die Lenau-Gesellschaft eine nützliche und fruchtbare Tätigkeit entfaltet.

ROBERT MACHOLD:

Zwei Musikausstellungen in Rumänien und in der Bundesrepublik Deutschland

In der Zeit vom 23. April bis 5. Juli 1970 fand in der Bundesrepublik Deutschland eine Wanderausstellung unter dem Titel „Musik in Rumänien“ statt. Diese Ausstellung, die im Rahmen des gegenseitigen kulturellen Austausches zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland organisiert wurde, war das Gegenstück zur deutschen Musikausstellung, die im Frühjahr 1969 vier Städte Rumäniens besucht hat.

Die Initiative zu diesen beiden Ausstellungen ging von dem deutschen Musikverleger Dr. Dr. h. c. Karl Vötterle aus, der nach seiner Teilnahme an den Enescu-Festspielen 1967 in Bukarest, sowohl die rumänischen auch als die deutschen amtlichen Stellen von der Wichtigkeit gegenseitiger Veranstaltungen dieser Art überzeugen konnte, um das kunst- und musikliebende Publikum des Gastlandes mit den neuesten Erzeugnissen der Musikverlage des Partnerlandes bekannt zu machen.

Bereits knappe zwei Jahre nach der ersten Fühlungnahme konnte die deutsche Musikausstellung in Rumänien ihre Pforten öffnen. Ausgestellt wurden rund 3000 Exponate — Gesamtausgaben großer Meister, Partituren und Klavierauszüge von Opern und Symphonien, Einzelstimmen, Schul- und Volksmusikwerke, musiktheoretische Bücher, sowie einige wenige Schallplatten. Vertreten waren die meisten Musikverlage der Bundesrepublik, nicht jedoch die Schallplattenfirmen, die eine Teilnahme abgelehnt haben. Die ca. 50 Schallplatten kamen aus der Sonderproduktion der Musikverlage und enthielten unbekannte Werke der Musikgeschichte (16.—18. Jh.), oder ganz moderne Stücke. Das Gesamtbild der Ausstellung wurde durch großformatige Fotografien älterer und neuerer Opernhäuser und Konzerthallen aufgelockert.

Die Auswahl der Exponate lag in den Händen von Prof. Dr. Heinrich Lindlar (Köln), Dr. Alfons Ott (München) und Dr. Wolfram Schwinger (Stuttgart), wäh-

rend die Zusammenstellung, der Aufbau und die Verschickung vom Goethe-Institut in München besorgt wurde. Die organisatorische Durchführung in Rumänien übernahmen das Staatskomitee für Kultur und Kunst in Zusammenarbeit mit dem Komponistenverband der Sozialistischen Republik Rumänien in Bukarest.

Die feierliche Eröffnung der deutschen Musikausstellung fand am 15. April 1969 in Bukarest, im Beisein hoher Persönlichkeiten des Kunst- und Musiklebens Rumäniens, sowie des deutschen Botschafters in Bukarest, Erich Straetling, statt. Prof. Zeno Vancea, Vizepräsident des Rumänischen Komponistenverbands, begrüßte die Gäste aus der Bundesrepublik. In seiner Festansprache verwies Dr. Karl Vötterle auf die völkerverbindende Mission der Musik und gab seiner Hoffnung Ausdruck, in Zukunft die musikalischen Bande zwischen den beiden Ländern noch enger zu knüpfen.

Nach einer zweiwöchigen Öffnungsdauer in Bukarest, ging diese Wanderausstellung unter der Leitung des Schreibers dieser Zeilen nach Jassy, Klausenburg und Kronstadt, wo sie jeweils etwa 14 Tage zu besichtigen war. Das Interesse der rumänischen Besucher war sehr groß, vor allem in den beiden Städten Siebenbürgens. Besonders Zuspruch fanden die Schallplatten, die auf Wunsch auf einem mitgeführten Plattenspieler abgehört werden konnten. In jeder der vier Städte entstand ein kleinerer oder größerer Kreis von Stammgästen, die fast täglich die Ausstellung besuchten, um eingehend die ausgestellten Noten und Bücher zu studieren und mit den Partituren oder Klavierauszügen die Schallplatten abzuhören. Besonders ergreifend war es den Musikstudenten zuzusehen, die tagelang die Lexikas und Enzyklopädien durchblättern und sich Notizen machten, um Material für ihre eigenen Arbeiten zu haben. Weiterhin war es eine große Genugtuung festzustellen, daß viele unter den — alten und jungen — rumänischen Musikern sehr wohl über die modernsten Strömungen der Musik der westlichen Länder Bescheid wußten.

Nach Schließung der Ausstellung am 26. Juni 1969 in Kronstadt, wurde das gesamte Ausstellungsmaterial als Geschenk der Bundesrepublik Rumänien übergeben und unter den drei Musikhochschulen des Landes (Bukarest, Jassy, Klausenburg) aufgeteilt.

Fast genau ein Jahr später kam die Gegenausstellung „Musik in Rumänien“, mit der Produktion des Staatlichen Rumänischen Musikverlages der letzten Jahre in die Bundesrepublik. Um dem deutschen Publikum einen guten Überblick über die rumänische Musik zu verschaffen, enthielten die rund 700 Exponate Kompositionen aller Gattungen wie: sinfonische Musik und Werke für Chor mit Orchesterbegleitung, Instrumentalkonzerte, Opern, Operetten und Ballettkompositionen, vokale und instrumentale Kammermusik, Acapella Chorwerke, Unterhaltungsmusik und Volksliedsammlungen. Neben den jüngsten Kompositionen des letzten Vierteljahrhunderts, kamen verschiedene Werke der älteren Generation zur Ausstellung, wie auch einige Werke großer Meister der Weltliteratur, derer sich der Staatliche Musikverlag angenommen hat, um die große Nachfrage im eigenen Land befriedigen zu können. Erwähnt seien aus der großen Zahl der rumänischen Komponisten nur die wichtigsten: George Enescu (1881—1955), Paul Constantinescu (1909—1963), Mihail Jora

(1891), Zeno Vancea (1900), Ion Dumitrescu (1913), Anatol Vieru (1926), Pascal Benteoiu (1927), Tiberiu Olah (1928), Wilhelm Berger (1929), Cornel Taranu (1934) und Alexandru Hrisanide (1936). Einige von den jüngeren Komponisten haben mehrere internationale Preise — auch im westlichen Ausland — gewonnen (Berger, Vieru), oder waren bereits des öfteren offizielle Gäste der Darmstädter Festspiele (Hrisanide, Olah, Țăranu).

Die musiktheoretischen Werke enthielten Bücher über Musikwissenschaft, Musikgeschichte und Musikpädagogik, Biographien, sowie Übersetzungen aus allen europäischen Sprachen, wie z. B. Brachvogels „Friedemann Bach“, Hindemiths „Unterweisungen im Tonsatz“, Romain Rollands Bücher über Beethoven u.v.a.

Einen nicht geringen Raum der Ausstellung nahmen schließlich die ca. 150 Schallplatten aus der Produktion der Bukarester Plattenfabrik „Electro-record“ ein, die während der Öffnungszeiten abgehört werden konnten. Neben Werken rumänischer Komponisten, rumänischer Volks- und Unterhaltungsmusik, waren auch Aufnahmen mit Kompositionen der Weltliteratur in der Interpretation rumänischer Künstler ausgestellt. Vermerkt sei die Tatsache, daß „Electrorecord“ nicht nur die bekannten Werke der musikalischen Klassik und Romantik aufgezeichnet, sondern sich auch der Kompositionen früherer Jahrhunderte (Lasso, Palestrina, Haßler, Monteverdi, Handl, Vivaldi, Pergolesi) angenommen hat.

Die Auswahl und Zusammenstellung der gesamten Ausstellung besorgten der Komponistenverband und das Staatskomitee für Kultur und Kunst der Sozialistischen Republik Rumänien. Die Organisation in der Bundesrepublik wurde vom Institut für Auslandsbeziehungen Stuttgart, in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat der Botschaft der Sozialistischen Republik Rumänien in Köln durchgeführt. Eine nicht geringe Hilfestellung — besonders in der Besorgung von Ausstellungsräumen und Verschickung von Einladungen — leisteten der Deutsche Musikrat in Hamburg und die Südosteuropa-Gesellschaft in München.

Die Ausstellung „Musik in Rumänien“ besuchte die folgenden vier Städte der Bundesrepublik: Köln (21. 4.—3. 5.), Hamburg (11.—21. 5.), Stuttgart (1.—13. 6.) und München (23. 6.—5. 7.).

Die feierliche Eröffnung fand am 21. April 1970 im Kölner Gürzenich statt, in Anwesenheit des Botschafters der Sozialistischen Republik Rumänien in der Bundesrepublik, Constantin Oancea, leitender Persönlichkeiten des Rumänischen Komponistenverbandes, des Auswärtigen Amtes, der Stadt Köln, des Institutes für Auslandsbeziehungen, des Deutschen Musikverlegerverbandes, der Südosteuropa-Gesellschaft und anderer kulturell-musikalischer Institutionen der Bundesrepublik.

Eigens zur Eröffnung in Köln sind der Vizepräsident und der Sekretär des Rumänischen Komponistenverbandes, Prof. Zeno Vancea und Wilhelm Berger, aus Bukarest angereist.

Die Begrüßung der rumänischen Gäste hat der Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg, Dr. Dr. h. c. Adalbert Seifriz, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrates des Institutes für

Auslandsbeziehungen, vorgenommen. Nach ihm würdigte Botschafter Oancea die Wichtigkeit dieser Ausstellung, als einen Teil der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Den Festvortrag hielt Prof. Zeno Vancea und nahm dann anschließend die offizielle Eröffnung der Ausstellung vor. Ausschnitte aus dieser Feier übertrug der Westdeutsche Rundfunk und das Fernsehen im Regionalprogramm.

Nachdem die Ausstellung knapp 14 Tage auf der Ausstellungsempore des Kölner Gürzenichs zu besichtigen war, ging sie unter der Führung von Frau Nadejdia Valcu, Abteilungsleiterin beim Rumänischen Komponistenverband, nach Hamburg (Museum für Völkerkunde), Stuttgart (Gewerkschaftshaus) und München (Theatermuseum).

Besonders betont werden soll, daß nicht nur in Köln, sondern in allen übrigen Städten die Behörden das größte Interesse und Entgegenkommen für die Ausstellung gezeigt haben. So wurden in Hamburg die rumänischen Gäste durch den erst wenige Tage vor der Eröffnung in sein Amt eingewiesenen Kultursenator Reinhard Philipp, in Stuttgart durch den Generalsekretär des Institutes für Auslandsbeziehungen, Dr. Michael Rehs, und in München durch Stadtrat Peck, in Vertretung von Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel, begrüßt. Auch der Norddeutsche Rundfunk in Hamburg und der Bayerische Rundfunk in München haben in ihren Funk- und Fernsehsendungen Ausschnitte aus der Ausstellung und Interviews mit Prof. Vancea und Frau Valcu ausgestrahlt.

Dagegen war der Publikumsbesuch, trotz öffentlicher Plakatierung und Anzeige in der Presse, leider unbefriedigend. Hier zeigte sich, daß die rumänische Musik in der Bundesrepublik kaum bekannt ist und daher das Interesse der Besucher nicht in dem Maße geweckt werden konnte, wie es diese wohlgedachte und bis in Einzelheiten gut ausgesuchte Ausstellung verdient hätte.

Verbunden mit der rumänischen Musikausstellung in der Bundesrepublik war auch ein öffentliches Symphoniekonzert mit Werken zeitgenössischer rumänischer Komponisten, das am 23. Juni 1970 im großen Konzertsaal der Hochschule für Musik in München, unter Mitwirkung des Symphonieorchesters Graunke, München (Leitung Kurt Graunke), und der Pianistin Sylvie Mercier (Paris) stattgefunden hat. Leider konnte das vorgesehene Konzertprogramm nicht genau eingehalten werden, weil die rechtzeitig in Bukarest abgeschickten Orchesterstimmen erst nach einer unerklärlich langen Odyssee in München eingetroffen sind.

So kamen die folgenden Werke zum Vortrag:

Alfred Alessandrescu: „Herbstdämmerung“, Skizze für Streichorchester

Zeno Vancea: Letzter Satz „Fuga“ aus dem Konzert für Orchester

Paul Constantinescu: Konzert für Klavier und Orchester.

Das erste Werk — eine Komposition im spätrömantischen Stil aus dem Jahre 1910 — war nur eine Verlegenheitslösung (weil die Orchesterstimmen dem Ausstellungsmaterial entnommen werden konnten) und stand anstelle der ursprünglich vorgesehenen Sequenzen für Streichorchester von Cornel Țăranu, einer der vielversprechenden rumänischen Komponisten der jüngeren Genera-

tion. Viel Beachtung jedoch fanden die beiden anderen Stücke dieses Abends, die Fuge Vanceas und das Klavierkonzert Constantinescus, da beiden Tonkünstlern eine Synthese zwischen der abendländischen Kunstmusik und der rumänischen Folklore gelungen ist.

Trotz der kurzen Probezeit spielte das Orchester unter der Leitung von Kurt Graunke hervorragend, ebenso die Solistin Sylvie Mercier.

In München hatten wir die Ehre, den Vizepräsidenten des Rumänischen Komponistenverbandes, Prof. Zeno Vancea, noch einmal begrüßen zu können.

Das gesamte Ausstellungsmaterial blieb als Geschenk des rumänischen Staates in der Bundesrepublik, wo es in der Musiksammlung der Bayerischen Staatsbibliothek in München aufbewahrt und dem interessierten Publikum zugänglich gemacht wird. Im Rahmen eines von der Südosteuropa-Gesellschaft gegebenen Empfanges hat Prof. Vancea zum Abschluß der Ausstellung die ausgestellten Bücher, Noten und Schallplatten dem Direktor der Bayerischen Staatsbibliothek München, Dr. Middendorf, in Anwesenheit von Prof. Dr. Hermann Groß, dem Vizepräsidenten der SOG, feierlich übergeben.

Diese beiden Musikausstellungen — die deutsche Ausstellung in Rumänien im vergangenen Jahr und die rumänische Ausstellung in der Bundesrepublik in diesem Jahr — können trotz einiger kleinen Pannen als ein großer Erfolg im kulturellen Sektor gewertet werden, auf deren Grundlagen die musikalischen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern weiter intensiviert werden können.

MARGIT PFLAGNER:

Die Türkenfrage in neuer Sicht

Turkologisches Symposium von Historikern aus dem pannonischen Raum in Mogersdorf

Im Mündungsgebiet der Lafnitz in die Raab liegen sich die beiden Grenzorte gegenüber: die kleine Bauerngemeinde Mogersdorf mit ihren rund 800 Einwohnern an der südöstlichsten Grenze des österreichischen Burgenlandes, die kleine Stadt St. Gotthard jenseits der Raab in Ungarn. Zwischen beiden, noch auf österreichischer Seite, zieht sich entlang des Flusses Raab das flache, etwas sumpfige Gelände, auf dem an jenem denkwürdigen 1. August 1664 das türkische Heer durch den kaiserlichen Feldherrn Montecuccoli eine empfindliche Niederlage erlitt. 8300 kaiserliche Soldaten, 1250 Verbündete, 7200 Mann Reichstruppen und ein französisches Hilfscorps von 6500 Mann, ein Heer, in dem Österreicher, Deutsche, Ungarn, Franzosen und Niederländer gemeinsam kämpften, stand einer Übermacht von rund 100 000 Türken unter der Führung des Großwesirs Ahmet Köprülü gegenüber. Der damals errungene Abwehrsieg wurde von der konventionellen Geschichtsschreibung als „Rettung des Abendlandes“ gefeiert und möglicherweise überschätzt, zumindest war er von seiten der Verbündeten nicht richtig ausgewertet worden. Fest steht, daß das Geschehen der Schlacht und alle mit ihr zusammenhängenden Ereignisse noch viel zu wenig erforscht sind, wie überhaupt die moderne Turkologie ihre Arbeit aus neuen Aspekten zu sehen beginnt.

Bereits anlässlich der 300-Jahrfeier der Schlacht von Mogersdorf, als Kreuz und Gedächtniskapelle errichtet wurden, war der Gedanke aufgetaucht, an dieser historischen Stätte eine Aussprache von Historikern aus jenen Ländern herbeizuführen, die einst von den Türkenkriegen am meisten betroffen gewesen waren und deren Forschungsarbeit sich entsprechend intensiv mit der Türkenfrage beschäftigte.

Die Burgenländische Landesregierung hat die Anregung zu einem sich periodisch wiederholenden Symposium nicht nur im Bewußtsein der Südostfunktion des Landes aufgegriffen, sondern sieht darin auch die Möglichkeit zu einem regelmäßigen akademischen Gedankenaustausch in Österreichs kleinstem Bundesland, das keine eigene Hochschule besitzt.

Das erste Symposium in Mogersdorf im August 1969 stand unter dem Motto „Österreich und die Türken“, und Historiker aus Österreich, der Bundesrepublik Deutschland, Ungarn und Jugoslawien nahmen daran teil. In 16 Vorträgen mit anschließender Diskussion wurden Teilgebiete behandelt, die in ihrer Gesamtheit das allgemeine Thema klärten und abrundeten. Eine Vorführung des ungarischen Filmes „Die Sterne von Eger“ und Besichtigungsfahrten nach Güssing, St. Gotthard, Körömd, Ják und Steinamanger gaben der Tagung ihre optische Ergänzung. Den Abschluß bildete die Uraufführung eines Mysterienspiels „Der Tor und der Tod“, ein szenisches Oratorium, Musik von Prof. Stummer, Wien, nach Texten von Hugo von Hofmannsthal und Rainer Maria Rilke. Es ist kaum bekannt, daß Rilke mit seiner Dichtung „Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke“ der Schlacht von Mogersdorf ein Denkmal gesetzt hat, inspiriert durch den Bericht des Grafen von Stauffenberg, eines Ahnherrn des 1944 standrechtlich erschossenen Claus Schenk von Stauffenberg.

Zum Thema der Tagung sprach als erster Univ.-Prof. Dr. Hans Wagner, Salzburg, und forderte grundsätzlich eine neue Orientierung: Die österreichische Geschichtsschreibung habe die Behandlung der Türkenfrage vernachlässigt und sie zu sehr aus westlicher Sicht gedeutet. Vorurteile müßten abgebaut werden, vor allem der „kulturelle Hochmut westlicher Prägung“. Die Forschung der Oststaaten, besonders Ungarns, müsse einbezogen werden, das Geschichtsdanken eine neue Beziehung zum Osten finden. Nach Überwindung der traditionellen nationalen Gesichtspunkte dürfen die Osmanen nicht länger als der „Erfeind des Christentums“ gelten; der unabschätzbare Einfluß auf kulturellem und verwaltungstechnischem Gebiet, den sie gerade auf die Völker des Balkans ausübten, kann nicht länger übersehen werden. Diese revolutionäre Forderung stand vom ersten Tag an als Leitgedanke über der Tagung.

Der bekannte ungarische Historiker Univ.-Prof. Dr. Géza Perjes, Budapest, behandelte das Thema „Ungarn und die Türken“ und konnte seine Forschungsergebnisse zur Kriegsgeschichte, Strategie, zum militärischen und psychologischen Verhalten der Türken zur Verfügung stellen, die sich auf das reiche Quellenmaterial stützen, das Ungarn infolge seiner jahrhundertelangen Besetzung durch die Türken gesammelt hat. Bedeutungsvoll ist vor allem Prof. Perjes' Appell zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen österreichischen und ungarischen Historikern, die endlich alle Vorurteile nach gemeinsam durchlebten guten und schlechten Zeiten überwinden müßten. Man müsse so weit

kommen, daß offene Probleme gemeinsam gelöst und lokale und partielle Möglichkeiten der Zusammenarbeit genützt werden könnten.

Einen wertvollen Beitrag lieferte Prof. Dr. Sinkovits, Budapest, in der Schilderung der schweren Opfer, die das ungarische Volk während der Türkenherrschaft auf sich genommen habe, und wies damit auf den Anteil hin, den Ungarn für die Verteidigung Europas geleistet hat.

Univ.-Prof. Dr. Kissling, München, drang mit seinem Vortrag, von der Schlacht bei Mogersdorf, dem kaum genützten Sieg und den Bedingungen des Friedens von Eisenburg ausgehend, in den Kern der Dinge vor. Er nannte den Sieg von Mogersdorf, von der kriegsgeschichtlichen Seite her gesehen, den Vorläufer des „türkischen Stalingrad von 1683“ und stellte die Frage, wie sich dennoch das arrogante Auftreten der türkischen Unterhändler am Wiener Hof erklären ließe. Prof. Kissling umschrieb sein Thema als eine „grobschlächtige Schilderung der internen Situation des osmanischen Reiches“ und gab ein interessantes und fesselndes Bild vom System des Sultanats und dem Restaurierungsversuch des Großwesirs Mehmet Köprülü und seines Sohnes Ahmet, der, wie gesagt, bei Mogersdorf Montecuccoli gegenüberstand.

Gewissermaßen von innen her gesehen, zeigte der Vortrag das Staatsgefüge der Osmanen, seinen Verwaltungsapparat, das Zusammenspiel der Kräfte, die es zur Spitze geführt und dann seinen langsamen Zerfall bewirkt hatten. Mehmet Köprülü, ein Mann aus dem Volke, der als Achtzigjähriger auf dem Gipfelpunkt seiner Macht stand, mußte sich rücksichtsloser und oft brutaler Methoden bedienen, um mit der Hofcliquenwirtschaft, der Ämterpatronage, der Vormachtstellung der Janitscharen und dem Schattendasein des Sultanats aufzuräumen; sein Sohn Ahmet hatte eine genau geplante, sorgfältige Erziehung erhalten und war ein geschickter Staatsmann, dessen Position in dem neuerwachten Selbstbewußtsein der Osmanen trotz der Niederlage von Mogersdorf nicht zu erschüttern war. Allerdings konnte er den Gelehrten nie ganz verleugnen — seinen Namen trägt noch heute die Bibliothek in Stambul, die er gegründet hat. Beide Köprülü aber haben mit ihrer Restaurierung der osmanischen Macht eine der bedeutendsten Leistungen der Weltgeschichte erbracht, die außerhalb der Orientalistik kaum bekannt ist, aber das Schicksal Südosteuropas auf Jahrhunderte bestimmt hat.

Das Schicksal der südslawischen Völker während der Türkenherrschaft vom 15. bis ins 18. Jahrhundert wurde von den jugoslawischen Teilnehmern des Symposions in Vorträgen behandelt, die ein bisher kaum bekanntes Bild der Ereignisse und ihrer Auswirkungen vermittelten. Univ.-Prof. Dr. Josip Zontar, Kranj, zeigte die große Wanderungs- und Emigrationsbewegung der einzelnen südslawischen Völker aus kultur-, sozial-, siedlungsgeschichtlicher und psychologischer Sicht. Die Probleme jener Emigranten und das menschliche Schicksal der Kroaten und Slowenen während der ständigen Türkenbedrohung sind in der österreichischen Geschichtsforschung kaum behandelt worden und verdienen gerade im Burgenland größte Beachtung. Prof. Zontar war es auch, der feststellte, daß es seines Wissens seit dem ersten Weltkrieg kein derartiges Treffen von Historikern aus dem pannonischen Raum gegeben habe, und daß die Ergebnisse dieses Symposions zu einer Weiterführung des Gedankens berechtigen.

Dr. Rudolf Neck, Wien, unternahm den Versuch, mit den falschen Vorstellungen über die Turkvölker aufzuräumen und den Kampf Österreichs in den Türkenkriegen vom weltgeschichtlichen Blickpunkt aus zu betrachten. Er warnte davor, das historische Verhältnis zwischen dem Abendland und den Türken von der planetarisch-humanistischen Ideologie her zu sehen. Die herkömmliche Unterscheidung zwischen Abendland und Morgenland hält Dr. Neck politisch für eine Fiktion, weil Europa schon immer starke Beziehungen zum Orient hatte.

Der bemerkenswerteste Vortrag von seiten der burgenländischen Gastgeber war die übersichtliche und von größter Offenheit getragene Darstellung der Geschichte des Burgenlandes von w. Hofrat Dr. Ernst, dem Leiter des Burgenländischen Landesarchivs, der eine übernationale und überkonfessionelle Konzeption für das Geschichtsbild des westungarischen Raumes verlangte. Ein Versuch, alte Vorurteile abzuwerten, das Einigende über das Trennende zu stellen und der Völkerverständigung im pannonischen Raum zu dienen.

Dr. Harald Prickler, Bgld. Landesarchiv, brachte mit seiner Forschungsarbeit über die Bocskay-Rebellion im österreichisch-ungarischen Grenzraum ein wichtiges Teilgebiet, das sich an den Vortrag von Dr. Fritz Bosch, Graz, „Die Türken in Innerösterreich“ ergänzend anschloß.

Das vor allem war das Positive an dieser Tagung, daß die Spezialbeiträge, ob sie sich nun auf die magyarischen Ortsnamen in Österreich, interpretiert von Univ.-Prof. Kranzmayer, ob auf türkische Einflüsse Kunst oder Bewaffnung bezogen, immer wieder vom Rand her zur Mitte vorstießen und damit eine große Zusammenschau auf das Bild einer Epoche ermöglichten. Aber nicht nur wissenschaftliche Bedeutung kommt dem historischen Symposium von Mengersdorf zu, es führt über die Arbeit an einem gemeinsamen Geschichtsbild zum besseren Verstehen der Völker im mitteleuropäischen Kernraum.

SÜDOSTEUROPA-STUDIEN — Nr. 14

Die Donau als Verkehrsweg Südosteuropas und die Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau

Referate der internationalen verkehrswirtschaftlichen Tagung der Südosteuropa-Gesellschaft 1969 in Augsburg und Regensburg

München 1969. 126 Seiten, broschiert DM 20.—

Der II. Internationale Südosteuropa-Kongreß in Athen

Nachdem der erste Internationale Kongreß für die Südosteuropa-Studien vom 26. 8.—1. 9. 1966 in Sofia stattgefunden hatte, vergab das Präsidium der Association Internationale des Études du Sud-Est Européen den zweiten Kongreß für die Zeit vom 7.—13. Mai 1970 nach Athen.¹⁾ Da durch den 21. 4. 1967 und die nachfolgenden Eingriffe in das Geistesleben Griechenlands sich die innenpolitischen Verhältnisse verändert hatten, mußte damit gerechnet werden, daß dies auch Rückwirkungen auf den Kongreß haben werde.

Das endgültige Programm des Kongresses wurde vom Sekretariat der AISEE im April 1968 in Paris festgelegt und lag bei Kongreßbeginn den Teilnehmern gedruckt vor.²⁾ Es sah für den Eröffnungstag (Donnerstag, den 7. Mai 1970) nach der Eröffnung mit den Ansprachen der Kongreßhonoratioren und einem Generalrapport von Dionysios Zakythinos über den gegenwärtigen Stand der Südosteuropa-Forschung Plenarsitzungen in fünf Sektionen (Geschichte, Literatur, Kunst und Archäologie, Linguistik und Volkskunde) vor, wobei zumeist Rapporte durch Korapporte ergänzt wurden. In den folgenden Tagen wurden die gedruckt vorgelegten Rapporte in vier Sektionen (Geschichte, Recht und Wirtschaft, Linguistik und Literatur, Volkskunde)³⁾ diskutiert und anschließend das umfangreiche Programm der Einzelvorträge abgewickelt. Am Samstagnachmittag (9. 5. 70) war ein gemeinsamer Ausflug nach Kap Sunion vorgesehen, am folgenden Sonntag bestand für die Kongreßteilnehmer die Wahlmöglichkeit zwischen einem Ausflug in die Argolis oder nach Delphi. Am Mittwoch, den 13. 5. 1970, wurde der Kongreß um 18 Uhr mit einer Schlußsitzung beendet.

Für die Hauptberichte und Korapporte hatte man eine große Zahl der besten Fachkenner gewonnen, von denen nur einige hier genannt seien (Pippidi, altgriech. Epoche; Danov, römische Sprache; Karayannopoulos, Mittelalter; Samardžić, Neuzeit — in der Sektion Geschichte; Dujčev, Mittelalter; Konstantinović, Neuzeit — in der Sektion Literatur; Condurachi — in der Sektion Kunst und Archäologie; V. Georgiev und Rosetti — in der Sektion Linguistik; Papadopoulos und Gandev — für Volkskunde).

Der Schwerpunkt der Kongreßarbeit lag naturgemäß in den Diskussionen und Einzelvorträgen der 17 Themenkreise. Dabei waren für die Aussprache

¹⁾ Ursprünglich war der September 1969 als Tagungszeit vorgesehen gewesen; auf französische Anregung wurde der Termin auf den Mai 1970 verschoben.

²⁾ AISEE: Deuxième congrès international des études du sud-est européen. Programme. Athènes 1970, 61 S.

³⁾ Es ist mir nicht recht klar geworden, weshalb man bei den Plenarsitzungen eine andere Sektionseinteilung wählte als bei den Teilsitzungen.

für die Rapporte jeweils 30—45 Minuten, für die Einzelvorträge 15 Minuten Sprechzeit und 10 Minuten Diskussionszeit vorgesehen.⁴⁾

Themenkreis 1 war der vor- und frühgeschichtlichen Chronologie Südosteuropas (Ägäische und anatolische Grundlage) gewidmet. Dabei spannte sich der Bogen von der anthropologischen Herkunft der Balkanvölker bis zu den bronzezeitlichen Wanderungen im Ägäisraum. Im Themenkreis 2 wurde das Verhältnis von Stadt und Land in Südosteuropa von der Antike bis zum Ende des 19. Jahrhunderts behandelt. Hier bezeichnen Referate wie „Die Chronologie der thrakischen Siedlungsnamen“, „Der Typus der spätantiken Palastvilla und sein soziologischer Hintergrund“, „Civitas, castrum und villa in Dalmatien im frühen Mittelalter“, „Probleme des viehzüchterischen Nomadismus“, „Regionalismus in den balkanischen Armeen des Byzantinischen Reiches“, „Stadt und Land im venetianischen Kreta im 14. und 15. Jahrhundert“, „Die rumänischen Städte und die griechische Diaspora im 19. Jahrhundert“ und „Stadt und Land in Südosteuropa im 19. Jahrhundert im Lichte zeitgenössischer tschechischer Zeugnisse“ die Breite der behandelten Thematik.

Im Themenkreis 3 befaßte man sich mit den Voraussetzungen der türkischen Eroberung Südosteuropas. Zwei Titel und Referate mögen für die anderen stehen: „Russische literarische Reaktionen auf den Fall von Konstantinopel und die osmanische Eroberung des Balkans“ und „Wirtschaft und Gesellschaft in der Region von Valona nach der türkischen Eroberung“.

Themenkreis 4 hieß „Geldwechsel und -umlauf in Südosteuropa in der Türkenzeit“. Hier reichten die Themen von „Münzfälschungen auf der Balkanhalbinsel vom 15.—17. Jahrhundert“ bis „Wirtschaftsbeziehungen der Balkanländer zum Donauraum“.⁵⁾ Gegenstand des Themenkreises 5 war der Niedergang des Osmanischen Reiches und die Bildung der Nationalstaaten. Auch hier mögen einige Themen stellvertretend für alle genannt werden: „Griechischer, türkischer und balkanischer Nationalismus — Versuch einer Differenzierung“; „August Theiner in seinem Engagement für die Kirchengeschichte der orthodoxen Balkannation“⁶⁾; „Über die Beteiligung der Frauen am Widerstand gegen die feudale Ausbeutung in Mazedonien“; „Der balkanische Philhellenismus während des griechischen Unabhängigkeitskrieges“; „Über den Handel Rußlands mit den Balkanländern im 18. und 19. Jahrhundert“; „Einige polnische Reisende in Albanien zu Beginn des 19. Jahrhunderts“, und „Der Fall des Osmanischen Reiches und die Entstehung der Staaten Syrien und Libanon“.⁷⁾ Den

⁴⁾ Nach meinen Beobachtungen war die Diskussionszeit im allgemeinen zu kurz. Voraussetzung für eine Verbesserung der Diskussionsergebnisse wären freilich einmal die Verteilung der Hauptberichte mindestens 3 Monate vor Kongreßbeginn und wohl auch der Verzicht auf zu spezielle Gegenstände in den Einzelvorträgen.

⁵⁾ Man sieht aus letzterem Beispiel, daß die Einordnung der Einzelreferate in die Themenkreise, die jedem Kongreßteilnehmer überlassen war, offenbar Schwierigkeiten machte.

⁶⁾ An diesem (und einer Reihe weiterer Referate) läßt sich ablesen, daß ein eigener Themenkreis „Geschichte der Forschung“ wünschenswert wäre.

⁷⁾ Hier wie bei einigen anderen Referaten vermag ich den Zusammenhang mit der Geschichte Südosteuropas nicht zu erkennen.

Themenkreis 6 beschäftigten „Südosteuropäische Privilegien und Abgabefreiheiten in der Osmanischen Zeit“. Hier wurden unter anderem angekündigt „Die religiösen Stiftungen begründet von türkischen Würdenträgern bosnischer Herkunft im Ägypten des 16. Jahrhunderts“ und „Lokale Streitkräfte und Befreiungskämpfe auf Zypern (1570—1670).“

Recht umfangreich war der Themenkreis 7: „Südosteuropa in der internationalen Politik vom 17. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts“. Die Referate erstreckten sich von „Der spanischen Politik gegenüber griechischen Aufstandsbewegungen im frühen 17. Jahrhundert“ über „Die Probleme der slowakischen Kolonisation in Südosteuropa“ und „Edward Everett und die Frage der Anerkennung des griechischen Staates (durch die USA) 1823/24“ bis zu „Streitfälle zwischen Balkanstaaten vor dem Internationalen Gerichtshof (in den Haag)“.

Im Themenkreis 8 sprach man über die griechischen Erbeeinflüsse in den Balkansprachen. Hier markieren Vorträge wie „Zur Vorgeschichte des Griechischen und der Griechen“ und „Zigeunerkundliches“ die äußersten Grenzfähle der Thematik. Im Themenkreis 9 ging es um die Ausbildung der Literatursprachen in den südosteuropäischen Ländern. Hier konnte man etwa Vorträge hören über „Die Balkanismen im Altslawischen“, über „Die Satzteilfunktion der südslawischen Klitika“, über den „Einfluß des Mönchtums auf die Ausbildung der griechischen Sprache“ und über „Rumänische Lehnwörter in der Mundart zweier ukrainischer Dörfer in der Dobrudscha.“

Der Themenkreis 10 war dem Humanismus in Südosteuropa gewidmet. Hier wurde u. a. referiert über „Das Erziehungsideal des Humanismus in Südosteuropa“, über „Äsop und Dositej Obradović“ und über „Momente des Einflusses der griechischen Antike auf die nationale Kultur Mazedoniens in der Mitte des 19. Jahrhunderts“⁸⁾. Im Themenkreis 11 wurden „Gemeinsame Züge der epischen Literatur bei den Balkanvölkern“ behandelt. Ich nenne wieder ein paar Beispiele, die die Vielfalt der Einzelthemen aufzeigen sollen: „Altalbanische Beziehungen der slowenischen Volksepik“, „Die epische Poesie der Walachen in Serbien“, „Die Klephten- und Haidukenlieder“ und „Die Sprichwörter aus den Befreiungskriegen der Balkanvölker“. Der Themenkreis 12 stand unter dem Thema „Die Romantik in den Literaturen der südosteuropäischen Länder“. Hier wurde z. B. berichtet über „Die Romantik in den balkanischen Dramen der (nationalen) Wiedergeburt“⁹⁾, über „Eine Novelle von Puškin über das Räuberwesen in der Moldau zu Beginn des 19. Jahrhunderts“ und über „Colbert und Griechenland“¹⁰⁾.

Im 13. Themenkreis wurde der Athos als künstlerisches Zentrum und seine Ausstrahlung in den südosteuropäischen Ländern untersucht. Von den fünf

⁸⁾ Hier scheint mir ein anderer als der in Deutschland übliche Begriff des Humanismus verwendet worden zu sein.

⁹⁾ In der französischen Übersetzung mißverständlich mit „Renaissance“ wiedergegeben.

¹⁰⁾ Der Minister Ludwigs XIV. scheint nicht so ganz in diesen Themenkreis zu passen.

hier angekündigten Vorträgen sei nur „Die Rolle des Chilandar-Klosters in den kulturellen Beziehungen zwischen Griechen und Slawen“ erwähnt.

Der Themenkreis 14 war der nachbyzantinischen Kunst in Südosteuropa gewidmet. Hier waren Referate über „Byzantinische Elemente in der Kunst der anatolischen Seldschuken“, über „Grundrichtungen der mittelalterlichen Wandmalereien in Bulgarien“ und über „Serbische illuminierte Manuskripte von der Mitte des 15. bis zum 18. Jahrhundert“¹¹⁾.

Der Themenkreis 15 über die Entstehung der modernen Kunst war mit zwei Vorträgen am schwächsten bestückt. Dagegen war das Angebot im Themenkreis 16 „Künste und Handwerk in den südosteuropäischen Ländern“ wieder sehr groß. Auch hiervon noch 2 Themen: „Die Instrumente orientalischen Ursprungs in der Volksmusik Jugoslawiens“, und „Die Architektur der Albaner in Jugoslawien“.

Der letzten Themenkreis (17) befaßte sich schließlich mit der Rezeption des byzantinischen Rechts in den Rechten der Balkanvölker. Hier wurde auch ein Referat über „Einige Elemente byzantinischen Ursprungs im Leben der Völker Jugoslawiens“ gehalten.

Diese Übersicht nach dem gedruckten Programm ist in zweifacher Hinsicht trügerisch. Einerseits täuscht sie darüber hinweg, daß die Vielfalt der vorgesehenen Beiträge noch viel größer war, andererseits läßt sie nicht erkennen, daß nach meiner Schätzung kaum 50 % der angesagten Vorträge auch tatsächlich gehalten wurden. Das hängt neben den unvermeidlichen individuellen Absagen damit zusammen, daß einige Staaten aus politischen Gründen keine oder nur ganz wenige Vertreter nach Athen entsandt hatten. Überhaupt nicht vertreten waren die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und die DDR. Sehr wenige Teilnehmer kamen aus Italien, Frankreich und der Bundesrepublik. Ob bei dem Ausbleiben anderer Referenten aus den USA und Großbritannien politische Motive eine Rolle gespielt haben, kann ich nicht sagen. Wie immer man dem griechischen Regime gegenüber eingestellt sein mag — ich bezweifle, ob der Boykott eines wissenschaftlichen internationalen Kongresses ein geeignetes Mittel der Beeinflussung der griechischen Regierung darstellt.

Angesichts des reichhaltigen Vortragsangebots und der beschränkten Zeit mußten die Veranstalter die einzelnen Sektionen nebeneinander tagen lassen. Dadurch war es schwer, wenn nicht unmöglich, all das anzuhören, was man gern gehört hätte. Mir schienen Veranstaltungen zu fehlen, bei denen die Vertreter verschiedener Fachrichtungen gemeinsam ein Problem von verschiedenen Seiten aus beleuchten konnten, etwa das Problem des Zerfalls der Zadruga unter seinen sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Aspekten. Weitgehend ausgeklammert war die Geschichte unserer eigenen Zeit. Gewiß hätte hier die Gefahr bestanden, daß die Vertreter entgegengesetzter Meinungen hart aufeinandergeprallt waren, aber das kann ja nie völlig vermieden werden, (und ist auch in Athen nicht ausgeblieben). Im übrigen lassen sich etwa

¹¹⁾ Meines Erachtens paßte der Vortrag über „Die Ballade von der Arta-Brücke“ nicht in diesen Themenkreis.

Fragen des Ersten Weltkrieges und der Zwischenkriegszeit unter Vertretern verschiedener politischer Lager heute doch schon in gewissem Umfange sachlich diskutieren. Regional waren unter den einzelnen Teilen Südosteuropas die ungarische Tiefebene und das historische Oberungarn (Slowakei) ausgesprochen unterrepräsentiert, obwohl in dem wissenschaftlichen Begriff „Südosteuropa“ zweifellos diese beiden Gebiete miteingeschlossen sind.

Die technische Organisation lag in den Händen des Nationalen Griechischen Komitees für die Südosteuropastudien, dessen Mitglieder sich große Mühe gaben, dem Kongreß zu einem guten Erfolg zu verhelfen. Tagungsort war die Panteios-Hochschule für politische Wissenschaften am Rande des Stadtzentrums von Athen, deren Räumlichkeiten für die verschiedenen Veranstaltungen ausreichten. Durch besondere Omnibusse waren die Hotels der Teilnehmer mit dem Tagungsort verbunden.

Neben dem Kongreßprogramm und dem Teilnehmerverzeichnis, bei denen die Fahnenkontrolle offenbar nicht sehr sorgfältig gewesen war, erhielten alle Teilnehmer fünf Bibliographien als Geschenk¹²⁾. Soweit ich es übersehen konnte, waren von allen Kongreßreferaten, sowie von den Kongreßrapporten gedruckte Fassungen vorhanden, bei denen freilich das Fehlen einer sachkundigen Korrektur sich unangenehm bemerkbar machte¹³⁾.

Mit Ausnahme des Südosteuropa-Komitees der Bundesrepublik hatten alle in Athen anwesenden Nationalkomitees eine Buchausstellung beschied, in der die wichtigsten Neuerscheinungen zur Geschichte und Kultur Südosteuropas in den letzten Jahren gezeigt wurde.¹⁴⁾ Dafür hatte die Bundesrepublik als einziges Land einen speziell zu diesem Kongreß zusammengestellten Band wissenschaftlicher Aufsätze drucken lassen, von dem eine größere Anzahl von Exemplaren an die führenden Fachvertreter unter den Kongreßbesuchern verteilt wurde.¹⁵⁾ Ansonsten hatte nur das Rumänische Nationalkomitee die Résumés seiner Mitglieder zusammengedruckt¹⁶⁾, während von einigen Referaten der albanischen Teilnehmer jeweils Manuskriptdrucke zur Verfügung gestellt wurden.

¹²⁾ Cinq ans de bibliographie historique en Grèce 1965—1969. Athènes 1970, 133 S.; Bibliographie de l'art byzantin et postbyzantin 1945—1969. Athènes 1970, 115 S.; Bibliographie d'archéologie grecque 1945—1969. Époque hellénique. Athènes 1970, 136 S.; Bibliographie hellénique de la préhistoire 1945—1969. Thessalonique 1970, 118 S. und Modern Greek culture. A selected bibliography. 3rd. revised edition. Athens 1970, VIII, 110 S.

¹³⁾ Inwieweit sich dabei die verspätete Zusendung der Résumés durch die Referenten auswirkte, kann ich nicht beurteilen.

¹⁴⁾ Von griechischer Seite wurde auch ein Katalog zu der naturgemäß umfangreichsten Abteilung dieser Ausstellung erstellt: Exposition du livre grec organisé à l'occasion du 2ième congrès international d'études du sud-est européen. Athènes 1970, 38 S.

¹⁵⁾ Beiträge zur Südosteuropa-Forschung ... hrsg. von H.-G. Beck und A. Schmaus. Rudolf Trofenik, München 1970. 210 S. — Beiträge zur Kenntnis Südosteuropas und des nahen Orients 10.

¹⁶⁾ Communications — résumés — présentées au IIe congrès international d'études du sud-est européen. Bucarest 1970, 84 S.

Über die Qualität der einzelnen Kongreßbeiträge ein Urteil abzugeben ist schwierig, einerseits weil man ja nur einen kleineren Teil hören konnte, zum anderen weil man immer nur für ein kleines Gebiet ein sachkundiges Urteil abgeben kann. Jedenfalls hat es den Anschein, als hätte es eine Reihe weniger qualifizierter Referate gegeben. Ob das durch eine stärkere Kontrolle von seiten der einzelnen Nationalkomittees in Zukunft zu unterbinden wäre, erscheint fraglich.

Die dominierende Kongreßsprache war das Französische, dann folgt in einigem Abstand das Deutsche und wieder in einigem Abstand das Englische. Russisch und Italienisch wurden nur von einer kleinen Anzahl von Referenten verwendet. Da aber die Kenntnis der fünf europäischen Weltsprachen nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, wäre bei künftigen Kongressen zu überlegen, ob man nicht die Referate simultan in eine zweite Weltsprache übersetzen könnte.

Die Unterrichtung der Kongreßteilnehmer über das Ausfallen von Vorträgen war ungenügend. Das machte sich besonders dadurch nachteilig bemerkbar, daß beim Nichterscheinen einzelner Referenten in den Sektionen der jeweilige Nachfolger vorgezogen wurde. Dadurch wurde mancher wohlgedachte Plan eines „wandernden“ Kongreßbesuchers durcheinander gebracht, weil er nun häufig zu spät kam. Nach meiner Meinung hätte man es lieber bei dem festgelegten Plan belassen sollen und die freibleibende Zeit zur Verlängerung der Diskussion bzw. zu privaten wissenschaftlichen Gesprächen nutzen sollen.

Gerade in letzteren liegt ja ein nicht zu unterschätzender Wert solcher Kongresse. Praktisch alle Abende waren aber durch die an sich gutgemeinten Einladungen von Nationalkomittees, Botschaften, Forschungsinstituten usw. besetzt. Hier sollten künftig die Einladungswilligen sich freiwillig Zurückhaltung auferlegen.

Ein Gesamturteil auf der Basis einer Prüfung aller Vorträge wird erst möglich sein, wenn der vorgesehene Druck vollendet sein wird. Einstweilen wird man wohl sagen dürfen, daß der Kongreß eine Fülle von Anregungen vermittelt und dadurch zu einer weiteren Vertiefung der wissenschaftlichen Erforschung Südosteuropas beigetragen hat.

Vorankündigung

12. Internationale Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft

Die technisch-wissenschaftliche Revolution im XX. Jahrhundert — ihre Auswirkungen in Deutschland und in Südosteuropa

vom 11.—15. Oktober 1970 in Ellwangen/Jagst.

I. Referenten*) und Themen:

- 1.) Prof. Dr. Karl R u p e r t (München):
Einleitung und Zusammenfassung.
- 2.) Prof. Dr. O. A n w e i l e r (Bochum):
Wissenschaftlich-technische Revolution und Reform des Bildungswesens.

*) Referenten alphabetisch. Daher keine Aussage über Themenfolge!

- 3.) Prof. Dr. Robert G e i p e l (München):
Raumrelevanz des Bildungsverhaltens.
- 4.) Prof. Dr. Martin G r e i f f e n h a g e n (Stuttgart):
Probleme der Technokratie.
- 5.) Prof. Dr. Andreas H e g e d ü s (Budapest):
Probleme der Entwicklung der Soziologie in den sozialistischen Staaten Südosteuropas (besondere Berücksichtigung Ungarns).
- 6.) Prof. Dr. Cvetko K o s t i ć (Belgrad):
Die globale Gesellschaft Jugoslawiens und die technisch-wissenschaftliche Revolution.
- 7.) Prof. Dr. Costin M u r g e s c u (Bukarest):
Die Erschließung der Begabungsreserven und die technischen Ausbildungsmöglichkeiten in Rumänien.
- 8.) Prof. Dr. V. M u ž i ć (Zagreb):
Die Entwicklung der Schulsysteme Jugoslawiens unter besonderer Berücksichtigung der technischen Schulen und Universitäten bzw. Technischen Hochschulen.
- 9.) Prof. Dr. S t e f a n o v (Sofia):
Die technisch-wissenschaftliche Entwicklung und Ausbildung in Bulgarien.
- 10.) Prof. Dr. Albrecht T i m m (Bochum):
Stand und Probleme der Technikgeschichte seit 1945.
- 11.) Dr. Axel W e r n e r (Stuttgart):
Aspekte der Umweltplanung.
- 12.) Dr. Theodor Z o t s c h e w (Kiel):
Die technisch-wissenschaftliche Entwicklung in Südosteuropa im XX. Jahrhundert.
- 13.) Dr. Emmanuel K a n e t a k i s (Athen):
Das griechische Bildungs- und Hochschulsystem unter besonderer Berücksichtigung der Technologie.
- 14.) N.N. aus der Türkei.

II. Gesellschaftliches Programm:

- 1.) Empfang der Staatsregierung von Baden-Württemberg im Barocksaal des Schlosses ob Ellwangen.
- 2.) Ein Folklore-Abend in Ellwangen. Landestrachten und mittelalterliche Kostüme.
- 3.) Traditioneller Ellwangen-Festschmaus im Schloßhof: Ochs am Spieß im Stil der Fürstpropste.
- 4.) Gemeinsame Exkursion von Ellwangen nach Nördlingen, Dinkelsbühl und Rothenburg ob der Tauber. Mahlzeit in der Burgschänke von Schloß Walstein.

III. Studien und Informationsreise für die Gäste aus Südosteuropa durch die Bundesrepublik Deutschland.

Reiseroute: Ellwangen — Stuttgart — Frankfurt — Bonn-Köln — Nürnberg — München.
Betriebsbesichtigungen, Museen, Theater, Empfänge.

XXII. WIRTSCHAFTSTAGUNG DES DONAUEUROPAISCHEN INSTITUTS WIEN

Das Donaeuropäische Institut Wien (Präsident: Vizekanzler a.D. Dr. Fritz Bock) veranstaltete in Salzburg vom 31. Mai bis 4. Juni 1970 seine XXII. Jahrestagung, die aktuelle Wirtschaftsprobleme unter dem Aspekt donau- und gesamteuropäischer Außenhandelsbeziehungen behandelte. Unter Beteiligung von insgesamt zweihundert Vertretern der Diplomatie, der Industrie, des Exporthandels, der Wirtschaftswissenschaften, aus einem Dutzend Staaten wurden Referate von hohem Niveau geboten. Die Vorträge waren überwiegend an Problemen der Außenhandelspraxis, industrieller Struktur- und Steuerpolitik orientiert. Wie der Präsident des Institutes, Dr. Fritz Bock, in seinem zusammenfassenden Bericht betonte, wird es auch künftig das besondere Anliegen des Donaeuropäischen Instituts (DEI) sein, von Wien aus — als Durchgangs- und Vermittlungsstelle — bestehende Ost-West-Beziehungen auszubauen und zu fördern. Das DEI Wien werde wissenschaftlich und publizistisch, im persönlichen Verkehr mit prominenten Partnern des Auslandes jene Ergänzungsfunktionen fortsetzen, in deren Zeichen 1948/49 die Gründung des Instituts erfolgt war.

Überregionale Problemkreise behandelten Bundesminister a.D. Dr. Lujo *Tončić-Sorinj*, Generalsekretär des Europarates Straßburg und S. Exz. Lennart *Petri*, Kgl. Schwedischer Botschafter in Österreich. Dr. *Tončić-Sorinj* befaßte sich u.a. mit den seit etwa zwei Jahren bestehenden Arbeitskommissionen auch für Nichtmitglieder, die gemeinsame internationale Fragen behandeln (unter Ausklammerung militärischer, ideologischer und rein wirtschaftspolitischer Themen). An diesen Aktivitäten des Europarates beteiligen sich fallweise und unterschiedlich Oststaaten. Botschafter *Petri* verstand es ausgezeichnet, skandinavische Probleme zu den EWG- und EFTA-Staaten sowie zu den volksdemokratischen Donauländern in Beziehung zu setzen.

Das Wechselverhältnis der donauländischen Außenwirtschaften zum Westen kam besonders im Referat Sr. Exz. des Ersten Stellv. Außenhandelsministers Prof. Dr. Jenő *Baczoni*-Budapest und in den Darlegungen des Vorstandsmitglie-

des der Allgemeinen Warentreuhand A.G., Dr. Wilhelm *Hendricks*-Wien zur Sprache. Stellte Prof. *Baczoni* den „Modellcharakter der exportorientierten Wirtschaft Ungarns und ungarisch-österreichischer Abkommen seit 1959 in den Vordergrund, so machte Dr. Hendricks dem Zuhörerkreis aus Industrie und Handel die Mittlerrolle Wiens als Umschlagplatz zwischen West und Ost, zwischen zivilisatorischen und Entwicklungsbereichen deutlich. Von Budapest Seite wurde für den Verkehr mit Österreich die Meistbegünstigungsklausel als Wunsch zur Debatte gestellt, während Ungarn die Multilateralisierung des Warenverkehrs als weniger vordringlich zu erachten scheint. Dr. Hendricks erwähnte insbesondere eine Verrechnungsstelle in Wien, die den warenaugebundenen Austausch- und Parallelverkehr zwischen West und Ost, Nord und Süd abwickeln hilft — nicht zuletzt auch für ca. 200 ausländische Niederlassungen von Handels- und Exportgesellschaften auf Wiener Boden. Transaktionen und Transit mit dollarknapen Teilhabern haben Wien auf diesem Gebiet seit kurzem den Vorrang vor Zürich bzw. Bern verschafft. Ein Thema, das gerade auch westdeutsche Wirtschaftsfachleute unmittelbar ansprach, behandelte Dr. Hellmuth *Klauhs*, Generaldirektor der Genossenschaftlichen Zentralbank A.G. Wien unter den aktuellen Stichworten „Wachstumsgesetze und Kapitalmarkt“.

Da ein Autounfall den Bukarester Ministerialrat Dr. Costin Chiritescu daran gehindert hatte, „Die Rolle der großen Industriezentralen in der Wirtschaft Rumäniens“ zu behandeln, blieb der dritte Vortragstag amerikanisch-europäischen und einem ausgezeichneten gesellschaftspolitischen Überblick der Gegenwart vorbehalten. Der amerikanische Professor, Robert A. *Mundell*, Department of Economics, University of Chicago, bot dem interessierten Fachgremium eine Behandlung der „Dollarära und die europäische Währungsintegration“, an der sein „spezifischer Vorschlag“ besonders hervorgehoben sei. Einen ausgezeichneten Abschluß bot Dr. Wilfried *Haselauer*, Kammeramtsdirektor der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Salzburg, mit seinem Blick auf die Zukunft des gewerblichen Mittelstandes, dessen Chancen er in einer differenzierteren Gesellschaft der kommenden Jahrzehnte überzeugend aufzeigte. Otto Rudolf Ließ.

KURZ BERICHTET:

OTTO GEORG PIRKHAM
65 JAHRE

Dr. jur. Otto Georg Pirkham, Direktor mit Generalvollmacht der Deutsche Bank AG, feierte am 27. Juli 1970 seinen 65. Geburtstag. Der 1905 im Pola der k. und k. Monarchie geborene Jubilar vertritt seit Jahren die Deutsche Bank AG im Kuratorium der Südosteuropa-Gesellschaft. Obwohl der Jubilar in gut zwei Dutzend anderen Gremien bedeutender Unternehmen bzw. Ausschüssen der Wirtschaft an hervorragender Stelle wirkt, hat er der Südosteuropa-Gesellschaft stets sein besonderes Wohlwollen geschenkt. Seine weitreichenden Bezie-

hungen sind der Arbeit unserer Gesellschaft immer zugute gekommen. Insbesondere verdanken die jährlichen Großveranstaltungen der Gesellschaft im Plenarsaal der Deutschen Bank zu Frankfurt Direktor Dr. Pirkham ihren großzügigen Rahmen. In seinem Antwortschreiben auf die Gratulation des SOG-Präsidenten bekannte der Jubilar und Freund des europäischen Südostens: „Ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit versichern, wie sehr ich darüber befriedigt bin, dem Kuratorium der Südosteuropa-Gesellschaft anzugehören und gemeinsam mit Ihnen an den Zielen der Gesellschaft mitzuarbeiten, die Beziehungen zu den Staaten Südosteuropas zu pflegen.“ Die Gesellschaft ruft dem Jubilar ein herzliches „Ad multos annos!“ zu.

IMMANUEL BIRNBAUM SZ

Botschafter deutscher Kultur

Der Präsident des Goethe-Instituts, Peter Pfeiffer, wird 75

Die aus der Pfalz stammenden Brüder Pfeiffer haben alle eine ehrenvolle Rolle im öffentlichen Leben Deutschlands gespielt. Der älteste war schon im Reichstag der wilhelminischen Zeit wegen seiner kulturpolitischen Aktivität als „Kunst-Pfeiffer“ bekannt; er war später Botschafter der Weimarer Republik in Wien. Der jüngste, Peter Pfeiffer, der heute erstaunlicherweise schon 75 wird, hat es in einer langen diplomatischen Karriere, die ihn nach Prag und Moskau, Paris, Rom und Algier führte, ebenfalls zum Botschafter gebracht. Stresemann schätzte seine vielseitige Verwaltungserfahrung und machte ihn zum Leiter seines Ministerialbüros; Adenauer übertrug ihm den noch höheren Posten eines Inspektors aller auswärtigen Vertretungen der Bundesrepublik.

Pfeiffers Hauptinteresse lag aber immer auf dem Gebiet des Bildungswesens, und so wurde er der Gründer und erste Leiter der deutschen Diplomatenschule, die in seinem Geburtsort Speyer den Nachwuchs unseres Auswärtigen Dienstes heranbildet. Als er vor acht Jahren in den amtlichen Ruhestand treten mußte, übernahm der unverändert aktive Diplomat das Präsidium des Goethe-Instituts für die Pflege deutscher Sprache und Kultur im Ausland. Das wurde für ihn keineswegs ein Ruheposten, für das Münchner Institut vielmehr der Anfang einer Erweiterung und Intensivierung der Tätigkeit. Die Verselbständigung der nichtamtlichen Organisationen für unsere auswärtige Kulturpflege fand in diesem erfahrenen und vielseitig gebildeten Verwaltungsmann die wertvollste Stütze. Für Peter Pfeiffer ist der Name Goethes nicht nur ein Aushängeschild seines Instituts. Er stellt in öffentlichen Ansprachen wie in seiner stillen Koordinierungsarbeit immer wieder unaufdringlich die Beziehung dieser Kulturarbeit der Gegenwart zur höchsten deutschen Bildungstradition her.

EHRENDOKTOR FÜR GEORG FAHRBACH

Senator h. c. Georg Fahrbach, Vorsitzender des Vorstandes der Württembergischen Hypothekenbank, wurde von der Universität Tübingen, Fachbereich Biologie, mit der Würde eines Ehrendoktors ausgezeichnet. Hierdurch soll sein jahrzehntelanges Wirken für den Naturschutz und die Landeskultur gewürdigt werden. Dr. h. c. Georg Fahrbach gehört seit vielen Jahren auch dem Kuratorium der Südosteuropa-Gesellschaft an, der er dank seiner weitreichenden Verbindungen wiederholt nachhaltigt Hilfe geleistet hat. Die Südosteuropa-Gesellschaft freut sich darüber, daß diesem für die Belange des europäischen Südostens so aufgeschlossenem Mitglied eines ihrer leitenden Gremien diese Ehrung zuteil geworden ist.

WILHELM REITER 60 JAHRE

Am 5. Juli dieses Jahres konnte unser langjähriger Mitarbeiter Wilhelm Reiter, Südosteuropareferent im Institut für Auslandsbeziehungen Stuttgart und ständiger Mitarbeiter der Südosteuropa-Gesellschaft, seinen 60. Geburtstag feiern. 1910 in Königshof (Banat) geboren, widmete sich Wilhelm Reiter zeit seines Lebens der Pflege und dem Ausbau kultureller Kontakte zu den Ländern Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn. Insbesondere durch den Aufbau eines regelmäßigen Besucheraustausches mit den genannten Ländern hat sich Wilhelm Reiter nach Wiederanknüpfung der kulturellen Beziehungen einen Namen gemacht und Verdienste erworben. Seine Einfühlungsgabe in das Wesen und die Psyche unserer südosteuropäischen Nachbarn haben ihn zu einem Pionier in der Herstellung besserer Beziehungen zum europäischen Südosten gemacht. Die Südosteuropa-Gesellschaft wünscht ihrem Mitarbeiter noch viel Glück und Erfolg.

KH

GASTARBEITERDELEGATION BEIM BUNDESPRÄSIDENTEN

Bundespräsident Gustav Heinemann empfing am 21. Juli 1970 Vertrauensleute ausländischer Gastarbeiter zu einem ausführlichen Gespräch. Die sechs Sozialbetreuer von italienischen, spanischen, griechischen, türkischen und jugoslawischen Arbeitnehmern unterrichteten den Bundespräsidenten über die Rechtsstel-

lung von Gastarbeitern vor deutschen Gerichten und erörterten die Möglichkeiten, Gastarbeiter rechtlich besser beraten zu können. Ein weiteres Gesprächsthema war die Wohnungssituation der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. PIB

DEUTSCH-JUGOSLAWISCHE SOZIALVERSICHERUNGS- VERHANDLUNGEN

Das zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien am 12. Oktober 1968 ausgehandelte Sozialversicherungsabkommen ist am 1. September 1969 in Kraft getreten. Es stellt die Angehörigen des Partnerstaates in Bezug auf die Sozialversicherung den eigenen Staatsangehörigen gleich und regelt die Gewährung von Leistungen über die Grenzen hinweg.

Nach Unterzeichnung einer Durchführungsvereinbarung am 9. November 1969 in Bonn nahm eine jugoslawische Delegation Verhandlungen bei der Landesversicherungsanstalt Niederbayern-Oberpfalz in Landshut über die näheren Einzelheiten des Vollzuges des Abkommens auf. Diese Anstalt ist im Rahmen des Abkommens als deutsche Verbindungsstelle für die Arbeiterrentenversicherung für das ganze Bundesgebiet zuständig. Gegenwärtig arbeiten rund 264 000 Jugoslawen in der Bundesrepublik. Die fünf bayerischen Landesversicherungsanstalten sind Verbindungsstellen für zwischenstaatliche Abkommen über Sozialversicherung und betreuen in dieser Funktion nahezu zwei Drittel aller Gastarbeiter im Bundesgebiet.

DEUTSCH-JUGOSLAWISCHE KOOOPERATION IN BERLIN

Ein Modellfall deutsch-jugoslawischer Kooperation ist in diesen Tagen in Berlin entwickelt worden. Am 1. Juli wurde in Berlin die deutsch-jugoslawische Firma Centerra gegründet. Ihre Gründer sind das jugoslawische Unternehmen Centrotex, Belgrad, und die Berliner Firma Terra Handelsgesellschaft. Die Firma ist bisher die einzige gemischte Handelsgesellschaft ihrer Art in der Bundesrepublik einschließlich Berlins mit deutschen und jugoslawischen Geschäftsführern. Die eigene Verbindung soll neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnen und die Marktpositionen erweitern. Die jugoslawischen Partner äußerten anlässlich der Gründung, daß sie den Zusammen-

schluß mit einer Berliner Firma eingegangen seien, da aus jugoslawischer Sicht der Standort Berlin für den Handel mit Ost- und Südosteuropa sehr vorteilhaft ist.

Das jugoslawische Außenhandelsunternehmen Centrotexil aus Belgrad weist einen Jahresumsatz von 1 Mrd. DM auf. Centrotexil sind 60 Produktionsbetriebe angeschlossen, die Textilien, Lederbekleidung und Schuhe herstellen. Centrotexil verfügt über 28 eigene Filialen zwischen Sidney und Moskau. Die Terra Handels-Gesellschaft hat Niederlassungen in München, Paris, London und Zürich.

Wie die Firma Terra Handels-Gesellschaft mitteilt, hat die Centrotexil Belgrad bereits die feste Zusage gegeben, sich an der Interchic im Herbst dieses Jahres zu beteiligen. Die jugoslawische Seite beabsichtigt, in diesem Zusammenhang einen Jugoslawien-Tag zu veranstalten.

REGE ZUSAMMENARBEIT BELGRADER MASCHINENFABRIK MIT FIRMEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die Belgrader Maschinenfabrik „Ivo Lola Ribara“ hat einen Kontrakt über den Absatz ihrer Produktion des Jahres 1971 und größtenteils auch des Jahres 1972 unterzeichnet. Auf diese Weise hat das Werk sein Absatzproblem voll und ganz gelöst. Die Firma stellt nach einer Lizenz der Maschinenfabrik „Weingarten“ mechanische Pressen her und liefert diese an das Volkswagenwerk. Außerdem fertigt die Fabrik verschiedene Maschinenteile zur Kunststoffherzeugung auf Bestellung der Firma Krauss-Maffei.

Zu den Geschäftspartnern dieser jugoslawischen Fabrik gehört auch die Firma Renault, die von ihr mit Maschinen für die Motorenindustrie beliefert wird.

(TANJUG / 4. 8. 70)

ZAGREBER WERKZEUGMASCHINEN- FABRIK UNTERZEICHNETE FÜNFJÄHRIGEN KOOPERATIONS- VERTRAG MIT FÜHRENDEM DREHBANK-HERSTELLER IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die Zagreber Werkzeugmaschinenfabrik „Prvomajska“ hat soeben einen Vertrag über die fünfjährige Kooperation mit einem in der Welt führenden Hersteller von Drehbänken, der Firma Gebr. Böhringer GmbH., unterzeichnet.

„Prvomajska“ wird im Laufe von fünf Jahren der genannten Firma 1500 Drehbänke liefern. Der Wert dieser Lieferungen, die im letzten Quartal 1971 beginnen sollen, wird sich auf 7,5 Mill. Dollar belaufen.

(TANJUG / 4. 8. 70)

BISHERIGE KAPITALANLAGEN DES AUSLANDES HABEN DIE INTEGRATION DER JUGOSLAWISCHEN WIRTSCHAFT BESCHLEUNIGT UND WERDEN AUFGRUND NEUERLASSENER VORSCHRIFTEN SICHER NOCH WEITER ERHOHT WERDEN

Nach der Inkraftsetzung des Gesetzes über die Einfuhr ausländischen Kapitals vom Jahre 1967 hat Jugoslawien in seiner Bilanz rund 20 bedeutsame Verträge zwischen einheimischen und ausländischen Partnern zu verzeichnen.

Wie die vorliegenden Daten beweisen, ist das ausländische Kapital vor allem an der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Landwirtschaft, der Automobilindustrie, der Elektroindustrie und insbesondere des Fremdenverkehrs interessiert. In letzter Zeit ist auch das Interesse an Investitionen in der chemischen und metallurgischen Industrie, an der Eisen- und Buntmetallverhüttung, etwas gestiegen.

Die bisherigen Kapitalanlagen des Auslandes in der nationalen Wirtschaft hat nach dem Urteil jugoslawischer Fachleute eine Konzentration des inländischen Kapitals bewirkt und die Integration der Wirtschaft beschleunigt.

Fast über Nacht sind beispielsweise Interessengemeinschaften in einzelnen Wirtschaftszweigen entstanden, die allein die Bildung von Konsortien mit ausländischen Firmen bezwecken.

Sachkenner stellen unterdessen fest, daß die bisherigen Investitionen noch unter den erwarteten liegen. Vertreter der heimischen Wirtschaft betonen jedoch, daß mit einem raschen Nachlassen der Zurückhaltung ausländischer Finanzkreise zu rechnen ist, nachdem die bisher noch im Wege stehenden Mißverständnisse und Dilemmata hinsichtlich des Kapitaltransfers, der Gewinnbeteiligung und der Mitgestaltung der Geschäftspolitik durch die neuerlassenen gesetzlichen Bestimmungen, die eine Klärung dieser Problematik herbeiführten, nunmehr ausgeräumt sind.

(TANJUG / 4. 8. 70)

SPD-DELEGATION IN JUGOSLAVIEN

Auf Einladung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und der Bundeskammer der Sozialistischen Allianz der Werktätigen traf am 31. August 1970 eine Delegation der SPD unter Leitung von Herbert Wehner in Belgrad ein. Der Delegation gehörten ferner die Mitglieder des SPD-Parteipräsidiums Annemarie Renger MdB, Volkmar Gabert MdB (der bayerische SPD-Chef gehört dem Kuratorium der Südosteuropa-Gesellschaft an), Prof. Ernst Schellenberg MdB und andere Persönlichkeiten an. Während ihres einwöchigen Aufenthaltes in Jugoslawien wurden die Delegation von Staatspräsident Josip Broz Tito und zahlreichen Regierungsvertretern zum Meinungsaustausch empfangen. Die deutschen Sozialdemokraten fanden in Presse, Funk und Fernsehen große Beachtung.

INTERNATIONALE ASPEKTE DER KULTURPOLITIK

Das Auswärtige Amt, Bonn, teilt mit: Vom 24. August bis 2. September 1970 wird in Venedig eine zwischenstaatliche Konferenz der UNESCO über institutionelle, administrative und finanzielle Aspekte der Kulturpolitik stattfinden. Die Konferenz wird sich mit folgenden Hauptgebieten beschäftigen:

1. Die Funktion der Behörden bei der Definition und Einhaltung der Ziele der kulturellen Entwicklung;
2. Förderung der Organisation der kulturellen Entwicklung durch den Staat;
3. kulturpolitische Forschung;
4. internationale kulturelle Zusammenarbeit und die Rolle der UNESCO im Hinblick auf kulturpolitische Fragen.

Es ist vorgesehen, diesem ersten Versuch einer weltweiten Konferenz über Kulturpolitik weitere, wahrscheinlich regionale Konferenzen folgen zu lassen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird durch eine elfköpfige Delegation vertreten sein, die unter der Leitung des Präsidenten der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Kultusminister Vogel, steht. Der Delegation gehören Vertreter von Bund, Ländern und Städten sowie aus dem Bereich der Hochschulen und der mit UNESCO-Fragen befaßten Stellen an.

Die deutsche Seite begrüßt das Zustandekommen der Konferenz lebhaft, die einen wertvollen Gedankenaustausch mit

einer Vielfalt von Ländern bringen wird und weitere Ansatzpunkte für eine internationale Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet schaffen kann.

Bulletin, 25. August 1970

BESUCH EINER DELEGATION DER UNIVERSITÄT VON TIRANA IN JUGOSLAWIEN

Am 29. 7. 1970 traf in Priština, dem Zentrum der jugoslawischen Provinz Kosovo, eine Delegation der Staatsuniversität von Tirana unter Leitung ihres stellvertretenden Rektors, Professor Osman K r a j a, ein.

Die Delegationsmitglieder und Vertreter der Universität Priština haben über gegenseitige Zusammenarbeit und über Möglichkeiten des Austausches von Literatur sowie über die Anstellung von Lektoren von der Universität Tirana in Kosovo gesprochen.

Es wurden ferner Gespräche über den Austausch von wissenschaftlich-pädagogischem Personal, über gemeinsame wissenschaftliche Veröffentlichungen, über Möglichkeiten der Veröffentlichung von Arbeiten jugoslawischer Wissenschaftler in besonderen Zeitschriften der Universität Tirana und umgekehrt, sowie über mögliche Arbeiten an gemeinsamen wissenschaftlichen Forschungsprojekten geführt.

(TANJUG)

**Internationale
Fremdenverkehrstagung
der Südosteuropa-
Gesellschaft
MÜNCHEN
7.-10. Dezember 1970**

PUBLIKATIONEN:

KARL HNILICKA:

DAS ENDE AUF DEM BALKAN 1944/45
DIE MILITARISCHE RÄUMUNG JUGO-
SLAVIENS DURCH DIE DEUTSCHE
WEHRMACHT

*Band 13 der Studien und Dokumente
zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges.
Herausgegeben vom Arbeitskreis für
Wehrforschung in Stuttgart. (Musterschmidt-Verlag) Göttingen-Zürich 1970.
404 Seiten. 20 Bildseiten. 28 Landkarten
und Skizzen. DM 72.—*

1955 begann der Musterschmidt-Verlag in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis für Wehrforschung in Frankfurt, jetzt Stuttgart, mit der Herausgabe der Reihe „Studien und Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges“, die hervorragende Arbeiten bekannter Gelehrter und besonders qualifizierte Arbeiten jüngerer Forscher enthält.

Die Arbeiten gelten ebenso umfassenden Fragen des Kriegsgeschehens auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen, wie auch wichtigen Einzelproblemen, die allgemeines Interesse beanspruchen können.

Das vorliegende Buch behandelt — auf ebenso breiter wie solider Quellenbasis (darunter sehr viele Akten, besonders deutsche und jugoslawische, die bisher überhaupt noch nicht genutzt waren) und nach Auswertung fast aller Tagebücher, Memoiren, Darstellungen und vom Verfasser geführter Gespräche und Korrespondenzen mit Akteuren des Geschehens u. a. mit Generaloberst Franz Halder, Generalmajor Curt Ritter von Geitner, Generaloberst Mihailo Apostolski, Generalmajor Fanyo Tudjman u. v. a. — jene dramatische Phase des Zweiten Weltkrieges in Südosteuropa, die im besonderen durch die Rolle Titos und seiner Partisanen zur politischen Neuordnung dieses Raumes führte. Auf der Basis der politischen und militärischen Entwicklung seit 1918 gibt der Verfasser eine in sich abgeschlossene Darstellung des Kriegsgeschehens unter besonderer Berücksichtigung des Partisanenkrieges und seiner Probleme und Auswirkungen sowohl für die Partisanenbewegung selbst als auch die deutschen Südostkräfte.

Der Autor ist ständig bestrebt, den Blick vom faktischen Geschehen auf die Leitideen zu lenken. Er beschränkt sich

nicht auf einzelne typische und prinzipiell bedeutende Probleme des Kriegsgeschehens in Südosteuropa, speziell in Jugoslawien während der Zeit von 1944/45. Vielmehr schildert und würdigt er im zeitlichen Rahmen seiner Studie alle wichtigen deutschen, jugoslawischen, rumänischen, bulgarischen und sowjetischen Planungen und Handlungen nicht nur in ihrem Für und Wider, sondern hauptsächlich in ihrer Zielsetzung und Wirkung. Der Verfasser legt neben den politischen und militärischen Plänen und Maßnahmen die strategischen und operativen Entscheidungen Deutschlands und der Südoststaaten dar. So gelingt es ihm, die komplexe Wirklichkeit des Geschehens so gut wie eben möglich zu erschließen.

Hervorzuheben ist das hohe Maß an Objektivität bei der Behandlung des Quellenmaterials, das von Vorurteilen und patriotisch gefärbten Fälschungen belastet ist.

Wolfgang Schade

BORIS B. PJOTROWSKI, URARTU

*26. Band der Archeologia Mundi (Nagel)
München—Genf—Paris 1969 230 S., 70
mehrfarbige und 57 schwarzweiße Abbil-
dungen. DM 40.—*

Dieser Band der Reihe Archeologia Mundi ist Urartu gewidmet. Auf dem ungeheuren Gebiete, das heute die Wissenschaft Archäologie darstellt, ist dies eine relativ moderne Provinz. Die historische Bedeutung des Wan-Reiches in der ersten Hälfte des letzten Jahrtausends vor Christus war so gut wie vergessen, als die Berichte eines Reisenden und die originale Kunst gewisser Metallarbeiten, entdeckt von im Geheimen wirkenden Ausgräbern, die Aufmerksamkeit auf Armenien lenkten. Und erst seit kaum mehr als dreißig Jahren erlaubt die Feldforschung, die Quellen durch Neuentdeckung epigraphischer Texte und durch die Ausgrabung der zuweilen erstaunlich gut auf dem Boden der alten Festungen bewahrten Spuren der urartäischen Zivilisation zu verifizieren, zu präzisieren und zu ergänzen.

Der vorliegende Band stammt aus der Feder eines hervorragenden Fachmannes auf dem Gebiet der vorderasiatischen Archäologie, Professor Boris B. Pjotrowski, Direktor der Eremitage in Leningrad und Leiter der archäologischen Studien in Armenien. Neben einem eingehenden

geschichtlichen Abriß zeichnet diese tiefgreifende Analyse die notwendige Gegenüberstellung der urartäischen und der assyrischen Welt und enthüllt dabei Werte einer bisher verkannten Kunst, die der Nagel-Verlag optimal reproduziert.

Das Verdienst, daß die urartäische Kultur einer zweitausendjährigen Vergessenheit entrissen worden ist, gebührt neben den Forschern der Sowjetunion, die großangelegte Ausgrabungen in Sowjet-Armenien durchgeführt haben, den neueren Forschungen in der Türkei. Seit den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts ist ein schrittweise sich entfaltendes Interesse an den urartäischen Ausgrabungsstätten in der Türkei zu verzeichnen. Im heutigen Staatsgebiet der Türkei lag das Zentrum des urartäischen Königreiches. Und nachdem auch auf den internationalen archäologischen Kongressen dem urartäischen Königreich ein ständig wachsendes Interesse entgegengebracht wird, ist es nur zu begrüßen, daß der Nagel-Verlag diesem Kulturkreis eine eigene Studie gewidmet hat. Wenn man beachtet, daß immer mehr Einzelstudien erscheinen, die sich mit den Beziehungen der Urartäer zu den Skythen, zum Kaukasus, zu Kleinasien und zum Mittelmeerraum befassen, wird man das vorliegende Werk umso mehr begrüßen. Auch die Südosteuropaforschung wird sich damit zu befassen haben, denn es gibt bereits Beweise über Verbindungen zwischen der urartäischen und der archaischen griechischen Kunst, ja sogar zur etruskischen. Besonders die neueren türkischen Forschungsergebnisse haben gezeigt, daß das urartäische Kulturerbe ausgedehnter ist, als vermutet war. Und Pjotrowski schließt mit Recht: „Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Archäologen auf der Schwelle zu neuen bedeutenden Entdeckungen stehen, die weitere Impulse zum Studium dieses alten Königreiches nach so vielen Jahren der Vernachlässigung geben werden.“ (S. 41) K. Hnilicka

DIE BERGWELT JUGOSLAWIENS

32 Seiten Text, 136 Fotos, 7 Wanderskizzen, 18 Tourenvorschläge, eine farbige Übersichtskarte, Halbbalacron mit laminiertem Überzug DM 28.—. BLV Verlagsgesellschaft München-Basel-Wien.

„Urlaub in Jugoslawien“ damit verbinden sich in jedem Jahr für Hundert-

tausende von Touristen Begriffe wie „Sonne, Meer und Strand, romantische Inseln, malerische Städte und Dörfer“. Dieses Ferienparadies bietet jedoch mehr als nur einen mehr oder minder faulen Badeurlaub. Wer würde vermuten, daß man nach einem Frühlingsspaziergang unter blühenden Mimosen nur 25 km von Rijeka entfernt im Firnschnee über die Hänge der rund 1500 m hohen Berge Sujeznik oder Risnjak gleiten kann? — In Jugoslawiens Bergen finden Bergsteiger, Bergwanderer und Skifahrer herrliche Möglichkeiten — abseits von den überfüllten Zentren des Alpinismus.

Wer mehr darüber wissen möchte, sei auf den neuen BLV-Band „Die Bergwelt Jugoslawiens“ hingewiesen. Den einzigartigen Zauber und die ungewöhnliche Schönheit dieser Bergregionen zeigt das Buch in 136 ganzseitigen Fotos. Der Textteil informiert über das Land und seine Geschichte, gibt eine Charakteristik der Gebirge in den einzelnen jugoslawischen Republiken. Alles Wissenswerte über den Alpinismus in Jugoslawien wie Anschriften der Bergsteigerverbände, Anzahl der alpinen Stützpunkte ist in einem eigenen Kapitel zusammengefaßt. Dazu kommen insgesamt 18 Vorschläge für Touren in den Julischen- und Kamniker Alpen, Nord-Velebit, National-Park Paklinica, Bjelasnica, Durmitor und Prokletije. 7 Wanderskizzen und eine farbige Übersichtskarte tragen zur guten Orientierung bei.

Diese Neuerscheinung ist eine „Fundgrube“ für jeden Bergfreund, der eine unberührte Gebirgs- und Urwaldwildnis sucht und Stille und Einsamkeit — fast wie in den Pionierzeiten des Alpinismus — erleben möchte.

K. H.

DEUTSCH-JUGOSLAWISCHE INVESTITIONSVERTRÄGE

Zwischenbilanz der Expertengespräche. Herausgegeben von der Bundesstelle für Außenhandels-Information, Ausländisches Wirtschafts- und Steuerrecht. Band 43, Köln 1970.

Die Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Ausländisches Wirtschafts- und Steuerrecht, hat in Ergänzung zu Band 39: „Die neuen jugoslawischen Gesetze über ausländische Investitionen“ und Band 41: „Das jugoslawische Unternehmensrecht“ Anfang 1970 als Band 43 der Reihe „Ausländisches Wirtschafts-

und Steuerrecht" eine Zwischenbilanz der Expertengespräche über die deutsch-jugoslawischen Investitionsverträge veröffentlicht.

Die Schrift gibt zunächst das Protokoll der deutsch-jugoslawischen Sachverständigengespräche über Investitionen in Jugoslawien vom 10. 7. 1969 wieder, die im Rahmen der deutsch-jugoslawischen Unterkommission für Fragen der Kooperation und industriellen Zusammenarbeit stattfanden.

Von deutscher Seite waren sie getragen vom Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., von jugoslawischer Seite von der Bundeswirtschaftskammer in Belgrad.

Das Protokoll gibt eine gute Übersicht über den Stand der geklärten und der noch offenen Fragen auf diesem Sektor.

Ziffer 2 der Veröffentlichungen enthält einen Tätigkeitsbericht des Sprechers der Unterkommission für Fragen der Kooperation und industriellen Zusammenarbeit, Dr. Helmut Kraft, Ludwigshafen, den er am 27. 10. 1969 in Belgrad anlässlich einer gemeinsamen Sitzung der Bundeswirtschaftskammer Belgrad und einer Delegation des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Köln, erstattet hat.

Die Ziffer 3 bringt auszugsweise den Text des Vortrages „Deutsch-jugoslawische Investitionsverträge zur Finanzierung gemeinsamer industrieller Vorhaben“, den Dr. Hans-Jürgen Moecke, Köln, von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation bei dem Internationalen Seminar des Wirtschaftsinstituts Split vom 15. bis 18. 4. 1969 „Die Industrie und die Häfen“ gehalten hat.

Der unter Ziffer 4 veröffentlichte Wortlaut des Vortrages von Prof. Dr. Nikola Balog bei demselben Seminar ist dem Thema „Der rechtliche Rahmen für die Finanzierung großer wirtschaftlicher Vorhaben“ gewidmet.

Der auf demselben Forum gehaltene Vortrag von Herrn Miroslav Nedeljković vom Bundessekretariat für Wirtschaft, Belgrad, ist dem Thema „Neue Formen der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen“ gewidmet.

Im Anschluß daran veröffentlicht derselbe Autor einen Vortrag über das Thema „Modell eines Vertrags über die gemeinschaftliche Investition“, den er auf der Tagung des Instituts für Außenhandel

in Vrnjačka Banja vom 16. bis 17. Mai 1968 gehalten hat.

Im Anhang werden die einschlägigen Änderungen und Ergänzungen der jugoslawischen Unternehmensgesetzgebung 1968/69 auch in ihrer textlichen Fassung wiedergegeben.

Die als Untertitel gewählte Bezeichnung „Zwischenbilanz der Expertengespräche“ charakterisiert den Inhalt der Veröffentlichungen treffend. Die Schrift ist eine ausgezeichnete Einführung in die Problemstellung, die sich bei Kooperations- und Beteiligungsverträgen mit Jugoslawien ergibt. Man wird mit Interesse der Veröffentlichung des Textes eines Vertragsentwurfs für einen Kooperations- bzw. Beteiligungsvertrag mit Jugoslawien und weiteren Erfahrungen auf diesem Gebiet entgegensehen.

H. H.

JOHANN ADAM STUPP:

GEORG TRAKL. DER DICHTER UND
SEINE SUDOSTDEUTSCHE ABKUNFT

Donauschwäbisches Schrifttum H. 14.
Stuttgart 1969, 36 S., DM 6.—.

Die vorliegende Schrift hat es sich zur Aufgabe gemacht, die südöstliche Komponente im Werk von Georg Trakl herauszustellen und so von dieser Seite her einen Beitrag zum Verständnis des Dichters zu liefern. Es handelt sich in diesem Zusammenhang um eine erstmalige Erforschung der Vorfahren Trakls, die väterlicherseits aus dem westlichen Ungarn stammen. Die Geschichte dieser Bürger und Landwirte aus Sopron (Odenburg) hat Stupp in minutiöser und liebevoller Weise herausgearbeitet; sie bietet zugleich eine Reihe bemerkenswerter wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Aspekte, die über das rein Biographische hinausführen. Darin mag ein besonderes Verdienst der Arbeit liegen. Mütterlicherseits ist Trakl mit Prag und Wien verbunden. Die Eltern, die in Sopron heirateten, zogen später nach Salzburg, wo auch der Dichter geboren wurde. Trakl selbst hat Ungarn mehrfach besucht; Spuren dieser Aufenthalte finden sich in seinem Werk.

Die Schrift ist mit Tafeln und Abbildungen ausgestattet. Sie wird vor allem dort Freude hervorrufen, wo nach dem Menschen Trakl gefragt wird.

Walter K u c h e r

ERNST TROST:
DIE DONAU — LEBENS LAUF EINES
STROMES

(Molden) Wien 1968. 499 Seiten. DM 26.—

Ernst Trost hat die Donau nicht nur gesehen, er hat sie auch erlebt: an Bord eines Schleppschiffes, als Gast bei Zöllnern und Schmugglern, als Reporter in Belgrad und Peterwardein, als Wanderer durch die kontrastreichen Uferlandschaften und als Historiker, der nicht nur der großen Geschichte, sondern auch den kleinen Episoden nachspürte und sie aufschrieb, liebenswert, fesselnd und unterhaltsam. Für ihn ist die Donau mindestens so exotisch wie der Indus und kaum weniger abenteuerlich und faszinierend als Nil und Mississippi. Und wer den Lauf der Donau von den altdeutschen Residenzstädtchen an der Quelle, vorbei an Heurigenschänken, Barockklöstern und feudalen Palästen bis zur Mündung verfolgt, wird ihm zustimmen. Denn die Donau legt vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer an die 3000 Kilometer zurück, quer durch den Kontinent und senkrecht durch die Jahrtausende, als der europäischste aller Ströme Europas und zugleich deren erregendster. Sie bildet Grenzen und verbindet Völker, muß Deutsch, Slowakisch, Ungarisch, Kroatisch, Serbisch, Rumänisch, Bulgarisch und Russisch verstehen und noch die Idiome zahlloser Minderheiten dazu; ihr Wasser spiegelt gotische Kathedralen, türkische Minarette, nüchtern-symmetrische Wohnblocks, romantische Burgen und Kleinstädte, gottverlassene Steppen und Pußtädörfen, und dann wieder Metropolen wie Wien, Budapest und Belgrad oder Residenzen wie Sigmaringen, Regensburg, Passau, Esztergom.

Der Verfasser, Ernst Trost, ist nicht nur einer der führenden außenpolitischen Publizisten Österreichs, sondern — das zeigt auch dieses Buch — ein Feuilletonist von Rang. — hn —

FORDITÁSOK A NÉMET NYELVBOL.
BIBLIOGRÁFIAI SOROZAT, KIADJA
MONNIG RICHÁRD.

Inter Nationes — Bad Godesberg.
Magyar 1948—1965. Göttingen — Vandenhoeck & Ruprecht 1967. 38 S.

In der verdienstvollen, von *Inter Nationes* herausgegebenen bibliographischen Reihe „Übersetzungen aus der deutschen

Sprache“ liegt nunmehr auch ein Verzeichnis der ungarischen Übersetzungen aus den Jahren 1948—1965 vor. Sinn und Zweck solcher Bibliographien werden in dem von Richard Mönning gezeichneten Vorwort treffend formuliert: „Übersetzungen sind Spiegelbilder der lebendigen geistigen Beziehungen zwischen den Nationen. Zur Formung des Bildes, das man sich hüben und drüben voneinander macht, können sie einen wesentlichen und bleibenden Beitrag leisten.“ Dem wäre noch hinzuzufügen, daß man auch darauf schließen kann, auf welchem Gebiet des Geisteslebens die deutschsprachige Welt der ungarischen etwas zu bieten hat. In dieser Hinsicht ist es z. B. auffallend, daß nur protestantische religiöse Schriften übersetzt wurden, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung Ungarns katholisch ist. Vergleicht man diese Titelsammlung mit der die gesamte ungarländische Buchproduktion erfassenden „Nationalen Bibliographie“, so wird die gleiche ideologische Ausrichtung im Sinne des Marxismus—Leninismus unverkennbar. In den weltanschaulich und politisch mehr oder weniger neutralen Bereichen, wie z. B. Technik, Naturwissenschaften, teilweise auch schöne Literatur, scheinen die geschäftlichen Gesichtspunkte, d. h. die Nachfrage, eine wesentliche Rolle bei der Auswahl der übersetzten Werke gespielt zu haben. Davon zeugen oft die gesondert verzeichneten Neuauflagen.

Bemerkenswert ist, daß die Bibliographie auch die außerhalb Ungarns erschienenen Übersetzungen enthält. Ihre Zahl ist freilich gering. Ausdrücklich wird im Vorwort darauf hingewiesen, daß auf Vollständigkeit kein Anspruch erhoben werden kann und die Originalwerke nicht zur Verfügung standen. Exzerpiert wurden der Index Translationum der UNESCO, die Chartotheca Translationum Alphabetica, Frankfurt und die Bibliographie der Übersetzungen deutschsprachiger Werke, Leipzig. Daraus erklären sich gewisse Unstimmigkeiten und Fehler in den bibliographischen Angaben. Im allgemeinen sind aber die Titel mit großer Sorgfalt, fast fehlerlos registriert worden, nur mit der Silbentrennung ungarischer Wörter hat der deutsche Setzer wenig Glück gehabt. Zahlreiche Druckfehler finden sich dagegen in der ungarischen Fassung des Vorwortes, die auch sprachlich nicht einwandfrei ist. Das ungarische Titelblatt macht ebenfalls den Eindruck, daß der

Metteur den Text nicht verstand. Mit einer strengen und fachkundigen Korrektur könnten derartige Unzulänglichkeiten, die allerdings den Wert der Publikation nicht beeinträchtigen, künftig vermieden werden. Thomas von Bogayay

George Barany:

STEPHEN SZÉCHENYI AND THE
AWAKENING OF THE HUNGARIAN
NATIONALISM, 1791—1841.

Princeton, New Jersey, 1969, Princeton University Press, XVIII + 487 S., Ln. \$ 15.—

Unter den Geistesgrößen Ungarns, die im 19. Jahrhundert als Reformer des sozialen und politischen Lebens auch von ihren Gegnern geschätzt wurden, nimmt Graf Stephan Széchenyi († 1860) einen hervorragenden Platz ein. Selbst Ludwig (Lajos) Kossuth, sein radikaler Widersacher, nannte ihn noch vor Ausbruch der Revolution von 1848 „den größten Ungarn“, und auch weniger prominente Politiker innerhalb und außerhalb Ungarns sahen in seinen Reformplänen einen gangbaren Weg, um die nationale Wiedergeburt der Magyaren mit einer sozialen Umgestaltung zu verbinden. Er war der erste Magnat, der im Reichstag zu Preßburg eine Rede — anstatt im allhergebrachten Latein — in magyarischer Sprache hielt, und hatte 1830, im Alter von 34 Jahren, maßgeblichen Anteil an der Gründung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Dennoch war dieser Wortführer des Frühliberalismus jeder anti-österreichischen Konzeption abhold, weil er angesichts der Entwicklung in Polen und Rußland, wo seit dem Regierungsantritt des Zaren Nikolaus I. (1825—55) und der polnischen Erhebung von 1830/31 der russische Absolutismus jede Freiheitsregung blutig unterdrückte, zu einem Vertreter des Austromagyarismus geworden war. Er war auch ein erbitterter Gegner der sich seit 1785 anbahnenden Magyarisierungstendenz, die von 1830 an jenem unheilvollen Höhepunkt zustrebte, der schließlich nach 1948 zur hoffnungslosen Verfeindungs zwischen den Magyaren und den Nationalitäten innerhalb der ungarischen Reichshälfte führte.

Es ist daher leicht erklärlich, warum eine grundlegende Darstellung von Széchenyis Lebenswerk bisher in keiner

der Weltsprachen verfaßt wurde. Solange der zeitliche und geistige Abstand zum vielschichtigen Phänomen des Nationalitätenproblems auf dem Boden des ehemaligen Stephanreichs fehlte, war es nicht möglich, einen methodischen Ansatz zu finden, der es erlaubte, die Fakten dieser Geschichtsperiode mit dem biographischen Element in der Art zu einer Einheit zu verbinden, daß sie dem politischen und gesellschaftlichen Strukturwandel in der Zeit des Frühliberalismus voll entsprochen hätte. Diese schwierige Aufgabe löst der aus Ungarn stammende Geschichtsprofessor an der Universität von Denver/USA vorbildlich, indem er das biographische Element zwar voll berücksichtigt, aber nicht zu sehr in den Vordergrund rückt, dafür aber die Geistesströmungen des Spätjosephinismus und die sozialen Spannungen in der Zeit des Vormärz aus einem überaus reichen Quellen- und Literaturmaterial deutlich herausarbeitet.

Dem für Ungarn schicksalhaften Problem des Mißverhältnisses zwischen einer wenig entwickelten städtischen Gesellschaft, die überwiegend aus Nichtmagyaren bestand, und der alles beherrschenden magyarischen Magnatenschicht widmet Barany große Beachtung, denn Széchenyi hatte als erster die Notwendigkeit einer politischen Integration der verschiedenen sozialen Gruppen erkannt und durch die Gründung des Széchenyi-Karolyi-Klub in Preßburg 1825 die politisch-nationale Vergesellschaftung eingeleitet. Weitere Casino- und Vereinsgründungen folgten, so daß sich allmählich eine national geprägte öffentliche Meinung bildete, mit deren Hilfe das Nationalbewußtsein schnelle Verbreitung fand.

Széchenyi forderte den Hochadel und die Intelligenz auf, entsprechend dem Geburts- und Wohlstand sowie den geistigen Fähigkeiten patriotische Pflichten zu übernehmen, und bemühte sich gleichzeitig um eine grundlegende Reform der Selbstverwaltung nach dem angelsächsischen und anglo-amerikanischen Vorbild auf der Grundlage einer liberalen Demokratie. Die gleiche Sorgfalt wie dem national-politischen Wurzelgrund von Széchenyis Ideengut widmet der Verfasser auch seinen umfassenden und mutigen wirtschaftlichen Reformplänen, die darauf abzielen, den sozio-kulturellen Rückstand aufzuholen, der zwischen Ungarn und Westeuropa bestand. Dabei wird

deutlich gemacht, in welch hohem Maße die zu Robot-, Vorspann- und häufig auch zu lebenslänglichem Militärdienst verpflichteten Bauern in der Zeit des Vormärz alle Lasten zu tragen hatten, während die mittelalterlich strukturierte Feudalherrschaft das gesamte Rechts- und Wirtschaftsleben kontrollierte und somit allein über das Schicksal der Landbevölkerung und das Tempo der Industrialisierung, also der gesamten Nationalökonomie entscheiden konnte.

Mit kritischer Sachlichkeit wird den Zielvorstellungen Széchenyis nachgegangen, der vergeblich versucht hatte, die ungarische Adelschicht zu überreden, „freiwillig das zur rechten Zeit zu tun, was der Zeitgeist sonst früher oder später sie zwingen würde zu tun“.

Ausgewogen bis in entlegenste Details, aufgelockert durch gutgewählte Zitate der Zeitgenossen Széchenyis und eingebettet in das Urteil der Fachgelehrten, versteht es der Verf., die reziproke Wechselwirkung zwischen der Sicht des Historikers und der behandelten Periode außerordentlich lebhaft zu

gestalten. Dabei verharnt Barany, den Verbindungen Széchenyis folgend, nicht nur im ungarischen Raum, sondern greift weit über diesen hinaus auf den gesamten Donauraum über, mit dem Széchenyi durch seine Verkehrsprojekte verbunden war und der ihn zwangsläufig in den Rahmen der politischen Verflechtungen zwischen den europäischen Großmächten stellte.

Ein Dokumenten-Anhang und ein sehr eingehendes Sach- und Namensregister erhöhen den Wert dieses Werkes, das eine nicht leicht zu überbietende Meisterleistung darstellt.

Der Rezensent kann neben dieser uneingeschränkten Anerkennung für eine Neuauflage nur eine Anregung einflechten, nämlich die einer Untergliederung der mitunter sehr langen Kapitel, die dem Nichtkenner der Materie einen leichteren Zugang zu den vielfältigen Problemen erschließen könnte. Mit großer Spannung kann man dem zweiten Band entgegensehen, der die Jahre vor, während und nach der Revolution von 1848/49 behandeln wird. E. Turczynski

Südosteuropa-Studien — Nr. 15

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und der Handel mit Südosteuropa

*Referate der Kuratoriumssitzung der Südosteuropa-Gesellschaft
1970 in Frankfurt*

München 1970. 32 Seiten, broschiert DM 8.50

Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Prof. Dr. Nermi A b a d a n, Ordinarius für Politische Wissenschaften, Universität Ankara, Vizepräsidentin-IPSA

Dr. Josef A u f r i c h t, Dolmetscher, München

Dr. Immanuel B i r n b a u m, Stellvertretender Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, München

Dr. Thomas von B o g a y, Wissenschaftler, München

Prof. Dr. Bela C s i k o s - N a g y, Staatssekretär, Präsident des Ungarischen Landes-Preis- und Materialamtes, Budapest

Privatdozent Dr. Gerhard G r i m m, Universität München

Dr. Karl H n i l i c k a, Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft, München

Dr. Hamilkar H o f m a n n, Direktor der Deutsche Bank AG

Dr. Walter K u c h e r, Lehrbeauftragter an der Universität Erlangen-Nürnberg

Dr. Otto Rudolf L i e ß, Schriftsteller, Wien

Prof. Dr. Strahinja K o s t i ć, Germanist, Universität Novi Sad

Dr. Robert M a c h o l d, Bayerische Staatsbibliothek, München

Dr. Jens M e i e r, Wissenschaftler, München

Dr. Hans-Jürgen M o e c k e, Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln

Elena N i k o l o v a, Vizepräsidentin der Bulgarischen Übersetzer-Vereinigung, Leiterin des Foreign literature Centre in Sofia

Margit P f l a g n e r, Lektorin und Publizistin, literarische Mitarbeiterin der Kulturabteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung, Eisenstadt/Österreich

Wolfgang S c h a d e, Hauptmann, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Dr. Robert S c h w a n k e, Wissenschaftler, Wien

Dr. Gerhard T e i c h, Wissenschaftler, Kiel

Privatdozent Dr. Emanuel T u r c z y n s k i, Universität Bochum.

Die Gremien der Südosteuropa-Gesellschaft

PRÄSIDIUM: Dr. Walter Althammer MdB, Präsident

Vizepräsidenten

Prof. Dr. Hermann Gross

Dipl.-Kfm. Alfred Hönig

Dr. Günther Müller MdB

Schatzmeister

Dr. Hamilkar Hofmann

Beisitzer

Dr. Priv. Doz. Mathias Bernath

Hans Hartl, Redakteur

Prof. Dr. Hans-Joachim Kissling

DDr. Hans Lechner, Landeshauptmann

Ernst Lederer, Direktor

Prof. Dr. Karl Ruppert

Prof. Dr. Alois Schmaus †

Dr. Priv. Doz. Emanuel Turczynski

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Dr. Karl Hnilicka

KURATORIUM: Dr. Rudolf Vogel, Vorsitzender
Staatssekretär i. e. R.

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT: Prof. Dr. Karl Ruppert, Vorsitzender

KULTURBEIRAT: Prof. Dr. Maximilian Braun, Vorsitzender

Veröffentlichungen der Südosteuropa-Gesellschaft

A Reihe SÜDOSTEUROPA-JAHRBUCH
B Reihe SÜDOSTEUROPA-SCHRIFTEN
C Reihe SÜDOSTEUROPA-STUDIEN

Verlagsauslieferung: Dr. Dr. Rudolf Trofenik, Südostbuchhandel KG, München 13,
Elisabethstraße 28

A Reihe SÜDOSTEUROPA-JAHRBUCH

Im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von Wilhelm Gülich †, ab
4. Band von Rudolf Vogel, ab 7. Band von Walter Althammer

1. Band: SÜDOSTEUROPA ZWISCHEN OST UND WEST — München 1957. 224 S.
Ganzleinen DM 15,80
2. Band: IDEOLOGISCHE, KULTURELLE UND WIRTSCHAFTLICHE WANDLUNGEN
IN SÜDOSTEUROPA — München 1958. 199 S., Ganzleinen DM 15,80
3. Band: WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG UND VOLKLICHE EIGENSTÄN-
DIGKEIT IN SÜDOSTEUROPA — München 1959. 245 S., Ganzleinen DM 15,80
4. Band: DER GEGENWÄRTIGE STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN UND KULTU-
RELLEN BEZIEHUNGEN ZU SÜDOSTEUROPA — München 1960. 191 S.,
Ganzleinen DM 15,80
5. Band: DIE DONAU IN IHRER GESCHICHTLICHEN, WIRTSCHAFTLICHEN UND
KULTURELLEN BEDEUTUNG — München 1961. 187 S., Ganzleinen DM 15,80
6. Band: DIE VOLKSKULTUR DER SÜDOSTEUROPAISCHEN VÖLKER — München
1962. 216 S., Ganzleinen DM 18,—
7. Band: DEUTSCH-SÜDOSTEUROPAISCHE WIRTSCHAFTSPROBLEME — München
1966. 138 S., Ganzleinen DM 32,—
8. Band: DIE STADT IN SÜDOSTEUROPA — STRUKTUR UND GESCHICHTE —
München 1968. 183 S., Ganzleinen DM 48,—
Demnächst erscheint:
9. Band: WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSGESCHICHTE SÜDOSTEUROPAS
IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT — München 1970.

B Reihe SÜDOSTEUROPA-SCHRIFTEN

Im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von Wilhelm Gülich †, ab
2. Band von Rudolf Vogel, ab 7. Band von Walter Althammer

1. Band: VÖLKER UND KULTUREN SÜDOSTEUROPAS — Kulturhistorische Bei-
träge — München 1959. 284 S., broschiert DM 22,—
2. Band: WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT SÜDOSTEUROPAS — Gedenkschrift
für Wilhelm Gülich — München 1961. 600 S., Ganzleinen DM 48,—
3. Band: AUFSÄTZE UND ABHANDLUNGEN ZUR GESCHICHTE SÜDOSTEUROPAS
UND DER LEVANTE I von Franz Babinger — München 1962. 474 S., Ganz-
leinen DM 56,—
4. Band: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE SÜDOSTEUROPAFORSCHUNG —
Grundlagen und Erkenntnisse — Ausgewählt und redigiert von Theodor
Zotschew — München 1963. 280 S., Ganzleinen DM 36,—
5. Band: PRIMUS TRUBER von Mirko Rupel, deutsche Übersetzung von Balduin Saria
— München 1965. 332 S., Ganzleinen DM 52,—
6. Band: DIE KULTUR SÜDOSTEUROPAS, IHRE GESCHICHTE UND IHRE AUS-
DRUCKSFORMEN — Balkanologentagung 1962 — Redigiert von Günther
Reichenkron und Alois Schmaus — Verlag Harassowitz, Wiesbaden-Mün-
chen 1965. 337 S., 13 Bildtafeln, Ganzleinen DM 58,—

7. Band: VOLKSMUSIK SÜDOSTEUROPAS — Beiträge zur Volkskunde und Musikwissenschaft anlässlich der ersten Balkanologen-Tagung in Graz 1964. Zeitschrift zum 60. Geburtstag von Dr. Rudolf Vogel, München 1966. Ganzleinen DM 32,—
8. Band: AUFSATZE UND ABHANDLUNGEN ZUR GESCHICHTE SÜDOSTEUROPAS UND DER LEVANTE II von Franz Babinger. München 1966. 310 S., Abb., Ganzleinen DM 56,—
9. Band: DIE ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHE MONARCHIE ALS WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT von Krisztina Fink. Mit drei farbigen Karten. Verlag Dr. Dr. Rudolf Trofenik, München 1968. Leinen DM 38,—

C Reihe SÜDOSTEUROPA-STUDIEN

Im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von Rudolf Vogel,
ab 8. Heft von Walter Althammer

1. Heft: Franz Ronneberger: VORSCHLÄGE ZUR EINORDNUNG DER SÜDOST-EUROPA-FORSCHUNG IN DIE AUFBAUPLÄNE DER DEUTSCHEN HOCHSCHULEN — München 1962. 30 S., broschiert DM 4,—
2. Heft: DIE DONAU — Ein Verzeichnis des in der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel vorhandenen einschlägigen Schrifttums — Zusammengestellt von Max Gamst und Gerhard Teich — München 1960. 69 S., broschiert DM 8,—
3. Heft: Stefan Varga: WESEN UND FUNKTION DES GELDES IM SOZIALISMUS — Vortrag, gehalten am 6. 6. 1961 in München auf einer Veranstaltung der Südosteuropa-Gesellschaft — München 1962. 38 S., broschiert DM 6,—
4. Heft: Gert Ziegler: GRIECHENLAND IN DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT — München 1962. 110 S., broschiert DM 10,—
5. Heft: Muhlis Ete: PROBLEME DER ASSOZIIERUNG DER TÜRKEI MIT DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT — München 1963. 106 S., broschiert DM 10,—
6. Heft: Karl Förster: DIE BEDEUTUNG DER RHEINREGION FÜR DEN DONAU-RAUM UND DES DONAURAUMES FÜR DIE RHEINREGION — München 1964. 28 S., broschiert DM 6,—
7. Heft: Cornel Irimie: DAS HIRTENWESEN DER RUMÄNEN — Forschung in der Mărginimea Sibiului bei Hermannstadt/Sibiu — München 1965. 60 S., 31 Abbildung, broschiert DM 12,—
8. Heft: DAS BANK- UND DEISENRECHT IN SÜDOSTEUROPA — Redaktion: Anton Lipowschek — München 1965. 160 S., broschiert DM 28,—
9. Heft: Constantin Daicovici: DIE HERKUNFT DES RUMÄNISCHEN VOLKES IM LICHT DER NEUESTEN FORSCHUNGEN UND AUSGRABUNGEN — Festvortrag, gehalten am 10. Dezember 1966 in München auf der Jahreshauptversammlung der Südosteuropa-Gesellschaft. München 1967. 21 S., broschiert DM 6,—
10. Heft: Franz Ronneberger: SÜDOSTEUROPA IN DEN INTERNATIONALEN POLITISCHEN BEZIEHUNGEN DER GEGENWART. München 1968. 89 S., broschiert DM 16,—
11. Heft: Dieter Meier: LEITUNG, BESTEUERUNG UND FINANZIERUNG DER JUGOSLAWISCHEN INDUSTRIEUNTERNEHMUNGEN IM VERGLEICH MIT DEUTSCHEN AKTIENGESellschaften. 1968. 116 S., broschiert DM 18,—
12. Heft: Rudolf Bicanić: JUGOSLAWIENS STELLUNG IN DER WELTWIRTSCHAFT UND DAS AUSLANDSKAPITAL IN JUGOSLAWIEN. München 1968. 30 S., DM 8,—
13. Heft: DIE OSTHANDELSPOLITIK DER EWG-MITGLIEDSTAATEN, GROSSBRITANNIENS UND DER USA GEGENÜBER DEN STAATSHANDELS-LÄNDERN SÜDOST-EUROPAS von Claus-Dieter Rohleder. 137 S., München 1969, broschiert DM 20,—
14. Heft: DIE DONAU ALS VERKEHRSWEG SÜDOSTEUROPAS UND DIE GROSS-SCHIFFFAHRTSSTRASSE RHEIN-MAIN-DONAU. Internationale verkehrswirtschaftliche SOG-Tagung 1969, 128 S., 11 Tabellen, 6 Abb., 3 Karten. München 1969, broschiert DM 26,—